

Interview:

Wir brauchen Zuwanderung

Sozialminister Rudolf Hundstorfer über die Zukunft des Sozialstaats

8

Schwerpunkt:

Gegen soziale Ungleichheit

Prof. Emmerich Tálos mit Argumenten für die Mindestsicherung

18

Internationales:

Pakt mit dem Bösen

Die EU plant einen Freihandelsvertrag mit Kolumbien

44

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 6 | 2010 | 64. Jahrgang | € 2,-

www.arbeit-wirtschaft.at



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Sozialstaat: Wir sind die Guten!

ab Seite 8



8

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



32

© Marius Zahradnik



42

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



44

© Frank Braßel

Schwerpunkt:

Der Ökonomische Faktor **12**

Die Umverteilungsprozesse durch den Sozialstaat steigern den allgemeinen Wohlstand durch höheres Wachstum.

Sozialstaat für alle! **14**

Plädoyer für einen leistungsstarken Sozialstaat und gegen ein Auseinanderdividieren der Gesellschaft.

Mehr Wertschätzung **16**

Die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich stehen unter enormen Druck. Anerkennung bekommen sie nur selten.

Soziale Gerechtigkeit **18**

Prof. Emmerich Tálos, Mitinitiator des Volksbegehrens Sozialstaat 2002, über die Notwendigkeit sozialer Gleichheit.

Ohne jeden Zweifel! **20**

Was uns herausfordert – wofür wir stehen – worum wir kämpfen. Ein Beitrag aus Sicht der »Christlichen Soziallehre«.

Unverzichtbar **22**

Der Sozialstaat hat als zentrale Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zur positiven Entwicklung Österreichs beigetragen.

Gebot der Demokratie **24**

2010 ist das »Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung« – das wird gerne vergessen.

Wachstum hat Grenzen **26**

Keynes-Experte Karl Georg Zinn über Krisenbewältigung und Vollbeschäftigung ohne Wirtschaftswachstum.

Ein Dach überm Kopf **28**

Staatlich geregelte Wohnungsversorgung ist traditionell eine wichtige Aufgabe für den Sozialstaat.

Europas Sozialmodell **30**

Die Finanzierung der europäischen Sozialstaaten erfolgt durch Sozialversicherungsbeiträge und Steuern.

Die Produktivkraft **32**

Der soziale Ausgleich ist Ziel, Instrument, aber auch Voraussetzung für moderne und gerechte Gesellschaften.

Qualität statt Lückenbüßer **34**

Die Regelung der 24-Stunden-Betreuung ist und bleibt ein Notfallprogramm, es braucht bessere Lösungen.

Kulturloses Volk 36

Eine Polemik zum Kampf der Gewerkschaften für eine Demokratisierung den Zuganges zu Kunst und Kultur.

Verteilung und Armut 38

Wird der Sozialstaat untergraben, öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter; der soziale Frieden gerät in Gefahr.

Zahlen, Daten, Fakten zum Schwerpunkt 40**Interview:****Kein Auslaufmodell 8**

Sozialminister Rudolf Hundstorfer ist überzeugt, dass der Staat seiner sozialen Verantwortung nachkommen muss.

Wirtschaft & Arbeitsmarkt:**Rasenmäher fürs Budget 42****Internationales:****Freihandel um jeden Preis 44****Standards:**

Standpunkt: 4

Veranstaltung: Service um jeden Preis 5

Aus AK & Gewerkschaften 6/7

Historie: Gepusht durch die Amis 11

Verbraucherpreise 41

Man kann nicht alles wissen 46

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetag.com/downloadreader/

Sozial und gerecht**Redaktion intern**

»Sozialleistungen haben die Auswirkungen der Krise in Österreich deutlich abgedert«, betont Ex-ÖGB-Präsident und Sozialminister Rudolf Hundstorfer im Interview zum Schwerpunktthema der »A&W« 6/2010: »Sozialstaat: Wir sind die Guten!«

Der Sozialstaat habe sich als »Bollwerk gegen die Krise« erwiesen, erklärt Hundstorfer und WIFO-Experte Mag. Alois Guger bestätigt ihn: Gerade der Umverteilungsprozess durch den Sozialstaat kurbelt die Wirtschaft an (S. 12). Nur mittels eines leistungsstarken Sozialstaats lässt

sich ein gefährliches Auseinanderdividieren der Gesellschaft verhindern (S. 14). Arbeiten im und für den Sozialstaat ist nicht gerade leicht, Menschen im Sozial- und Pflegebereich leiden unter mangelnder Wertschätzung, mehr ab Seite 16.

2002 engagierte er sich für das »Volksbegehren Sozialstaat«, heute setzt sich Prof. Emmerich Tálos noch immer für soziale Gerechtigkeit ein (S. 18). Ein Thema, das auch in der »Christlichen Soziallehre« wichtig ist, schreibt Christgewerkschafter Andreas Gjecaj in seinem Beitrag. Wie wichtig der Sozialstaat für die De-

mokratie ist, lesen Sie bei Prof. Martin Kronauer ab Seite 24.

Neu in diesem Heft sind »Zahlen, Daten Fakten« zum Schwerpunktthema (S. 40).

Weitere Themen dieser »A&W« sind das Budget (S. 42) und Kolumbien (S. 44).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Standpunkt

A-Sozialstaat?

Oh nein, die Krise ist noch nicht vorbei, und das ist uns allen schmerzlich bewusst. Die Staaten müssen sparen. Schließlich mussten sie große Summen zur Bankenrettung springen lassen. Dazu kamen in der Europäischen Union die Darlehen für Griechenland. Und so wurden in den vergangenen Wochen in ganz Europa Sparpakete verhandelt.

Deutschlands »Agenda 2014«

Musterschüler Deutschland hat es uns vorgemacht: Mit der »Agenda 2014« will die Mitte-Rechts-Regierung um Kanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU) und Koalitionspartner Guido Westerwelle (FDP) rund 80 Mrd. Euro einsparen oder einnehmen. Das geplante Sparpaket lässt die Schere zwischen Arm und Reich bei unseren Nachbarn noch weiter auseinanderklaffen. Denn die Krot schlucken werden vor allem die, die jetzt schon auf der Verliererseite stehen. So etwa die rund sieben Millionen Menschen, die das Arbeitslosengeld II, im Volksmund Hartz IV genannt, beziehen. In den Augen von Guido Westerwelle frönen diese ja »spätromischer Dekadenz« – bei einer Regelleistung von 359 Euro im Monat, aufgestockt durch Kosten für Wohnung und Heizung, ist das sicher leicht mög-

lich. Statt »Freibier für alle« wird also jetzt der Gürtel enger geschnallt.

Zum Beispiel beim Elterngeld, das bei uns Kindergeld heißt: Die 300 Euro, auf die Langzeitarbeitslose mit Kindern bisher zählen konnten, sollen gestrichen werden. Ein trauriges Signal an die Familien und an die Zukunft eines Landes, das die soziale Schieflage förmlich einzementiert. Auch auf den Zuschuss des Bundes zur Rentenversicherung müssen Hartz-IV-lerInnen in Zukunft verzichten; die Folgen werden erst in ein paar Jahren spürbar sein, wenn die Altersarmut wächst. Der auf zwei Monate geplante Zuschlag im Übergang von Arbeitslosengeld I auf Arbeitslosengeld II wurde ebenfalls gestrichen. Den Sparstift setzt die deutsche Regierung auch bei den Heizkostenzuschüssen für BezieherInnen kleiner Einkommen an, diese werden wieder abgeschafft. Fairness sieht anders aus.

Appell Vermögensabgabe

Leistung muss sich lohnen, tönt Herr Westerwelle gerne – ein Satz, der auch hierzulande oft fällt, wenn es zum Beispiel um bzw. gegen die Mindestsicherung geht. Die deutschen LeistungsträgerInnen sind allerdings nicht alle ganz der Meinung ihrer Regierung. So fordert eine Initiative »Appell Vermögensabgabe«

eine befristete Vermögenssteuer für Vermögen über 500.000 Euro. Die Argumente der 46 reichen BundesbürgerInnen: »Keine Steuern zu zahlen ist unsozial« und »Allein durch eigener Hände Arbeit könnte man vielleicht wohlhabend, aber niemals »reich« werden – dazu bedarf es immer gesellschaftlicher Randbedingungen, die Einzelne sowie das Kapital massiv begünstigen – und das geschieht dann zwangsläufig auf Kosten anderer.«

Und auch bei den deutschen Gewerkschaften stößt dieses unsoziale Sparpaket auf Widerstand. Sie fordern ebenfalls eine stärkere Beteiligung der Finanzbranche und wohlhabender Schichten.

Österreichs Sparpaket

Dass auch wir in Österreich sparen müssen ist klar. Unsere Regierung schnürt gerade ihr eigenes Sparpaket; 22,7 Mrd. Euro soll es bringen und das eher mithilfe von Steuererhöhungen als mit Kürzungen im Sozialbereich. ÖGB und AK treten gerade jetzt dafür ein, dass wir nicht jede Krot schlucken und stattdessen fair teilen, damit der Sozialstaat Österreich nicht zum A-Sozialstaat wird.

Mehr Info:

www.fairteilen.at

www.schluckdiekrot.net

Service um jeden Preis

Am 17. Juni 2010 wurde in der ÖGB-Fachbuchhandlung in Wien das Buch »Arbeiten im Callcenter« von den Herausgeberinnen präsentiert.

Ihre Stimmen kennen wir, ihre Gesichter und Lebensumstände bleiben uns meist verborgen: die Callcenter-Agents, die unsere Beschwerden und Bestellungen entgegennehmen, uns Rat und Auskunft geben.

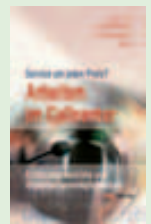
Das Buch »Arbeiten im Callcenter« blickt hinter die Kulissen und beschreibt den Arbeitsalltag in Callcentern. ExpertInnen – großteils ehemalige Callcenter-Agents – sprechen über ihre Erfahrungen: kleinliche Kontrollen, hohem Druck und verordnete gute Laune. Sie skizzieren aber auch Handlungsspielräume zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ergeb-

nisse wissenschaftlicher Untersuchungen zur Arbeit im Callcenter sowie Informationen über die Rechte der ArbeitnehmerInnen ergänzen das Buch.

Bei der Präsentation Mitte Juni in der ÖGB-Fachbuchhandlung diskutierten die Herausgeberinnen Ursula Holtgrewe und Annika Schönauer (beide von der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt FORBA) und Sandra Stern (deutsche Gewerkschaft »ver.di«) mit Karl Proyer, dem stellvertretenden Geschäftsführer der zuständigen Gewerkschaft GPA-djp und einem betroffenen Callcenter-Agent über die Branche.

BUCHTIPP

Sandra Stern/
Annika Schönauer/
Ursula Holtgrewe (Hrsg.)
Arbeiten im Callcenter
ÖGB-Verlag, 2010,
120 Seiten, € 19,80
ISBN: 978-3-7035-1426-5



Vorbestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung,
1010 Wien, Rathausstr. 21,
Tel.: (01) 405 49 98-132

fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Am Podium: Die FORBA-ExpertInnen Ursula Holtgrewe und Annika Schönauer, Katharina Klee, Karl Proyer (GPA-djp) und Sandra Stern.



Mitherausgeberin Sandra Stern schilderte lebhaft ihre Undercover-Recherche als Callcenter-Agent im Jahr 2006.



Thomas Riesenecker-Gaba (FORBA) informierte über technische Details und Datenschutzprobleme.



Zum letzten Mal vor dem Umbau der ÖGB-Fachbuchhandlung nutzten die BesucherInnen die Gelegenheit zum Gedankenaustausch.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.
Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzek (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),
Karl Kolmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,
Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Kai Biehl,
Frank Braßel, Adolf Buxbaum, Günther Chaloupek, Astrid Fadler,
Georg Feigl, Andreas Gjecaj, Alois Guger, Carmen Janko,
Franz Köppl, Martin Kronauer, Wilfried Leisch, Franz Mangelberger,
Gabriele Müller, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Reinhold
Russinger, Marcus Strohmaier, Emmerich Tólos,
Erik Türk, Petra Völkerer, Norman Wagner, Josef Wöss

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.

Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

vida:

Wege aus der Krise

NGO-Bündnis sagt NEIN zu Kuschelkurs, aber JA zu einer mutigen Krisenpolitik!

Faymann und Pröll auf Kuschelkurs mit den Reichen und Banken. Dieses Bild vermittelt die Krisenpolitik der Bundesregierung für die zivilgesellschaftliche Allianz »Wege aus der Krise«. Gemeinsam haben deren VertreterInnen Anfang Juni darauf hingewiesen, dass eine mutige Debatte darüber, wie Vermögende einen Beitrag für eine zukunftsfähige Politik leisten können, völlig verschlafen werde.

Ursache der Krise ist nicht der nun bedrohte Sozialstaat, sondern ein System, in dem Gewinne weiterhin in die Hände einer kleinen Minderheit fließen. Diese Minderheit besitzt einen Großteil des Vermögens, leistet jedoch keinen nennenswerten Beitrag. Nur 1,4 Prozent der Steuereinnahmen kommen aus Vermögen, 65 Prozent aus Lohn- und Mehrwertsteuern. In den Privatstiftungen in

Österreich sind Vermögen von mindestens 60 Mrd. Euro gebunkert. Privatstiftungen müssen für Kapitalerträge nur einen Zwischensteuersatz von 12,5 Prozent zahlen. »Jeder Normalsterbliche zahlt für sein Sparbuch das Doppelte an Kapitalertragssteuer«, kritisiert vida-Vorsitzender Rudolf Kaske.

Die Allianz »Wege aus der Krise«, unter ihnen die Gewerkschaft vida, zeigt auf, wie Überfluss besteuert werden kann, um in die Zukunft zu investieren: Durch Vermögenssteuern, progressive Erbschafts- und Schenkungssteuern, einem Ende der Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen, Stiftungen und Kapitalgesellschaften, Banken- und Finanzabgaben können zusätzliche 13,4 Milliarden Euro lukriert werden.

Alle Infos:

www.wege-aus-der-krise.at

ÖGB:

Ein Meilenstein

Endlich Sozialpartnereinigung zur Offenlegung der Einkommen von Männern und Frauen.

Als Beitrag zur Reduzierung der Einkommensschere sollen Unternehmen künftig jährlich einen Einkommensbericht erstellen, der die durchschnittlichen Löhne und Gehälter von Männern und Frauen aufzeigt. Die sozialpartnerschaftliche Einigung wurde Anfang Juni der Regierung übermittelt. Ein entsprechendes Gesetz soll bereits ab 1. Jänner 2011 in Kraft treten.

Die Unternehmen werden den durchschnittlichen Verdienst von Männern und Frauen in vergleichbaren Positionen betriebsintern anonymisiert veröffentlichen. Bis 2014 wird in einem Stufenplan fast die Hälfte aller österreichischen ArbeitnehmerInnen erfasst sein; den Anfang machen ab 2011 Großbetriebe mit mehr als 1.000 MitarbeiterInnen.

2014 werden mittelständische Unternehmen mit mehr als 150 MitarbeiterInnen Einkommensanalysen erstellen. Die Berichte stehen der Belegschaftsvertretung zur Verfügung.

Die Sozialpartner haben weiters vereinbart:

- verpflichtende Angabe des kollektivvertraglichen Mindestlohnes bei Jobausreibungen,
- Erstellung eines Lohn- und Gehaltsrechners,
- flächendeckender Ausbau von Ganztageskinderbetreuungseinrichtungen, und Nachmittagschulen muss gefördert werden,
- eine Kampagne pro Väterkarenz.

Mehr Infos:

www.oegb.at

GPA-djp:

FAIR statt PREKÄR!

Alle Infos rund ums Arbeiten in den Ferien jetzt im Internet.

Sommerzeit bedeutet nicht immer nur Ferienzeit. Viele SchülerInnen und StudentInnen arbeiten im Sommer, einfach um Geld zu verdienen, oder weil ihr Studien- bzw. Lehrplan ein Pflichtpraktikum vorsieht.

Für »normale« Jobs und Pflichtpraktika gelten unterschiedliche Regelungen und Bestimmungen. Deshalb ist es ganz wichtig, zuerst einmal zu wissen, was einem zusteht! Manche Unternehmen versuchen nämlich, die Unwissenheit von jungen ArbeitnehmerInnen auszunutzen, indem sie normale Ferienjobs im Sommer

als »Praktikum« bezeichnen und weniger bezahlen, als sie eigentlich müssten.

Grundsätzlich gilt, dass für alle Ferien-JobberInnen Gesetze und Bestimmungen gelten, die Arbeitszeit, Bezahlung usw. regeln. Egal ob »klassischer Ferienjob«, Pflichtpraktikum oder Praktikum. Sie sind den ArbeitgeberInnen also keineswegs schutzlos ausgeliefert.

Bei Ferien- & Nebenjobs bzw. Praktika kommt es oft zu Ungereimtheiten bei der Abrechnung. Viele ArbeitgeberInnen nutzen die Uninformiertheit aus, um weniger Geld auszubezahlen als sie

müssten. Als GPA-djp-Mitglied sind Sie auf der sicheren Seite. Die GPA-djp rechnet nach und fordert ausständige Zahlungen für die jungen KollegInnen beim Arbeitgeber oder bei der Arbeitgeberin ein. Wenn es notwendig ist, geht sie dafür auch vor Gericht.

Noch Fragen? GPA-djp-Mitglieder bekommen jederzeit Hilfestellung rund um den Ferienjob. Anmeldung bitte unter 05 03 01-21510 oder jugend@gpa-djp.at!

Mehr Infos im Internet:

www.ferienjob.or.at

Arbeiterkammer:

Müssen wir jede Krot schlucken?

Kampagne der Bundesarbeitskammer für mehr Gerechtigkeit.

In seiner Sitzung Ende Mai 2010 hat der Vorstand der Bundesarbeitskammer eine Resolution »Gerechtigkeit muss sein« beschlossen und sich darin für eine sozial verträgliche und wachstumsfördernde Strategie der Budgetkonsolidierung ausgesprochen.

Daher verlangt die Bundesarbeitskammer einen Konjunkturvorbehalt: Die Art der Konsolidierung muss von der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung

abhängen. Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen ist zwar mittelfristig notwendig, darf aber nicht bedingungslos erfolgen. Insbesondere – so der Vorstand der Bundesarbeitskammer – dürfen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die die Krise nicht verursacht haben, nicht die Kosten aufgebürdet werden. Diese Forderungen stehen auch im Mittelpunkt einer Kampagne, die vom Vorstand der Bundesarbeitskammer ebenfalls beschlos-

sen wurde. »Müssen wir jede Krot schlucken?«, fragen sich die ArbeitnehmerInnen, wenn sie von immer neuen Bankenpaketen, Budget-Konsolidierung, geplanten »ausgabenseitigen Sparen« oder neuen Massensteuern hören. Genau dieses Sinnbild, die »Krot«, die wir nicht schlucken wollen, ist Mittelpunkt einer bundesweiten Kampagne.

Mehr Infos:

www.schluckdiekrot.net

ÖGB:

Eiertanz um Mindestsicherung

Armutsbekämpfung darf kein Tauschgeschäft sein!

Das Ringen um die bedarfsorientierte Mindestsicherung nimmt kein Ende. Denn obwohl diese mit Bund und Ländern bereits verhandelt und vereinbart wurde, will die ÖVP dem Beschluss kommende Woche im Nationalrat nicht zustimmen.

Die ÖVP bedingt ihre Zustimmung damit, dass eine Transparenzdatenbank eingeführt wird. ÖGB-Präsident Erich Foglar: »Die Verknüpfung können wir

nicht im mindesten nachvollziehen. Eines steht aber fest: Die Mindestsicherung muss mit 1. September in Kraft treten. Die Arbeitslosigkeit wird nicht so rasch sinken und die Anzahl der armutsgefährdeten Menschen auch nicht.«

Die Mindestsicherung vereinheitlicht die verschiedenen Regelungen der Sozialhilfe der Bundesländer. Kritik, die Mindestsicherung sei eine soziale Hängemat-

te, weist Foglar zurück: »Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein Sicherheitsnetz und ein Sprungbrett zurück ins Arbeitsleben.« Für deren Bezug gebe es ganz klare Regelungen. Und durch die Betreuung des AMS können die BezieherInnen auch rascher wieder ins Arbeitsleben integriert werden.

Weitere Informationen:

www.fairteilen.at

Kein Auslaufmodell

Sozialminister Rudolf Hundstorfer ist überzeugt, dass der Staat auch im 21. Jahrhundert seiner sozialen Verantwortung nachkommen muss.

ZUR PERSON



Rudolf Hundstorfer

geboren am 19. September 1951 in Wien, ist seit 2. Dezember 2008 Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz der Republik Österreich, seit 1. Februar 2009 auch Minister für Arbeit. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

1975: Jugendreferent in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG)

1998: Vorsitzender der Landesgruppe Wien in der GdG

2001: geschäftsführender Vorsitzender der GdG

2003: (bis 2006) Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG)

2003 bis Mai 2007 Vorsitzender der GdG

1990 bis 2007: Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderat

1995 bis 2007: erster Vorsitzender des Wiener Gemeinderates

2003: Vize-Präsident des ÖGB

2006: geschäftsführender Präsident des ÖGB nach Fritz Verzetnitsch und

2007: Präsident des ÖGB und Mitglied im ÖGB-Vorstand, Arbeitsschwerpunkt »Soziales«

Arbeit&Wirtschaft: *Kollege Rudolf Hundstorfer, vor ziemlich genau einem Jahr haben wir in der Arbeit&Wirtschaft einen offenen Brief an dich veröffentlicht. Wir haben uns erlaubt, eine Art Wunschliste an dich als ehemaligen ÖGB-Präsidenten und nunmehrigen Sozialminister zu stellen. Ganz oben stand dabei eine Novelle des Arbeitsverfassungsgesetzes. Ein neues, zeitgemäßes Arbeitsrecht mit einem einheitlichen Arbeitnehmerbegriff ist uns ein großes Anliegen. Eingebunden müssten auch atypisch Beschäftigte werden, und auch freie DienstnehmerInnen müssten explizit in die arbeitsrechtliche Absicherung aufgenommen werden. Was ist in dieser Hinsicht geschehen, was ist noch geplant?*

Rudolf Hundstorfer: Einerseits planen wir die »kleine« Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz. Derzeit laufen Sozialpartnerverhandlungen. Unter anderem soll es eine Verlängerung der Kündigungsanfechtungsfrist von einer auf zwei Wochen geben, die Senkung des passiven Wahlalters zum Betriebsrat auf das 18. Lebensjahr und die Verankerung des Angestellten-Begriffs im Arbeitsverfassungsgesetz. Außerdem steht die Kodifikation des Arbeitsrechts an. Ziel ist die Modernisierung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Inhaltliche Schwerpunkte sind unter anderem die Zusammenfassung der arbeitsvertragsrechtlichen Bestimmungen, die derzeit auf zahlreiche Gesetze aufgesplittert sind. Die Sozialpartnergespräche zur Modernisierung der

Mitbestimmung werden im Herbst beginnen und sollen Maßnahmen im Bereich der Mitbestimmung, wie etwa die Erleichterung der Wahl von Betriebsräten, die Modernisierung des Betriebsbegriffes – das heißt, das Ermöglichen einer betrieblichen Interessenvertretung nicht nur in Unternehmen, sondern auch in wirtschaftlichen Einheiten, die aus mehreren Unternehmen bestehen – und Verbesserungen bei der Überprüfbarkeit der Kollektivvertragszugehörigkeit beinhalten.

Du hast dich für die Mindestsicherung stark gemacht, die jetzt auch kommen soll, aber mit 744 Euro, 12-mal im Jahr, schon eher sehr knapp bemessen ist. Zum Interviewzeitpunkt, am 16.



Alle Umfragen zeigen uns, dass die europäischen BürgerInnen keine amerikanischen Zustände wollen und das »Sozialmodell Europa« als zentrales Element unseres Kontinents sehen.

Juni 2010, war noch nicht sicher, ob die Mindestsicherung wie vorgesehen ab 1. September 2010 ausbezahlt wird – deine Position?

Die Mindestsicherung ist für mich nicht mehr verhandelbar. Alle künftigen BezieherInnen der Mindestsicherung werden intensiv vom Arbeitsmarktservice betreut, um wieder in das Berufsleben einsteigen zu können und damit wieder auf eigenen, finanziellen Beinen zu stehen. Die Mindestsicherung bringt einheitliche Mindeststandards, sorgt für mehr Rechtssicherheit, bringt bessere Leistungen für Alleinerzieherinnen sowie die e-card für alle. Derzeit laufen intensive Verhandlungen mit der ÖVP zur Transparenzdatenbank, aber auch die ÖVP hat klargestellt, dass sie hinter der Mindestsicherung steht.

Es gibt auch Gründe dich zu loben. So hast du ein neues Hausbetreuungsgesetz eingeführt. Auch dass du die AMS-Kurse effizienter machen willst, begrüßen wir sehr. Du bist seit eineinhalb Jahren Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz – auf welche Änderungen und Beschlüsse in diesem Zeitraum bist du besonders stolz?

Als Arbeits- und Sozialminister gilt es, sich immer neue Ziele zu stecken. Besonders wichtig war und ist es mir, dass jeder Jugendliche, der eine Lehrstelle will, diese auch bekommt. Das ist mit den überbetrieblichen Lehrwerkstätten und den weiteren Maßnahmen, die wir gesetzt haben, gut gelungen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden zwei Konjunk-

tur- und drei Arbeitsmarktpakete geschnürt, wodurch an die 100.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen wurden. Wir haben zeitgerecht mit der Reform der Kurzarbeit reagiert und einen starken Fokus auf Qualifizierung gelegt. Denn es ist leider so, dass jene, die schlecht ausgebildet sind, als erstes mit Arbeitsplatzverlust konfrontiert sind. Je besser die Qualifikation, desto höher sind die Chancen auf einen Arbeitsplatz. Im vorigen Jahr haben wir 580.000 Menschen aus der Arbeitslosigkeit wieder in die Beschäftigung gebracht, das zeigt, dass der Arbeitsmarkt dynamisch geblieben ist. Ein Schritt nach vorn wird auch die Mindestsicherung sein. Sie ist ein sozialpolitischer Meilenstein und gleichzeitig die Starthilfe zurück in den Arbeitsmarkt. Was jetzt ansteht ist ein Pensionspaket, in dem wir die Langzeitversicherten-, die Schwerarbeits- und die Invaliditätspension neu regeln werden.

Bei der Diskussion »Sozialstaat im 21. Jahrhundert – Vision oder Utopie?« im März hast du dich voll und ganz zum Sozialstaat bekannt. Das Schwerpunktthema dieser »A&W« lautet »Sozialstaat: Wir sind die Guten?« Sind wir das wirklich?

Wir sind mit unserem Sozialstaat gut aufgestellt. Aber wir können noch besser werden. Der Staat wird auch im 21. Jahrhundert seiner sozialen Verantwortung in gleicher Weise nachkommen müssen, auch wenn selbstverständlich immer wieder Anpassungen und Veränderungen notwendig sind. Der Sozialstaat ist kein Auslaufmodell, sondern vielmehr eine

Produktivkraft. Alle Umfragen zeigen uns, dass die europäischen BürgerInnen keine amerikanischen Zustände wollen und das »Sozialmodell Europa« als zentrales Element unseres Kontinents sehen.

Nun verlangt die Budgetkonsolidierung überall Sparmaßnahmen – wo bist du bereit in deinem Ressort zu sparen, wo kann man sparen?

Meine Vorschläge werde ich im Herbst präsentieren. Für mich hat oberste Priorität, dass die soziale Balance nicht aus dem Gleichgewicht gerät. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich derzeit sehr positiv. Sinkende Arbeitslosen-Zahlen bedeuten weniger Ausgaben. Wir müssen uns fragen, wie Vermögensbestandteile und Gewinne von Banken herangezogen werden können. Das ist Teil der sozialen Balance.

Zurzeit wird auch über Hacklerregelung und Invaliditätspensionen verhandelt. Von der Hacklerregelung profitieren derzeit am wenigsten die Hackler, die Invaliditätspension wird gerne genutzt, um ältere ArbeitnehmerInnen loszuwerden. Was sind deine Vorschläge in der aktuellen Diskussion?

Ich habe immer gesagt, dass es mit mir kein vorzeitiges Auslaufen der Langzeitversichertenregelung geben wird. Die Menschen müssen sich auf das verlassen können, was die Politik beschlossen hat. Eine mögliche Variante wäre das schrittweise Anheben der Langzeitversichertenregelung auf das Antrittsalter von 62 Jahren. Mir ist es wichtig, dass die Menschen

WEBLINK

Mehr Infos unter:
www.bmsk.gv.at

so lange wie möglich gesund im Berufsleben stehen können. Deshalb setze ich mich für eine verstärkte und frühere Prävention und Rehabilitation ein. Eines ist klar: Die Invaliditätspension ist kein Schlupfloch, denn niemand wird glauben, dass Frauen wegen durchschnittlich 650 Euro in die Invaliditätspension flüchten. Zudem soll sich auch die Situation der gering qualifizierten ArbeitnehmerInnen, die bis dato keinen Berufsschutz genießen, verbessern.

Wie siehst du den Sozialstaat Österreich im europäischen Vergleich?

Der österreichische Sozialstaat hat sich als Bollwerk gegen die Krise erwiesen und all jene, die »Mehr Privat, weniger Staat!« gefordert haben, Lügen gestraft. Wir haben konstant die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Europa. Sozialleistungen haben die Auswirkungen der Krise in Österreich deutlich abgefedert. Jeder Euro, der in Sozialtransfers investiert wurde, hatte laut OECD die zweieinhalbfache Wirkung von einem Euro für Konjunkturprogramme. Wir sind auch das einzige Land in Europa, das mit der Mindestsicherung die sozialen Leistungen ausbaut und nicht kürzt.

Wie soll/kann unser Sozialstaat finanziert werden?

Mir geht es bei der Finanzierungsfrage um Verteilungsgerechtigkeit. Weniger Belastung produktiver Arbeit, mehr Belastung unproduktiver Kapitaleinkünfte. Im internationalen Vergleich sind Vermögen steuerlich unterbelichtet. Leistungskürzungen im Sozialstaat würden die bestrafen, die jetzt schon durch Jobverlust und Kurzarbeit die Zeche für die Krise bezahlen. Die ArbeitnehmerInnen dürfen nicht nochmals für eine Krise bezahlen, die sie nicht verschuldet haben. Die SPÖ hat ihre Vorschläge bereits vorgestellt. Es führt kein Weg an einer Finanztransaktionssteuer und der Banken-

abgabe vorbei, wir wollen eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Managergehältern. Auch Stiftungsvermögen sollen einen fairen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten.

Du forderst auch Umverteilung der Arbeitszeit – ist es realistisch, dass weniger Überstunden zu mehr Arbeitsplätzen führen könnten?

Österreich hat traditionell die längsten Arbeitszeiten von Vollzeitwerbstätigen in Europa. Jeder Fünfte – bei Vollzeitarbeitkräften jeder Vierte – leistet Überstunden. Jeder Dritte dieser Überstundenleistenden macht mehr als zehn Überstunden pro Woche, jeder Sechste mehr als 15 Überstunden. Trotz Wirtschaftskrise, Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit sind die Überstunden auf diesem sehr hohen Niveau geblieben. Wir haben im vorigen Jahr gesehen, dass etwa in der Industrie durch die Krise rund zehn Prozent der Arbeitsplätze verloren gegangen sind, knapp zehn Prozent der Beschäftigten teilweise in Kurzarbeit waren, aber nach wie vor 20 Prozent der Beschäftigten Überstunden leisteten. Wir wissen auch, dass lange Arbeitszeiten gesundheitsschädlich sind, mit Leistungsabfall einhergehen, zu mehr Arbeitsunfällen führen und mit dem Familien- und Sozialleben nur schwer vereinbar sind.

Überstunden sind daher immer, vor allem aber in der gegenwärtigen Situation ein zentrales Thema. Wir werden daher in den nächsten Wochen und Monaten intensiv diskutieren, wie wir dieses Problem angehen können. Denkbar wären z. B. eine transparentere Regelung von All-in-Verträgen, reduzierte Höchstgrenzen für Überstunden, höhere Strafen bei manipulierten Zeiterfassungssystemen oder verschiedene Anreizsysteme zur Eindämmung von Überstunden. Falls es uns zum Beispiel durch ein Bündel von Maßnahmen gelingt, die Überstunden von jährlich rund 350 Mio. auf ca. 240 Mio., also um ein Drittel zu reduzieren, was durchaus realistisch ist, und wenn wir davon ausgehen, dass wir zumindest die Hälfte dieser eingesparten Überstunden in zusätzliche Beschäftigung umwandeln können, wären das immerhin 30.000 zusätzliche Vollzeitbeschäftigte.

In deiner Rede hast du auch gesagt, dass der Sozialstaat auf Dauer nur zu halten sei, wenn es in Österreich mehr Zuwanderung gibt – das ist keine sehr populistische Meinung. Wie erklärst du das denen, die gerne die Grenzen dicht machen würden?

Jenen, die die Grenzen dicht machen wollen, sage ich, dass wir eine geordnete Migration brauchen, um unser Sozialsystem aufrecht zu erhalten. AusländerInnen sind NettozahlerInnen im Sozialsystem. Die erhaltenen Leistungen übersteigen die geleisteten Beiträge. Daher ist es nicht nur sozial- und gesellschaftspolitisch, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll, in die Integration von AusländerInnen am Arbeitsmarkt, in ihre Bildung, ihre Wohnsituation und in ein friedliches Zusammenleben zu investieren. Dazu braucht es verstärkte Integrationsbegleitung und Beratungseinrichtungen und Vermittlung von Sprachkompetenz schon im Herkunftsland.

Der österreichische Sozialstaat wäre ohne Zuwanderung in absehbarer Zeit nicht mehr auf dem bisherigen Niveau zu halten, da es dann zu wenige BeitragszahlerInnen in der Sozialversicherung gäbe. Wir brauchen geordnete Zuwanderung, denn schon ab 2015 ist ein Mangel an jungen ArbeitnehmerInnen zu erwarten, und wir müssen uns den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft stellen.

Der Sozialstaat nützt allen, hast du erklärt, wann hat er dir persönlich zuletzt wie genützt?

Persönlich hat mir der Sozialstaat das letzte Mal genützt, als ich eine Knieverletzung hatte.

Wir danken für das Gespräch.

Katharina Klee per E-Mail für Arbeit&Wirtschaft.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Gepusht durch die Amis

Warum der Sozialstaat als Verbindung von Demokratie und ausgleichender Verteilungspolitik nach 1945 in Österreich »in« war.

1941 beschrieb US-Präsident Franklin D. Roosevelt zwei Kernelemente des Sozialstaats als politische Ziele für die Zukunft: *Befreiung von den aus einer Notlage entstandenen Besorgnissen, und Befreiung von der durch Furcht hervorgerufenen Beklemmung.*

Die politischen und militärischen Erfolge des Faschismus in Europa wirkten in den westlichen Demokratien wie eine Schockwelle. Etliche Politiker, Wissenschaftler und Dichter dachten darüber nach, wie so etwas in Zukunft verhindert werden könnte, wie es möglich wäre, die Demokratien weniger krisenanfällig zu machen. Und es gab schon ein Vorbild: den »New Deal«, das Programm der Roosevelt-Administration in den USA zur Bekämpfung der Folgen der großen Finanz- und Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre. Der Staat hatte sich nicht aus der Wirtschaft herauszuhalten, ihr im besten Fall gute Rahmenbedingungen zu bieten, sondern im Interesse aller aktiv einzugreifen, die Zielrichtung vorzugeben und zu kontrollieren. Wissenschaftlich untermauert wurde diese neue Erkenntnis besonders vom Wirtschaftsexperten **John M. Keynes**. Er hielt es angesichts der Realität für dumm und unverantwortlich, auf die »Selbstregulierungskraft« der Finanzmärkte zu setzen. *Ich bin davon überzeugt*, schrieb er deshalb, *dass der Staat ... eine immer wachsende Verantwortung für die un-*

mittelbare Organisation der Investitionen übernehmen wird.

Ebenso wichtig für die praktische Politik waren aber Statements von bekannten DichterInnen. Sie konnten besser in einer breiteren Öffentlichkeit für den Sozialstaat Stimmung machen als die WissenschaftlerInnen mit ihrem »Fachchinesisch«: **Heinrich Mann** beschwor zum Beispiel den »Geist der Demokratie«: *Demokratie ist im Grunde die Anerkennung, dass wir, sozial genommen, alle füreinander verantwortlich sind.*

Bruder **Thomas Mann** sah ganz konkret im Sozialstaat die einzige Alternative zu Diktatur und Faschismus: *Jeder lebendige Geist, ... erkennt in einem gerechten, sozialen und ökonomischen Ausgleich die Forderung der Weltstunde. ... Die soziale Erneuerung der Demokratie ist Bedingung und Gewähr ihres Sieges. Sie wird die »Volksgemeinschaft« schaffen, welche sich dem Lügengebilde, das der Faschismus so nennt, ... weit überlegen erweisen wird.*

Und **Kurt Tucholsky** brachte die Basis jeder demokratischen Politik auf den Punkt: *Es kommt nicht darauf an, dass der Staat lebe – es kommt darauf an, dass der Mensch lebe.*



Dieses Plakat des Europäischen Wiederaufbauprogramms der USA für das zerstörte Europa verspricht den Menschen ein Leben ohne Existenzangst. Der Einsatz der ERP-Mittel war genau geregelt und zeitlich begrenzt. Aber im Gegensatz zum Internationalen Währungsfonds 2010 verlangten die USA damals keinen Verzicht auf den Sozialstaat als Gegenleistung für die Finanzspritze.

Der Sozialstaat als Verbindung von Demokratie und ausgleichender Verteilungspolitik unter Einbeziehung der Gewerkschaften wurde nach 1945 von den USA besonders gefördert, auch um die Überlegenheit der westlichen Demokratie im Kalten Krieg mit dem kommunistischen Block zu demonstrieren. Solange diese Systemkonkurrenz anhielt, duldeten die kapitalistischen Wirtschaftsmächte diese »Fesseln«. Sobald sie aber mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in den 1980er-Jahren wegfielen, begannen sie die Fesseln abzuschütteln und den Angriff auf den Sozialstaat in breiter Front zu starten.

Zusammengestellt und kommentiert
von Dr. Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Der Ökonomische Faktor

Die Umverteilungsprozesse durch den Sozialstaat steigern den allgemeinen Wohlstand durch höheres Wachstum.

Autor: Mag. Alois Guger

Experte des
Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO)

Der Sozialstaat und seine Einrichtungen wurden in den vorigen Jahrzehnten durch die Dominanz der neoliberalen Wirtschaftsphilosophie in den Empfehlungen der internationalen Organisationen und in den Vorstellungen der konservativen Parteien vielfach als Klotz am Bein der Wirtschaftsentwicklung dargestellt. Der hohe Staatsanteil, die hohen Sozialkosten und Behinderungen der Flexibilität am Arbeitsmarkt durch arbeitsrechtliche Regulierungen wurden für Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht.

Goldenes Zeitalter des Kapitalismus

Aber belastet der Sozialstaat tatsächlich die Wirtschaftsentwicklung?

Die Sechziger- und frühen Siebzigerjahre, in denen die europäischen Wohlfahrtssysteme zügig ausgebaut wurden und – wie etwa in Österreich – die Sozialquote um zehn Prozentpunkte (von 16 auf 26 Prozent) stieg, werden heute als »Goldenes Zeitalter des Kapitalismus« bezeichnet. Damals wurden die Institutionen des Sozialstaates allgemein als stabilisierend und wachstumsfördernd anerkannt. Seit aber im Namen der Globalisierung Lohnzurückhaltung und der Rückbau des Sozialstaats auf der politischen Agenda stehen, stockt der Wachstumsmotor, sinkt die Lohnquote und steigt die Arbeitslosigkeit.

Auch die positive Entwicklung der skandinavischen Länder widerlegt die Behauptung, die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen stünden Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum im Wege: Die Länder mit den höchsten Staats- und Sozialquoten – Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen – zählen zu den erfolgreichsten Volkswirtschaften mit überdurchschnittlichem Wachstum, sinkender Arbeitslosigkeit, hohen Beschäftigungsquoten sowie Budget- und Außenhandelsüberschüssen.

Die Dualisierung kostet

Trotz hoher Sozial- und Umweltstandards ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas intakt. Die amerikanische Wirtschaft wird dagegen trotz niedriger Sozialaufwendungen und niedriger Umweltstandards von enormen Außenhandelsdefiziten geplagt.

Der Wohlfahrtsstaat stellt zum einen für den privatwirtschaftlichen Produktionsprozess wichtige Infrastruktur, wie Bildungs-, Gesundheits-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen, zur Verfügung. Zum anderen belasten die Sozialausgaben die öffentlichen Haushalte nicht nur, sie bringen vielmehr auch Einsparungen, etwa in der öffentlichen Sicherheit und im Gesundheitssystem: Die Dualisierung der Gesellschaft zwischen enormem Reichtum und großer Armut hat ihre Kosten, die sich in Krankheit, psychischen Problemen und hoher Kriminalität niederschlagen. In Europa kamen 2005 auf 100.000 EinwohnerInnen 109 Gefangene, in den USA 738 und in den skandinavischen Ländern 75. Die Folgen sind auch in hohen privaten Sicherheitsaufwendungen zu spüren: In

den USA verzeichnen die privaten Wachdienste die höchsten Beschäftigungszuwächse. Obwohl rund 45 Mio. AmerikanerInnen keinen Krankenversicherungsschutz haben, weisen die USA mit rund 15 Prozent des BIP mit Abstand die höchsten Gesundheitsaufwendungen aus; bei einer um zwei Jahre geringeren Lebenserwartung als in Europa und der bei weitem höchsten Säuglingssterblichkeitsrate unter den Industrieländern. Die Wachstumsdynamik der USA, auf die sich die Kritiker des Sozialstaats berufen, resultiert nicht aus dem niedrigen Sozialaufwand und geringer Regulierung, sondern aus einer pragmatischen, wachstumsorientierten Makropolitik. Europa hielt dagegen – zumindest bis zum Ausbruch der Finanzkrise – an einem rein an der Inflationsrate orientierten Stabilitätsdogma fest, das Wachstum und Beschäftigung und damit erheblichen Wohlstand kostete.

Hauptziele des Sozialstaats

Die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen kosten nicht Wachstums- und Beschäftigung, sondern bilden einen wichtigen ökonomischen Faktor. Für eine nachhaltige Entwicklung und die anstehenden Herausforderungen müssen sie nicht reduziert, sondern reformiert werden.

Die Hauptziele des Sozialstaates bilden die Absicherung gegen Armut und der Erhalt des Lebensstandards im Falle von Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Behinderung. Dies geschieht einerseits durch Umverteilung über Steuern und Abgaben, Transfers (wie Pensionen) und reale Leistungen (Gesundheitsversorgung), andererseits durch regulierende

Die Zuwächse an Vermögen und Spitzeneinkommen fließen immer mehr in Finanzanlagen und gehen dem realen Wirtschaftskreislauf verloren.

Eingriffe in den Marktprozess (Arbeitsrecht, Sicherheit am Arbeitsplatz). Beides wird von den Marktfundamentalisten weitgehend abgelehnt und nur in minimalem Umfang akzeptiert.

Das Thema hier ist der Sozialstaat als produktiver, wachstumsfördernder Faktor:

■ Der sozialstaatliche Umverteilungsprozess bekämpft Armut und fördert Wachstum. Die ungleiche Verteilung der Markteinkommen ergäbe in Österreich eine Armutsgefährdungsquote von 43 Prozent. Durch die sozialstaatliche Umverteilung sinkt sie auf zwölf Prozent. Dieser Umverteilungsprozess lindert nicht nur Armut und materielles Leid, sondern steigert den allgemeinen Wohlstand durch höheres Wachstum. Denn unsere Volkswirtschaften leiden nicht an zu geringem Angebot, sondern an zu niedriger Nachfrage. Die wachsende Vermögens- und Einkommenskonzentration stärkt die Kaufkraft der gesättigten Bevölkerungsschichten und lässt jene zurück, denen es am Notwendigsten mangelt. Die Zuwächse an Vermögen und Spitzeneinkommen fließen immer mehr in Finanzanlagen und gehen dem realen Wirtschaftskreislauf verloren. Von den Einkommen des untersten Drittels der Einkommensverteilung werden unmittelbar 80 Prozent konsumwirksam, im obersten Drittel nur 40 Prozent.

■ Die Arbeitskraft bildet den wichtigsten Produktionsfaktor. Die Familienpolitik, das öffentliche Bildungsangebot und die Gesundheitsleistungen bilden daher eine entscheidende Voraussetzung für ein leistungsfähiges, produktives und innovatives

Arbeitskräfteangebot. In deren Qualität wird in Zukunft der entscheidende Standortvorteil einer Volkswirtschaft bestehen, nicht in einem Lohn- und Sozialdumping gegen Niedriglohnanbieter.

■ Der rasche wirtschaftliche Wandel erfordert immer größere Anpassungsfähigkeit der Menschen im Produktionsprozess. Dies ist mit vermehrten Unsicherheiten verbunden. Eine gute soziale Absicherung gibt den Menschen Vertrauen und ist eine wichtige Voraussetzung für Risikobereitschaft und Flexibilität.

■ Die Vorteile des Sozialstaates erschließen sich vor allem aus volkswirtschaftlicher Sicht, also auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, sie werden aber betriebswirtschaftlich häufig nur als Kostenfaktor (Lohnnebenkosten, Kündigungsschutz, hohe Steuerlast) gesehen.

Der Sozialstaat steht angesichts der demografischen Alterung, der Globalisierung, der Veränderungen in der Arbeitswelt und in den individuellen Lebensentwürfen, die durch deutlich instabilere Beschäftigungs- und Partnerbeziehungen gekennzeichnet sind als in der Vergangenheit, vor neuen Herausforderungen. Die Sozialstaatsarchitektur der Zukunft erfordert:

■ einen Umbau vom Transfer- zum Dienstleistungsstaat, d. h. in der Familien- und Bildungspolitik massive Investitionen in Kinder. Zum einen in qualifizierte und leistbare frühkindliche Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, um die kognitiven Fähigkeiten aller Kinder rechtzeitig zu fördern und die soziale Vererbung zu

WEBLINK

Homepage Mag. Alois Guger:
alois.guger.wifo.ac.at

verringern, und zum anderen in ganztägige Schulformen, um die Durchlässigkeit des Bildungssystems und die Chancen aller zu erhöhen. Im Sinne einer neuen Frauenpolitik, die auf ‚gender-equality‘ setzt, ist auch ein ausreichendes und leistbares Pflegeinfrastrukturangebot erforderlich;

■ ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern im Erwerbsleben erfordert auch eine Neuverteilung der Lebensarbeitszeit, die insgesamt auf größere Flexibilität, eine Verkürzung der täglichen und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit hinausläuft;

■ schließlich erfordert der Sozialstaat der Zukunft eine neue Finanzierungsbasis, die sich angesichts der langfristig sinkenden Lohnquote nicht nur auf Erwerbseinkommen, d. h. vor allem Lohneinkommen, stützt, sondern von der gesamten Wertschöpfung – also auch die Vermögenseinkommen – und stärker vom allgemeinen Steueraufkommen getragen wird.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
alois.guger@wifo.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Sozialstaat für alle!

Plädoyer für einen leistungsstarken Sozialstaat und gegen ein Auseinanderdividieren der Gesellschaft.

Autoren: Mag. Adolf Buxbaum
und Mag. Erik Türk

Abteilung Sozialpolitik AK Wien

Zurzeit häufen sich wieder Meldungen und Politikeraussagen, die darauf abzielen, den Sozialstaat in ein denkbar schlechtes Licht zu rücken. Mit Schlagwörtern wie »Soziale Hängematte«, Leistungsfeindlichkeit, Sozialmissbrauch, überbordende Sozialkosten und Überforderung der »Leistungsträger« werden Bilder gezeichnet, die mit der Realität wenig bis gar nichts zu tun haben.

Vermeintliche Schuldenkrise

Das alles vor dem Hintergrund der einschneidenden Spuren, die die Finanz- und Wirtschaftskrise – ausgelöst durch den Irrsinn ungezügelter Finanzmärkte – hinterlassen haben. Bankenrettungspakete, Konjunkturprogramme, erhebliche Mehrkosten durch die deutlich gestiegene Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen aus Steuern und Beiträgen führen unweigerlich zu erheblichen Belastungen der Staatshaushalte. In der öffentlichen Berichterstattung wird die Finanz- und Wirtschaftskrise von der »Schuldenkrise« abgelöst, Fragen nach »Ursache und Wirkung« bleiben dabei zumeist ausgeblendet. Die Frage, wer in welchem Ausmaß für die Kosten aufkommen wird müssen, gewinnt deutlich an Brisanz. Mit Stimmungsmache gegen den Sozialstaat sollen offensichtlich Widerstände gegen

Einschnitte in den Sozialbudgets **prohibitiv** geschwächt werden.

Überforderte »Leistungsträger«?

Den Anstoß zur Sozialstaatsdiskussion gab der Finanzminister vorigen Herbst in seiner Rede zum »Projekt Österreich«, in der er zwecks »Verdeutlichung der Defizite bei der Verteilungsgerechtigkeit« die Gesellschaft in »Geber« und »Nehmer«, in »Steuerzahlerfamilien« und in jene, »die gar keine Steuern zahlen, aber Anspruch auf zahlreiche Beihilfen haben«¹, teilte. Der inklusive Sozialstaat, der Teilhabe am Wohlstand aller sichern und den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern soll, wird quasi auf den Kopf gestellt und zum trennenden Faktor erklärt, der die Gesellschaft in Gebende und Nehmende teilt. Gleichzeitig wird die angebliche Überforderung der »Leistungsträger« beklagt. Das oberste Einkommensdrittel leistet rund 59 Prozent der Abgaben, erhält aber »nur« 25 Prozent der Sozialleistungen.

Fürs erste ist festzuhalten, dass sich die Zuordnung »Leistungsträger« nicht an der Höhe der Einkommen festmachen lässt. Eine engagierte, schlecht bezahlte Kindergartenhelferin leistet z. B. offensichtlich wesentlich mehr für die Gesellschaft, als Lobbyisten, die ihre Politiknähe für exorbitant hohe »Provisionen« nutzen, oder Finanzmarktjongleure mit exzessiven Millionengagen. Dazu kommt, dass daran, dass Besserverdienende auch einen entsprechend höheren Finanzie-

rungsbeitrag leisten, schwerlich etwas auszusetzen ist. Umverteilung findet sinnvoller Weise von oben nach unten und nicht umgekehrt statt! Die wahren Defizite bei der Verteilungsgerechtigkeit liegen ganz woanders, bei der weit überproportionalen Belastung der Arbeitseinkommen und den fehlenden bzw. völlig unzureichenden Finanzierungsbeiträgen hoher Vermögen und von Spitzeneinkommen aus anderen Einkommensarten. Wo bleibt die Verteilungsgerechtigkeit, wenn von monatlichen Arbeitseinkommen ab 1.206 Euro brutto beim laufenden Bezug von jedem zusätzlich verdienenden Euro nach Sozialabgaben noch 36,5 Prozent Lohnsteuer zu zahlen sind und selbst extrem hohe Einkommen aus anderen Quellen (Vermögenserträge, Spekulationsgewinne etc.) viel niedriger oder gar nicht besteuert werden? Wo bleibt die Verteilungsgerechtigkeit, wenn »NormalbürgerInnen« ordnungsgemäß ihre Abgaben entrichten, den Wohlhabenden aber gleichzeitig zahlreiche Schlupflöcher (Stiftungskonstruktionen, Steueroasen im Ausland) offenstehen?

Es ist geradezu unglaublich, dass unter dem Titel Verteilungsgerechtigkeit derartige Umstände unerwähnt bleiben, aber die gut funktionierenden Umverteilungseffekte des Sozialstaates als Problem angeprangert werden.

»Geber/Nehmer-Logik«

Die bloße Unterscheidung, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt NettoempfängerIn bzw. -zahlerIn ist, ist für die Klärung der Frage, wer vom Sozialstaat profitiert, völlig ungeeignet. Eine solche Moment-

¹ www.oevp.at/Common/Downloads/Rede_Proell_EsgiltDasGesprocheneWort.pdf, S57 ff.



Gleichzeitig wird die angebliche Überforderung der »Leistungsträger« beklagt. Das oberste Einkommensdrittel leistet rund 59 Prozent der Abgaben, erhält aber »nur« 25 Prozent der Sozialleistungen.

aufnahme liefert ein deutlich verzerrtes Bild. Je nach Lebensphase bzw. aktueller Konstellation ergibt sich nahezu zwangsläufig die Zuordnung zur Gruppe der Nettoempfänger. Jugendliche, Familien mit Kindern, PensionistInnen und Menschen mit Pflegebedarf sind ebenso wie Arbeitslose oder aufgrund schwerer Erkrankung (vorübergehend) Erwerbsunfähige natürlich Nettoempfänger und im hohen Maß auf Transfers angewiesen.

Viele NettoempfängerInnen »von heute« sind die NettozahlerInnen »von morgen« und wieder die NettoempfängerInnen »von übermorgen«. Alle NettozahlerInnen »von heute« waren »gestern« noch NettoempfängerInnen und der überwiegende Teil von ihnen wird es »morgen« wieder sein! Dass die NettozahlerInnen zuvor auch NettoempfängerInnen waren, gilt dabei für die gut ausgebildeten Besserverdiener »von heute« zumeist in besonderem Maße.

Sozialer Frieden und Zusammenhalt

Zu beachten ist auch, dass sich der individuelle Nutzen eines hochwertigen Sozialstaates nicht allein durch die monetäre Bewertung bezogener Transfers erfassen lässt. Abgesehen von wesentlichen mittelbaren und/oder nicht monetären positiven Effekten wie sozialen Frieden und Zusammenhalt, hohe Lebensqualität, individuelle Entwicklungspotenziale durch öffentliche Bildung und gut ausgebaute soziale Infrastruktur etc. besteht auch ein erheblicher Nutzen in der Absicherung vor Großrisiken, auch wenn diese nicht schlagend und damit leistungswirksam werden. Die Gewissheit bei schwerer Er-

krankung Zugang zu einem hochwertigen öffentlichen Gesundheitssystem zu haben, und nicht Gefahr zu laufen »ausgesteuert« zu werden, stiftet ebenso erheblichen Nutzen, wie die Sicherheit bei länger andauerndem Jobverlust nicht ins Bodenlose zu stürzen, selbst dann, wenn man von derartigen Schicksalsschlägen verschont bleibt.

Leistungsstarker Sozialstaat

Ein leistungsstarker Sozialstaat nützt allen. Unser Sozialstaat ist kein »Randgruppenprojekt«, kein **residuales**, bloß auf Armutsvermeidung ausgerichtetes System, sondern eines, das alle gesellschaftlichen Schichten einbindet. Es bietet hohe Sicherungsstandards und eine gut ausgebaute – in Teilbereichen sicher noch verbesserungsfähige – soziale Infrastruktur. Von all dem profitiert in erheblichem Maß auch die breite Mittelschicht. Dies gilt umso mehr, wenn ein faires Abgabensystem gewährleistet, dass jene, die am meisten verdienen/besitzen, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit auch einen fairen Finanzierungsbeitrag leisten.

Hohe Standards im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem, gut ausgebaute Familienleistungen, hohe Sicherungsniveaus im Alter, bei Invalidität und Arbeitslosigkeit, ergänzende mindestsichernde Elemente, Pflegevorsorge, Chancen erhaltende bzw. eröffnende aktive Arbeitsmarktpolitik, Ausbildungsgarantien für Jugendliche etc. kommen allen Bevölkerungsgruppen zugute. Sie sind Voraussetzung dafür, dass eine breite Mittelschicht entstehen und bestehen kann! Selbst wenn man das Glück hat nie ar-

WEBLINK

WIFO-Studie zum Download:
[www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2009_SOZIALPOLITIK_35602\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2009_SOZIALPOLITIK_35602$.PDF)

beitslos, schwer krank oder pflegebedürftig zu werden, wird man über das gesamte Leben betrachtet vom Sozialstaat profitieren und stets die Gewissheit haben, dass bei Jobverlust, schwerer Erkrankung oder sonstigen Schicksalsschlägen nicht der Verlust sämtlicher Perspektiven droht, sondern die materielle Absicherung, der Zugang zu hochwertigen Gesundheitsleistungen, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weitgehend gewährleistet bleibt. Letztlich nützt der Sozialstaat aber auch den »Reichen« ganz erheblich, denn sozialer Frieden und Stabilität sind nicht nur wesentliche Faktoren für die Lebensqualität, sondern auch Voraussetzung für die Akkumulation und Weitergabe von Vermögen. Der Markt allein schafft keine Gerechtigkeit. Eine gerechte, zukunftsweisende Gesellschaft braucht einen aktiven, integrativen und leistungsstarken Sozialstaat.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autoren
erik.tuerk@akwien.at
adolof.buxbaum@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Mehr Wertschätzung

Die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich stehen unter enormem Druck. Anerkennung bekommen sie nur selten.

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

Auf der einen Seite: der Wunsch nach individueller Betreuung entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen inklusive menschlichem Faktor; auf der anderen Seite: Spazwang nicht erst seit der Wirtschaftskrise. Wie wirkt sich das auf den Alltag der im Gesundheits- und Sozialbereich Tätigen aus?

Nicht nur Hightech-Medizin kostet viel Geld, sondern auch die konsequente Weiterführung längst zur Selbstverständlichkeit gewordener Errungenschaften im Gesundheits- und Sozialbereich: individuelle Betreuung und Pflege für PatientInnen, Behinderte oder Jobsuchende, keine Schlafsäle mehr in Krankenhäusern und Pflegeheimen, betreutes Wohnen. Der Trend ist eindeutig und soll PatientInnen/KlientInnen und deren Angehörigen helfen, in ohnehin schon schwierigen Situationen mit Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Hilfsbedürftigkeit leichter fertig zu werden.

Summe von Belastungen

Optimale Betreuung, das bedeutet – egal in welchem Bereich – in der Regel einen höheren Bedarf an entsprechend geschultem Personal. »Kleinere« Krankenzimmer mit weniger Betten, das bedeutet nicht nur bauliche Veränderungen, sondern auch organisatorische. Beim Umstieg von Acht- auf Zweibettzimmer zum Beispiel bedeutet das nicht nur mehr Laufarbeit, sondern

auch, viermal öfter Türen zu öffnen: beim Putzen, bei der Visite, beim Essenverteilen etc. – zum Teil mit Putzeimer oder Speisewagen, viermal öfter Waschbecken, Spiegel etc. im Sanitärbereich zu reinigen. Gerhard Steiner, Vorsitzender des Personalgruppenausschusses (PGA) Pflege in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG-KMSfB): »Bei der Personaleinteilung orientiert man sich meist nur am Mindestbedarf. Sobald jemand überraschend ausfällt, müssen andere diese Arbeit zusätzlich zu ihrer erledigen, oder wenn jemand einspringt, so fehlt diese Arbeitskraft dann in irgendeiner anderen Abteilung. Überstunden sind an der Tagesordnung.«

Eine straffere Verwaltung, verbesserte Organisation und optimierte Abläufe können Ressourcen sparen, aber den durch notwendige Modernisierungsmaßnahmen entstandenen Mehraufwand nicht ersetzen. Ironischerweise (aber im Grunde nicht überraschend) entlasten Rationalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen eines Unternehmens oder einer Behörde deren eigenes Budget, erschweren aber unter Umständen anderen Einrichtungen die Arbeit. Wer schon einmal mit einem dringenden Anliegen beim Callcenter einer Behörde gelandet ist, kann vermutlich nachvollziehen, wie so mancher Vormittag von Claudia P. verläuft. Die diplomierte Sozialarbeiterin ist in einem Verein tätig, der Behinderte betreut. Die Zusammenarbeit mit Behörden und öffentlichen Stellen ist tägliches Brot, egal ob es um Jobsuche, Wohnungsangelegenheiten oder die geplante Heirat von zwei Schützlingen geht: »Die Callcenter-Angestellten sind ja in der Regel sehr freundlich und zuvorkommend, nur sie können keines unserer Anliegen

ZAHLEN/FAKTEN

Im Mai waren **227.089 Menschen arbeitslos** gemeldet, um 5,3 Prozent weniger als vor einem Jahr. Allerdings ist die Zahl der SchulungsteilnehmerInnen um 14.000 höher (insg. 78.000) als im Mai 2009. AMS-Vorstand Johannes Kopf rechnet damit, dass es über den Sommer weiter bergauf gehen wird. Ab Mai 2011 können u. a. ArbeitnehmerInnen aus Ungarn, Slowakei, Polen und Tschechien ohne Einschränkung in Österreich arbeiten, wodurch die Arbeitslosigkeit vermutlich wieder steigen wird. Im Ministerrat im März wurde festgelegt, dass alle Ministerien 3,6 Prozent ihres Budgets einsparen müssen. Ausnahmen gibt es für das Innenministerium (zwei Prozent) und für den Bildungsbereich (minus 1,4 Prozent). Sozialminister Rudolf Hundstorfer muss 264 Millionen im Bereich Arbeit einsparen. Anlässlich der steigenden Arbeitslosigkeit wurden beim AMS österreichweit 80 zusätzliche Planstellen geschaffen, davon 25 für Wien. Diese MitarbeiterInnen sind allerdings noch in Ausbildung.

direkt bearbeiten. Unsere Telefonnummer wird notiert, irgendwann wird man dann zurückgerufen. Daran scheitern auch die selbständigeren unserer KlientInnen.«

Bürokratische Hürden

Aber auch die SozialarbeiterInnen haben in der Regel von den ReferentInnen keine Durchwahl. So braucht man häufig für ganz alltägliche Anliegen mehrere Anrufe, viel Zeit und Geduld: »Nach solchen Telefon-Tagen wünsch ich mir manchmal



Der Stress wird immer größer,
unsere MitarbeiterInnen
leisten oft Übermenschliches.
Da ist es wohl etwas viel verlangt,
auch noch nach psychisch
und physisch anstrengenden Diensten
fortwährend zu lächeln.

die grantigen ReferentInnen von früher zurück ...«

Wunsch nach Unterstützung

Apropos Wunschliste: Auf den ersten Plätzen bei fast allen im Sozial- oder Pflegebereich Tätigen stünde wohl »mehr Wertschätzung und Unterstützung«. Gerhard Steiner: »Angehörige von PatientInnen erleben ja oft hautnah, was etwa das Personal eines Geriatrie- oder Reha-zentrums leistet. Und sie bringen diese Wertschätzung dann meist auch verbal zum Ausdruck. Aber scheinbar vergessen das viele wieder sobald diese Berührungspunkte nicht mehr vorhanden sind. Denn bei irgendwelchen Forderungen oder Anliegen bekommen wir nur wenig Unterstützung oder Verständnis. Der Stress wird immer größer, unsere MitarbeiterInnen leisten oft Übermenschliches. Da ist es wohl etwas viel verlangt, auch noch nach psychisch und physisch anstrengenden Diensten fortwährend zu lächeln.«

Erst kürzlich hat die Arbeiterkammer neue Daten über die Gefahr des Burn-out von Beschäftigten im Pflege- und Betreuungsbereich veröffentlicht: Jede/r vierte im Gesundheitsbereich Tätige ist emotional erschöpft, jeder dritte Burn-out-gefährdet.

Über unzureichende Arbeitsbedingungen klagt auch Georg Dimitz, Personalvertreter der Wiener Jugendämter: »Seit zehn Jahren fordern wir vergeblich ein Berufsgesetz. Derzeit werden SozialarbeiterInnen, deren Ausbildung an Fachhochschulen erfolgt und mindestens sechs Semester dauert, immer wieder mit Lebens- und SozialberaterInnen oder AltenpflegerInnen verwechselt. Es gibt keinen Schutz

für den Titel Sozialarbeiter, keine Gerichts-sachverständigen aus dieser Berufsgruppe.« So kommt es vor – wie etwa im Fall des 1997 getöteten kleinen Melvin, dessen leiblicher Vater sich beim Jugendamt und die Mutter des Buben beschwert hatte –, dass SozialarbeiterInnen angeklagt und verurteilt werden, obwohl sie laut Behörden korrekt gehandelt haben.

Die tägliche Belastung steigt und die Diagnose Burn-out wird auch unter den rund 5.000 österreichischen SozialarbeiterInnen immer häufiger. Georg Dimitz: »Die Fallzahlen explodieren und es gibt keine verbindlichen Definitionen, wie viele KlientInnen ein Sozialarbeiter betreuen kann. Die Anzeigen wegen Vernachlässigung bzw. Missbrauch sind seit dem Jahr 2000 österreichweit von 2.000 auf 13.000 jährlich gestiegen.« So kommt es, dass Verwaltungsarbeiten oft schon 80 Prozent der Tätigkeit von SozialarbeiterInnen ausmachen. Viele können sich nur noch um die schwersten Problemfälle kümmern, prophylaktisch zu arbeiten ist fast nicht mehr möglich.

Security gibt Sicherheit

Auf der Beliebtheitsskala der ÖsterreicherInnen rangieren AMS-BeraterInnen eher am unteren Ende. Hier handelt es sich zwar nicht um einen klassischen Sozialberuf, die AMS-BetreuerInnen zählen aber zweifellos zu jenen, welche die Auswirkungen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik direkt und manchmal am eigenen Leib zu spüren bekommen. Alois Oberhauser, Leiter der AMS-Geschäftsstelle Währinger Gürtel: »Unsere MitarbeiterInnen sind deutlich

WEBLINK

GPA-djp für Bewährungshilfe Neustart:
www.gpa-djp.at/neustart

häufiger als früher mit verbaler und körperlicher Gewalt konfrontiert. Was wir tun, tun wir auf gesetzlicher Basis, unbeliebte Maßnahmen werden schließlich nicht aus persönlichem Antrieb durchgeführt.« Seit einigen Jahren gibt es in den meisten Geschäftsstellen einen Sicherheitsdienst. Die Führungskräfte werden entsprechend geschult, um Burn-out-gefährdete MitarbeiterInnen möglichst früh zu erkennen. Denn nicht nur Aggressivität, sondern auch die »ganz normalen« Alltagsgeschichten wie Scheidung, Krankheiten, Alter, Alkohol etc. bedeuten bei mehr als 20 Kunden/-innen täglich eine enorme psychische Belastung. Zusätzlich sind Verständigungsprobleme mit MigrantInnen an der Tagesordnung. »Hier können KollegInnen mit Migrationshintergrund eine wertvolle Hilfe sein«, so Alois Oberhauser, »vor allem dann, wenn diese Kunden aggressiv oder laut werden, wird die Situation deutlich entschärft sobald sie ein Kollege oder eine Kollegin in ihrer Muttersprache anspricht.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Soziale Gerechtigkeit

Prof. Emmerich Tálos, Mitinitiator des Volksbegehrens Sozialstaat 2002, über die Notwendigkeit sozialer Gleichheit.

*Autor:
Univ.-Prof. i. R. Dr. Emmerich Tálos*

*Politikwissenschaftler und Autor,
Mitinitiator des Sozialstaatsvolksbegehrens*

Seit einigen Jahren ist immer öfter der Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit zu vernehmen. Ausdrück eines Sozialromantizismus? Keineswegs. Entwicklungsprozesse auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene haben die Ungleichheit in unserer Gesellschaft verstärkt. Diese speist sich aus mehreren Quellen: Die Einkommen driften auseinander. Die sinkende Lohnquote ist einer der Indikatoren dafür. Ungleichheit noch als die Einkommensverteilung ist die der Vermögen.

Veränderungen am Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt unterliegt einschneidenden Veränderungen – nicht nur hinsichtlich der Zugangsmöglichkeiten, sondern auch der Bedingungen für die Beschäftigten. Die Erwerbslosigkeit ist trotz wiederholt anders lautender Prognosen ein absehbar andauerndes Problem. Die Heterogenität in der Erwerbsarbeit spitzt sich im Gefolge der Verbreitung von Teilzeit, befristeter und geringfügiger Beschäftigung, Leiharbeit und neuer Selbstständigkeit zu. Atypische Beschäftigungsformen eröffnen Chancen, wie zum Beispiel die Integration von Arbeitslosen in den Erwerbsarbeitsmarkt oder eine verbesserte Möglichkeit der Vereinbarkeit von familiärer und beruflicher Arbeit. Dennoch sind

derartige Beschäftigungsformen in mehrfacher Hinsicht mit negativen Auswirkungen verknüpft: höheres Verarmungsrisiko infolge niedrigen und diskontinuierlichen Einkommens, schlechtere Aufstiegschancen und geringere Qualifikationschancen. Die Annahme, dass Erwerbsarbeit die materielle Existenz ausreichend sichert, erfährt angesichts dieser Entwicklung eine deutliche Relativierung.

Armut und Ausgrenzung

Armut und Ausgrenzung stellen auch in reichen Gesellschaften ein relevantes Phänomen dar. Beispielsweise sind laut den jüngsten Armutsstudien mehr als zwölf Prozent der österreichischen Bevölkerung vom Einkommensmangel betroffen. Diese Armut trifft nicht nur Menschen an den Rändern unserer Gesellschaft, sie reicht in den Mittelstand hinein. Sie ist eine der zentralen Spaltungslinien, die nicht mit wachsendem gesellschaftlichem Reichtum selbstläufig vergeht. Dies ungeachtet dessen, dass in Österreich ebenso wie in anderen europäischen Ländern breit ausgebaut soziale Sicherungsnetze bestehen. Diese dämmen Verarmungsrisiken ein, verhindern diese allerdings nicht insgesamt.

Nicht erst seit dem jüngsten Desaster des Finanzkapitals ist evident, dass der in den beiden letzten Jahrzehnten hoch gebuhelte Markt ungleich mehr Probleme produziert, als er zu lösen imstande ist. Die soziale Ungleichheit in der marktbetonten Gesellschaft ist nicht geringer, sondern größer geworden. Das Plädoyer für mehr Markt und weniger Staat, das politische Entscheidungen in vielen Ländern anlei-

tete, zeitigte in seiner konkreten Umsetzung für den Sozialstaat ebenso wie für BezieherInnen sozialstaatlicher Leistungen beträchtliche negative Auswirkungen. Darüber hinaus: Die zunehmende soziale Schieflage vergrößert die Diskrepanz zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Gleichheit und wird damit zur Gefährdung der Demokratie.

Angesichts dieser Entwicklung sind Überlegungen und konkrete Schritte zu mehr sozialer Gerechtigkeit eine unumgängliche gesellschaftspolitische Notwendigkeit.

Welche Gerechtigkeit?

Wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, so sind damit mehrere Dimensionen gemeint: Was politische Gerechtigkeit heißt, ist allgemein bekannt (gleiches Recht auf politische Partizipation für alle), viel weniger jedoch, was mit sozialer Gerechtigkeit gemeint wird. Es gibt unterschiedliche Deutungen, die Kriterien dafür sind interessegeleitet uneinheitlich: Unter Leistungsgerechtigkeit wird verstanden, dass wer mehr leistet, auch mehr erhalten soll. Diese Deutung steht im Blickpunkt der Überlegungen zu einem Transferkonto, wie es aus ÖVP-Kreisen ventiliert wird. Bedarfsgerechtigkeit meint die Umverteilung der Ressourcen nach sozialem Bedarf. Zentrale Bezugspunkte dafür sind soziale Ausgrenzung und Verarmung. Chancengerechtigkeit stellt ab auf Gleichheit der Startchancen für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung. Teilhabegerechtigkeit ist auf die Sicherung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedürfnisse bzw. gesellschaftlicher Teilhabe – analog den beste-



Darüber hinaus: Die zunehmende soziale Schieflage vergrößert die Diskrepanz zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Gleichheit und wird damit zur Gefährdung der Demokratie.

henden Standards – in unserer Gesellschaft bezogen. Letztere kann ebenso wie die Bedarfsgerechtigkeit nur auf dem Weg der Umverteilung realisiert werden.

Der breit ausgebaute österreichische Sozialstaat beinhaltet sowohl Elemente der Leistungsgerechtigkeit als auch der Bedarfsgerechtigkeit. Ersteres bedeutet, dass es im Fall höherer Beiträge auch höhere Leistungen gibt. Dieses Element dominiert im Wesentlichen die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung, der Pensionsversicherung und bei Krankheit. Die Bedarfsgerechtigkeit als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit findet ihre Umsetzung in erster Linie in Leistungen, die nicht an Erwerbsarbeit gebunden sind, wie die Sozialhilfe, Familienleistungen, nicht zuletzt auch im Sachleistungsbereich des Gesundheitssystems. Nunmehr soll das bedarfsorientierte Leistungssystem eine Erweiterung erfahren.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Während unter der schwarz-blau-orangen Regierung Armut/Ausgrenzung kein Thema war, wurde seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen (Caritas, Diakonie und Armutsnetzwerk) ebenso wie von den Grünen, den Arbeiterkammern, dem ÖGB und der Sozialdemokratie als eine der Antworten auf die aktuellen sozialen Herausforderungen, insbesondere der wachsenden Armut, die Einführung einer Grund- bzw. Mindestsicherung ventiliert. In den Regierungsprogrammen der vergangenen Jahre fanden trotz deutlich divergierender Ansichten von SPÖ und ÖVP diesbezügliche Vorstellungen ihren konkreten Niederschlag. Auf Bundesebene

werden die bereits im Fall niedriger Arbeitslosengeldbezüge geltenden mindestens sichernden Elemente auf die Notandhilfe ausgedehnt.

744 Euro/Monat

Trotz aller Verzögerungstaktiken seitens der ÖVP soll im Herbst 2010 die Mindestsicherung in den Bundesländern als bedarfsgebundene Geldleistung in Höhe von 744 Euro/Monat für einen bedürftigen Einzelhaushalt eingeführt werden. Neben Bedarf gilt als weitere Voraussetzung bei BezieherInnen im erwerbsfähigen Alter, dass diese dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Im Unterschied zur bestehenden Sozialhilfe werden die Leistungen (zum Teil auf einem höheren Niveau) harmonisiert, deren BezieherInnen in das Gesundheitssystem und den Service des AMS einbezogen. Der derzeit bestehende Regress wird weitgehend abgeschafft und ansatzweise ein Arbeitsanreiz vorgesehen. Insofern stellt diese Erweiterung des traditionellen Leistungssystems des österreichischen Sozialstaates angesichts der angeführten sozialen Problemlagen, neben notwendigen anderen Maßnahmen beispielsweise im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt, einen Schritt in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit dar.

Ist damit alles erreicht? Keineswegs. Der politische Kompromisscharakter dieses Vorhabens spiegelt sich in einigen darin angelegten Problemen: So wird das Niveau der Mindestsicherung merkbar unter der Armutsschwelle nach EU-Kriterium liegen. Diese wurde für das Einkommensjahr 2007 mit 951 Euro

WEBLINK

Volksbegehren
Sozialstaat Österreich 2002:
www.sozialstaat.at

berechnet. Der bereits in den Gesamtbeitrag inkludierte Anteil für Wohnkosten (25 Prozent) wird durchwegs nicht reichen und wirft die Frage nach der Abdeckung der höheren Wohnkosten auf. Bereits vor der endgültigen Verabschiedung der Neuregelung in den Bundesländern ist absehbar, dass diese im Detail auch unterschiedliche Wege (12 oder 14 Auszahlungen, Beitrag zu Wohnkosten) gehen werden, womit das Ziel der Harmonisierung partiell unterlaufen wird. Fraglich ist auch, ob das AMS personell und finanziell für den erhöhten Arbeitsaufwand bereits ausreichend gerüstet ist.

Kurz gesagt: Die geplante Mindestsicherung kann ein Schritt in Richtung Gegensteuerung zu Armut und damit zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Sozialstaat Österreich sein. Weitere müssten folgen. Diese dem politisch verordneten Sparzwang zu opfern wäre gesellschafts- wie demokratiepolitisch ein Schritt in die falsche Richtung.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
emmerich.talos@univie.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ohne jeden Zweifel!

Was uns herausfordert – wofür wir stehen – worum wir kämpfen. Ein Beitrag aus Sicht der »Christlichen Soziallehre« von Andreas Gjecaj.

Autor: Andreas Gjecaj

*Bundessekretär der Christgewerkschafter
im ÖGB*

Bei der zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz in den 1990ern hatte es – mit Blick auf das 21. Jahrhundert – geheißt: »Wir sind (zufällig) die erste Generation in der langen Geschichte der Menschheit, der es vergönnt ist, diese Erde von außen zu sehen. Wir beginnen zu lernen, dass dieser Planet klein, endlich und verletzlich ist, während wir gewohnt waren, ihn für eine »grenzenlose Welt« zu halten.« Wenn wir die Prinzipien der Christlichen Soziallehre in unserem Leben und in unserer Gesellschaft umsetzen und somit einen Sozialstaat fordern, beginnt ein mühsamer Prozess. Viele Bereiche sind miteinander vernetzt, viele Interessen sind betroffen. Pater Alois Riedlsperger schreibt in einem Dossier zum Thema »Baustelle: Soziallehre«: »Es ist unverantwortlich, kurzfristige Einzelinteressen gegen langfristige Zukunftsperspektiven auszuspielen. Mehr denn je wird bewusst, dass der Bauplatz aller die eine Welt ist – und die Frage des 21. Jahrhunderts, ob es gelingen wird, eine bewohnbare Welt für alle Menschen zu bauen.«

Gewinne für den Sozialstaat?

»Heute ist die Fähigkeit des Staates für das Wohl seiner Bürger zu sorgen, durch die Mobilität des Kapitals erschüttert

worden. Länder, die ihre Sozialversicherungs- und Arbeitsgesetzgebung stark abbauen, werden bevorzugt, während andere, die den Sozialstaat aufrecht zu erhalten versuchen, das Nachsehen haben«, behauptet der bekannte Börsen-Guru George Soros in seinem Buch »Die offene Gesellschaft – Für eine Reform des globalen Kapitalismus«.

Nachtwächterstaat

Schon im 19. Jahrhundert – am Beginn der industriellen Revolution – wurde die Idee des »Nachtwächter-Staates« geboren. Das Selbstinteresse und der Markt sollten dafür sorgen, dass geradezu automatisch das größte Glück für die größte Zahl verwirklicht werde. Der Staat sollte in diesen Mechanismus nicht eingreifen, sondern vielmehr dafür sorgen, dass der Mechanismus von Selbstinteresse und Markt nicht behindert werde. Die Wirklichkeit schaute allerdings wesentlich anders aus als die Theorie. Das Elend des Proletariats und der Aufstand der organisierten Arbeit zwangen den Staat zu ersten sozialpolitischen Maßnahmen: Arbeiterschutzgesetz, Verbot der Kinderarbeit, Schutz der Frauen.

Während man das 20. Jahrhundert in Europa auch mit dem schrittweisen Aufbau des Sozialstaats treffend beschreiben kann, treffen Michael Reimon und Christian Felber mit ihrem »Schwarzbuch Privatisierung« ganz entscheidende Feststellungen zum Verhältnis von Staat und Privat für das beginnende 21. Jahrhundert:

Die Starken profitieren: Öffentliche Betriebe tragen gesellschaftliche Verant-

wortung. Gewinnorientierte Konzerne tun das nicht. Übernehmen sie die Grundversorgung, tragen sie aktiv zur Schaffung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft bei. Das erste Privatisierungsoffer ist die ländliche Bevölkerung: Nicht genug damit, dass ihr aufgrund der Handelskonzentration Nahversorger vor der Nase zusperrten, es kommen auch Postämter, Nebenbahnen, Telefonzellen und Buslinien abhandeln. Alle netzgebundenen Anschlüsse (Strom, Gas, Wasser, Kanal, Telefon, Internet) werden nach Privatisierungen beinahe nur noch in Ballungszentren ausgebaut.

Der Staat ist keine AG

Ein Staat ist keine AG: »Der Staat ist ein schlechter Unternehmer«, hört man immer wieder. Aber Staaten existieren aus anderen Gründen als Aktiengesellschaften, und PolitikerInnen sollten nicht versuchen, BetriebswirtInnen zu sein. Private Krankenkassen haben nicht das geringste Interesse daran, Schwerkranken zu helfen. Im Gegenteil, jeder profitorientierte Betrieb müsste danach trachten, sie loszuwerden. Private Stromversorger haben kein Interesse an Kleinkunden mit viel Verwaltungsaufwand und wenig Umsatz. Private Rentenversicherer haben kein Interesse daran, sichere Renten zu bieten, sondern eine möglichst hohe Gewinnspanne aufzuspitzen.

Am Ende haftet der Staat: Die Gesellschaft trägt die Kosten für all jene »Nebeneffekte«, die eine Privatisierung mit sich bringt und die früher von öffentlichen Betrieben vermieden wurden. Höhere Arbeitslosenzahlen, mehr Sozi-

Private Stromversorger haben kein Interesse an Kleinkunden mit viel Verwaltungsaufwand und wenig Umsatz.



alfälle und Umweltschäden sind offensichtliche Kostenfaktoren, aber es gibt auch gut versteckte, die man nicht in Zahlen gießen kann. Wenn private Gefängnisse weniger Geld in die Ausbildung von Insassen investieren und diesen Menschen damit keine neuen Perspektiven für die Zeit nach der Haft eröffnen – was kostet das? Die Öffentlichkeit trägt auch die Kosten für das »Rosinenpicken« der privaten BetreiberInnen. Darunter versteht man, dass InvestorInnen nur die profitablen Sektoren öffentlicher Betriebe kaufen, die Verluste machenden Teile aber unverkäuflich sind. Der Politik bleibt dann die Wahl, diese Aufgaben aus Steuermitteln zu bestreiten oder ganz darauf zu verzichten.

Wesentliche Orientierungen

Für die christliche Soziallehre bilden Menschenrechte und Demokratie zentrale Werte. Im Buch »Perspektiven ökumenischer Sozialethik« schreibt Ingeborg Gabriel: »Eine bewusste Förderung der moralischen Grundlagen von Menschenrechten und Demokratie ist angewiesen auf ein lebendiges Wissen um Wert und Würde jedes Menschen, insbesondere der Schwächeren, aber auch der Gegner und Feinde. Die Schärfung dieses Bewusstseins, die Stärkung der Bereitschaft zum Einsatz für die Rechte der anderen, und die Erziehung zu Wachsamkeit und Widerstand gegen Unrecht sind ein wichtiger christlicher Beitrag zu einer dauerhaften Menschenrechts- und Demokratiekultur. Der christliche Widerstand in den ehemals kommunistischen Ländern auf der Basis der Menschenrechte ist ein

inspirierendes Beispiel dafür. Ein weiterer Schwerpunkt sollte der Einsatz für soziale Rechte sein. Die Menschenwürde wird durch einen Mangel an sozialen Rechten ebenso verletzt wie durch die Einschränkung der Freiheitsrechte. Wenn Menschen keine ausreichende materielle Lebensgrundlage haben, dann beschränkt dies wesentlich ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation. Arbeitslosigkeit, Armut trotz Arbeit und – damit verbunden – die soziale Ausgrenzung sind inhuman. Sie zerstören das Selbstwertgefühl der Betroffenen, das die wichtigste Ressource demokratischer Ordnungen darstellt, und gefährden den sozialen Frieden.«

»Es geht also keineswegs darum, den Sozialstaat wahllos auszubauen und zu überlasten. Wohl aber geht es immer wieder um die kritische Überprüfung bisheriger Ziele und Leistungen, und um den Mut zu neuen Initiativen. Weil sich die neue soziale Frage nicht mehr in erstarrten Fronten, sondern in einer Vielfalt von persönlichen Nöten darstellt, braucht es einen Sozialstaat, der imstande ist, spezifische Not zu erkennen und mit gezielten Maßnahmen zu helfen.« (Sozialhirtenbrief, 95)

Unsere Gesellschaft ist im 21. Jahrhundert gekennzeichnet durch eine Vielzahl von »aufsteigenden und absteigenden Gruppen«. Manche erfreuen sich privilegierter Stellungen, manche werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die allgemeine Armut nimmt zu, wenn Defizite durch regionale Benachteiligungen, soziale Verpflichtungen oder Behinderungen körperlicher Natur auf-

WEBLINK

VOEGB-Skriptum Christliche Soziallehre:
www1.voegb.at/bildungsangebote/skripten/pzg/PZG-02.pdf

treten. Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft bekommt Risse, die nicht nur wirtschaftlich bedingt sind. Meist funktioniert auch in reichen Gesellschaften der Verteilungsmechanismus schlecht, sodass Lücken entstehen. Man spricht von der sogenannten »Armutsfalle«.

Sozialstaat – ohne Alternative

Es ist eine Schande, dass in einem der reichsten Länder der Erde – in Österreich – mit seinen rund acht Millionen EinwohnerInnen, rund 13 Prozent – also über eine Million Menschen – armutsgefährdet sind. Und hätten wir nicht einen ausgebauten Sozialstaat, würde die Zahl der Armutsgefährdeten auf über 42 Prozent hinaufschnellen. Also kann es am Schluss nur heißen: Für einen Sozialstaat – ohne jeden Zweifel!

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
andreas.gjecaj@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Unverzichtbar

Der Sozialstaat hat als eine der zentralen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts wesentlich zur positiven Entwicklung Österreichs beigetragen.

Autor: Dr. Josef Wöss

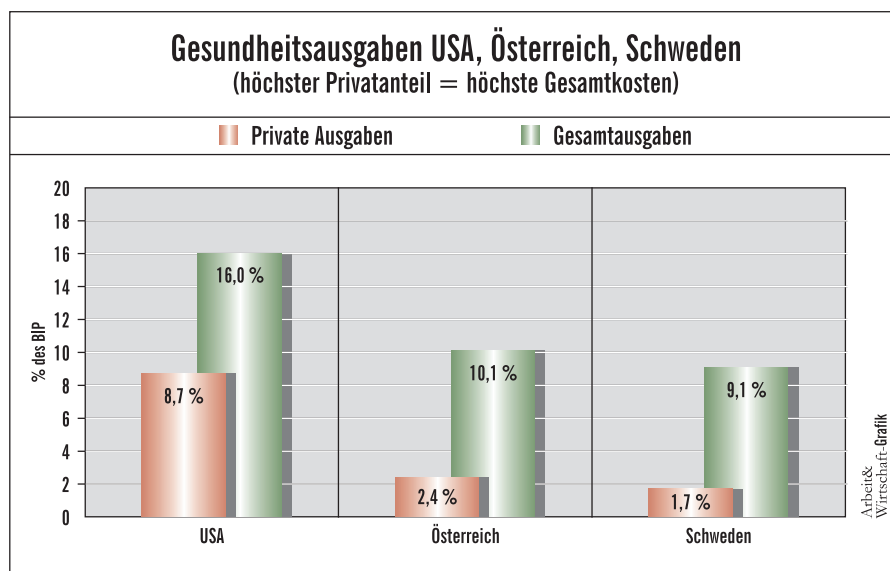
Leiter der Abteilung Sozialpolitik AK Wien

Der Sozialstaat wird zu Recht als Erfolgsmodell bezeichnet. Ohne ihn wäre Österreich, wie wir es heute kennen, unvorstellbar. Alles spricht dafür, dass der Sozialstaat auch in Zukunft unverzichtbar ist. Neue Herausforderungen müssen bewältigt und bestehende Schwachstellen beseitigt werden. Neben »traditionelle« Familienstrukturen treten zunehmend andere Lebensformen (Patchwork-Familien, AlleinerzieherInnen, Singles). Risikolagen, die früher innerhalb der Familien bewältigt wurden, werden verstärkt zu »gesellschaftlichen« Herausforderungen (Kinderbetreuung, Pflege etc.).

Wandel der Erwerbsarbeit

Die immer kurzfristigere Ausrichtung vieler Unternehmen, technologischer Wandel, Globalisierung etc. führen zu massiven Änderungen in der Arbeitswelt: mehr kurzzeitige Arbeitsverträge, Arbeitsverdichtung, rascher Wandel der Qualifizierungserfordernisse, steigende Flexibilitäts-/ Mobilitätsanforderungen, mehr atypische Arbeitsformen etc.

Der Arbeitsmarkt ist bedrohlich gespalten: Viele sind arbeitslos oder finden nur prekäre Arbeit, andere arbeiten mehr als ihrer Gesundheit zuträglich ist und sind in hohem Maß Burn-out-gefährdet. Menschen mit Benachteiligungen finden immer schwerer Zugang zum Arbeitsmarkt.



Die »Alterung« der Bevölkerung führt zum Anstieg der Zahl älterer Menschen. Die geburtenstarken »Baby-Boom-Jahrgänge« (1955–1970) sind derzeit 40 bis 55. In zehn Jahren werden sie zwischen 50 und 65 sein. Die Verbesserung der Erwerbschancen von Älteren ist daher eine der größten Aufgaben der Gegenwart.

Wir erleben – mit wenigen Unterbrechungen – eine kontinuierliche Steigerung der Wirtschaftsleistung, auch wenn die Zuwachsraten deutlich niedriger liegen als in früheren Jahren. 2000 bis 2008 wurde in Österreich ein reales Wachstum des BIP um 16,9 Prozent verzeichnet. Der Wohlstandszuwachs ist allerdings ungleich verteilt. Macht- und Vermögenskonzentration, Zurückdrängung gewerkschaftlicher Gegenmacht etc. führen

zu wachsender Ungleichheit. Die Lohnquote ist zwischen 1995 und 2005 von 66,2 Prozent auf 60 Prozent zurückgegangen. Die Managergehälter waren 2003 in den börsennotierten Aktiengesellschaften 20-mal und 2007 bereits 48-mal so hoch wie die Durchschnittseinkommen der dort Beschäftigten!

Schlechte Wachstumserwartungen

Die Krise auf den Finanzmärkten hat massive Spuren in der Realwirtschaft und in den öffentlichen Budgets hinterlassen. Trotz extrem teurer Auffang- und Stützungsprogramme gab es einen kräftigen Wirtschaftseinbruch. Die Erwartungen für die kommenden Jahre sind sehr bescheiden. Die zusätzliche Dämpfung der Nachfrage durch europaweit geplante

Sparpakete droht die Situation weiter zu verschlimmern.

Zur Zukunft des Sozialstaats

1. Der Sozialstaat bleibt unverzichtbar: Gesamtgesellschaftliche Ziele wie Beteiligung aller am erarbeiteten Wohlstand und Sicherung des sozialen Zusammenhalts sind nur mit einem leistungsstarken Sozialsystem erreichbar. Die neuen Herausforderungen lassen erwarten, dass der Sozialstaat in Zukunft sogar an Bedeutung gewinnen wird.

2. Erwerbsarbeit bleibt zentrale Erwerbsquelle: Die These »der Gesellschaft geht die Arbeit aus« wird durch die Realität nicht bestätigt. Potenzial für Erwerbsarbeit gibt es genug. Die steigende Produktivität muss den Arbeitenden zugute kommen und Arbeit ausgewogen verteilt werden. Lohn- und Arbeitszeitpolitik, die Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit, die (Re-)Integration von Arbeitslosen, bessere Erwerbchancen für Ältere, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und spezifische Hilfestellungen für benachteiligte Gruppen sind dabei die wichtigsten Aufgaben. Je mehr Menschen über eigene Erwerbsarbeit ihr Einkommen sichern, desto weniger benötigen Transferleistungen. Selbst bei massiv steigendem Altenanteil lässt sich die Zahl der Leistungsbeziehenden relativ zu den Erwerbstätigen in bewältigbaren Grenzen halten, wenn es gelingt, die Erwerbsbeteiligung zu steigern und die Arbeitslosen-, Invaliditäts- und Frührentierungsraten zu senken.

3. Der Sozialstaat ist nichts Statisches: Es gilt unser gut ausgebautes Sozialsystem zu erhalten und – wo erforderlich – weiterzuentwickeln. Gestärkt werden müssen:

- soziale Infrastruktur (Kinderbetreuung, Altenpflege, soziale Dienste),
- integrative Komponenten (Schließung von Lücken im sozialen Netz, Mindestsicherung),
- **investive** Komponenten (Prävention, Qualifizierung, Gesundheitsschutz, Umschulung, Arbeitsmarktintegration benachteiligter Gruppen etc).

Nur wenn »Sicherheit im Wandel« gegeben ist, werden die Menschen bereit sein, erforderliche Anpassungen mitzutragen.

4. EU muss auch Sozialunion werden: Sozialpolitik findet vor allem auf nationalstaatlicher Ebene statt, wird aber durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU und die vier EU-Grundfreiheiten massiv beeinflusst. Dringend erforderlich ist, dass die EU mehr als bisher auf den Schutz der Sozialsysteme achtet und dies zum gleichrangigen Politikziel macht. Soziale und die ökologische Nachhaltigkeit müssen als zentrale Werte anerkannt werden. Das Unterlaufen sozialstaatlicher und lohnrechtlicher Regelungen muss gestoppt werden. Es geht dabei vor allem um die Sicherstellung von »gleichem Lohn für gleiche Arbeit« am selben Arbeitsort, und um die Unterbindung eines unfairen Standortwettbewerbs über Steuer- und Sozialdumping.

5. Bereitstellung der erforderlichen Mittel: Ein leistungsstarker Sozialstaat und seine Weiterentwicklung erfordern beträchtliche Finanzmittel. Es ist Aufgabe der Politik, diese Mittel nachhaltig – auch in Krisenzeiten – zu gewährleisten. Strukturelle Schiefen, wie z. B. die überproportionale Belastung des Faktors Arbeit und fehlende bzw. unzureichende Miteinbeziehung anderer Einkommensarten und hoher Vermögen, müssen beseitigt werden.

Ausgabenseitig bieten sich mittel- bis längerfristig erhebliche Einsparpotenziale, wenn es gelingt, die Armuts-, Krankheits- und Invaliditätsprävention zu verbessern, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die Erwerbchancen von Älteren zu erhöhen.

6. Keine Kosteneinsparung durch Sozialabbau: Niedrigere Sozialleistungen bedeuten – entgegen der kolportierten Meinung – nicht automatisch Kostenreduktion. Im Gegenteil: Die Folge ist zu meist bloß die »Privatisierung« der Kosten mit nicht selten erheblichen Mehrkosten! Ein Blick auf die Gesundheitsausgaben in verschiedenen Ländern macht das deutlich. In den USA mit sehr hohem Privatanteil liegen die Gesamtausgaben für Gesundheit mit Abstand am höchsten (siehe Grafik).

7. Klare Vorrangstellung der öffentlichen Alterssicherung: Viele Beziehenden kapitalgedeckter Betriebspensi-

WEBLINK

Struktur + Wirkung von Sozialleistungen:
bit.ly/bDizMe

onen haben leidvoll erfahren, was Abhängigkeit der Pensionen von den Börsenkursen bedeutet. Selbst Andreas Khol, der sich vehement für den Ausbau der »2. Säule« eingesetzt hat, stellt nun lapidar fest: »Die Pensionskassenberechtigten verloren bis zu 45 Prozent ihrer angesparten Ansprüche.«¹

Die Erfahrungen bestätigen die Richtigkeit des von ÖGB und AK verfolgten Weges der klaren Vorrangstellung öffentlicher Alterssicherung auch im Interesse der Jüngeren. Der von vielen propagierte Ausbau kapitalgedeckter Pensionen

- spart keine Kosten und ist teurer als das öffentliche System (lange wurde das durch überhöhte Ertragserwartungen kaschiert);
- bedeutet höheres Risiko – börsenabhängige Pensionen bergen viel mehr Risiken;
- bedeutet Qualitätsverlust – 2. und 3. »Säule« bieten keinen umfassenden Risikoausgleich, keine Anrechnung von Kindererziehungszeiten etc.;
- der demografische Wandel stellt für kapitalgedeckte Systeme eine mindestens ebenso große Herausforderung dar.

Die Finanzierungsperspektiven der öffentlichen Alterssicherung sind um vieles besser als viele uns weismachen wollen. Nach den Prognoserechnungen der EU wird der Gesamtaufwand für öffentliche Alterssicherung 2050 bei 14 Prozent des BIP liegen, das ist gegenüber dem aktuellen Stand ein Zuwachs von 1,2 Prozent. Ein allfälliger Umstieg auf Kapitaldeckung würde mit Sicherheit mehr kosten.

Ein Abbau des Sozialstaats würde uns teuer zu stehen kommen. Wir sind gut beraten, einen anderen Weg zu wählen – sowohl für uns als auch für unsere Kinder.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
josef.woess@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ Der Standard, 11-5-2010

Gebot der Demokratie

2010 ist das »Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung« – das wird gerne vergessen.

Autor: Dr. Martin Kronauer

Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin; Gastprofessur an der Uni Wien

Zur Erinnerung: 2010 ist das »Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung«. Dieses Jahresmotto wird leicht übersehen. Denn die Schlagzeilen werden von anderen Themen beherrscht, wie der Griechenland-Krise und der Zukunft des Euro. Dabei gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Armut und Ausgrenzung und der explodierenden Staatsverschuldung in nahezu allen europäischen Ländern, nicht nur Griechenland.

Verteilungskämpfe spitzen sich zu

Der Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte, die dramatischen Folgen für große Teile der Weltwirtschaft und die Rettungsaktionen für die Banken, bezahlt mit Steuergeldern, haben erheblich zu diesem Verschuldungsschub beigetragen. Die jahrzehntelange Entfesselung der Finanzmärkte verschärfte Umbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft, die weltweit mit wachsender Ungleichheit und Armut einhergehen. In den kommenden Jahren werden sich die Verteilungskämpfe darüber zuspitzen, wer die Rechnungen bezahlen wird müssen. Es werden dann wohl gerade sozialstaatliche Leistungen als **Dispositionsmasse** betrachtet. Umso dringlicher ist es, ins politische Bewusstsein zu rufen, dass es im »Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung« nicht allein um ge-

sellschaftliche »Randgruppen« geht – sondern um die Gesellschaft als Ganzes, ihre demokratische Qualität. Genau diese ist im Begriff der »sozialen Ausgrenzung« oder »Exklusion« angesprochen. Der Begriff **Exklusion** wurde in den EU-Sprachgebrauch eingeführt, um eine sich seit den 1980er-Jahren in Europa abzeichnende »neue soziale Frage« zu bezeichnen. Diese soziale Krise macht sich gleichzeitig in verschiedenen Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bemerkbar.

Zunächst einmal am Arbeitsmarkt und in der Erwerbsarbeit. Seit den 1980er-Jahren stieg die Arbeitslosigkeit an und verfestigte sich. Langzeitarbeitslosigkeit ist bis heute ein brennendes Problem. Gleichzeitig beobachten wir, wie Unternehmen Strategien der Flexibilisierung verfolgen, die von zunehmenden Entsicherungen in den Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen begleitet sind. Unbefristete Vollzeitbeschäftigung geht zurück, und dort, wo sie erhalten bleibt, garantiert sie, wie z. B. in Deutschland, nicht mehr einen wirksamen Schutz vor Armut.

Die zweite Dimension, in der sich eine Krise des gesellschaftlichen Zusammenlebens manifestiert, sind soziale Nahbeziehungen, einschließlich der Familien. Der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die Wohlstandssteigerungen und die erweiterten Bildungszugänge der 1960er- und 1970er-Jahre hatten dazu beigetragen, die Entscheidungsspielräume der Einzelnen zu vergrößern. Mit der Erosion von Beschäftigungssicherheit und der Rücknahme sozialstaatlicher Absicherungen macht sich nun seit den 1980er-Jahren eine problematische Kehrseite der »Individualisierung« bemerkbar. Der

BUCHTIPP

Martin Kronauer

Exklusion

Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus
Campus Verlag,
Frankfurt/Main 2010,
284 Seiten, € 20,50
ISBN 978-3-5933-9176-2



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

französische Soziologe **Robert Castel** kennzeichnet sie als »negativen Individualismus« und meint einen Individualismus aus Mangel an unterstützenden Sozialbeziehungen, im Gegensatz zum positiven Individualismus der Fülle an individuellen Entscheidungsmöglichkeiten.

Soziale Isolation

Soziale Einbindungen werden brüchig oder fehlen gerade bei denen, die ihrer besonders bedürfen. Langzeitarbeitslose leiden häufig unter sozialer Isolation. Alleinerziehende sind wegen fehlender Ressourcen im Familienverband von Armut besonders betroffen. Auch die Bewältigung des Alterns wird immer mehr zu einer individuell zugeschriebenen Aufgabe.

Schließlich manifestiert sich die Krise in den sozialen Sicherungssystemen. Angesichts von Arbeitslosigkeit und zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnis-



Gleichzeitig beobachten wir, wie Unternehmen Strategien der Flexibilisierung verfolgen, die von zunehmenden Entsicherungen in den Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen begleitet sind.

sen wurde und wird offenkundig, dass einzelne Bevölkerungsgruppen nicht oder nur unzureichend abgesichert sind. In vielen EU-Ländern gilt das insbesondere für Jugendliche, junge Erwachsene sowie für MigrantInnen. Gleichzeitig gerieten die Bildungssysteme auf den Prüfstand. Je bedeutsamer Bildung und Qualifikation heute für die Positionierung in der Gesellschaft werden, desto ausgrenzender wirkt das Scheitern in Schule und Ausbildung. (Erwerbs-)Arbeit, soziale Nahbeziehungen und durch den Sozialstaat vermittelte Bürgerrechte tragen wesentlich zu gesellschaftlicher Zugehörigkeit bei. Mittlerweile sind sie für eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr gewährleistet. Soziologen sprechen daher von einer Gefährdung des sozialen Zusammenhalts.

Die Demokratie steht auf dem Spiel

Politisch ausgedrückt: Auf dem Spiel steht die sozial-materielle Grundlage der Demokratie. Denn Demokratie setzt voraus, dass alle Mitglieder des Gemeinwesens den eigenen Alltag planend gestalten können; dass sie in der Lage sind, Entscheidungen über ihr Leben aus guten Gründen und nicht nur aus Not zu treffen, und dass sie dafür die notwendigen Ressourcen haben. Wie soll jemand, der nicht einmal das eigene Leben selbstbestimmt bewältigen kann, auf die Geschicke des Gemeinwesens Einfluss nehmen können? Seit den historischen Erfahrungen mit Weltwirtschaftskrise, zwei Weltkriegen und Faschismus hat sich im europäischen Verständnis von Demokratie die Überzeugung durchgesetzt, dass diese eines sozial-materiellen Unterbaus bedarf.

Die zunehmende Entsicherung von Arbeits- und Lebensbedingungen bis weit in die gesellschaftlichen Mittellagen, mit Exklusion als äußerster Zuspitzung, untergräbt die Grundlagen der Demokratie. Davon ist in der politischen Debatte heute aber kaum die Rede. Wer sozialstaatliche Leistungen als Verfügungsmasse für Einsparungen ansieht oder bestenfalls als soziale Investitionen, die sich betriebs- und volkswirtschaftlich auszahlen müssen, verkennt die fundamentale Bedeutung sozialer Rechte für ein demokratisches Gemeinwesen.

Umso dringlicher ist eine »Politik des Sozialen« zu entwickeln. Sie müsste die Handlungs- und Partizipationsspielräume der Individuen durch die Gewährleistung neuer Sicherheiten erweitern. Diese könnte aus der Diagnose der sich abzeichnenden Krise des Sozialen lernen, dass es auf alle drei Vermittlungsinstanzen von Zugehörigkeit und Teilhabe ankommt, nicht allein auf Erwerbsarbeit, um jeden Preis.

Eine Politik des Sozialen würde deshalb zuerst die Unabhängigkeit der BürgerInnen von den Wechselfällen des Marktes und den Erwerbsstatus stärken müssen – mit der Bereitstellung wesentlicher kultureller Güter (darunter Bildung und Gesundheit) öffentlich-sozial sowie mit einer angemessenen Grundsicherung des Einkommens.

Bedeutung von Erwerbsarbeit

Eine Politik des Sozialen würde gleichzeitig die eigenständige, vergesellschaftete Bedeutung der Erwerbsarbeit in kapitalistischen Marktwirtschaften aner-

WEBLINK

Homepage Museum Arbeitswelt Steyr:
www.museum-steyr.at

kennen, aber im Bewusstsein, dass die Beschäftigten angesichts wachsender Zumutungen an ihre »Flexibilitätsbereitschaft« neue Handlungsspielräume und materielle Sicherheiten innerhalb der Erwerbsarbeit und an den kritischen Übergängen im Lebensverlauf brauchen. Dazu bedarf es gesetzlicher Regelungen.

Eine Politik des Sozialen würde schließlich nicht um jeden Preis die Vermarktlichung aller Tätigkeiten, darunter Haushalts- und Pflegetätigkeiten betreiben, wohl aber eine gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit auf Männer und Frauen. Dabei würde sie das lange verdrängte Thema Umverteilung und Neugestaltung von Arbeit und Arbeitszeiten wieder aufgreifen.

Eine Politik des Sozialen setzt die Unterordnung der Finanzmärkte und -institutionen unter gesellschaftliche, nicht-marktförmige Regeln voraus. Die Auseinandersetzung darüber ist selbst eine Auseinandersetzung über die Zukunft der Demokratie.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
kronauer@hwr-berlin.de
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wachstum hat Grenzen

Keynes-Experte Karl Georg Zinn referierte auf Einladung des ÖGB Oberösterreich über Krisenbewältigung und Vollbeschäftigung ohne Wirtschaftswachstum.

Autorin: Mag. Carmen Janko

ÖGB Oberösterreich

Schulden zugunsten der Realwirtschaft sind das Beste, was wir der nächsten Generation mitgeben können, sagt der deutsche Volkswirt Karl Georg Zinn. Und er vergleicht den Staatshaushalt mit dem Privatleben. »Wenn der Vater ein Haus baut und es seinen Kindern noch nicht abbezahlt vererbt, dann haben die Kinder eine Immobilie, die im Wert gestiegen ist, und Schulden, die im Verhältnis weniger geworden sind. Geht er allerdings mit dem Geld ins Kasino und vererbt seinen Kindern Spielschulden, ist das fatal.« Deshalb hätten die mit viel Steuergeld geretteten Banken unbedingt verstaatlicht werden müssen.

Kein unbegrenztes Wachstum

Karl Georg Zinn ist Keynes-Kenner. Und ein Fan seiner Theorien. »Dass die Theorie von Keynes Praxistauglichkeit hat, zeigt sich an ihrer Prognosefähigkeit. Die Neoliberalen können das nicht«, sagt er. Unter dem Motto »Keynes – Eine Antwort auf die heutige Krise?« referierte der deutsche Volkswirtschafts-

professor bei einem Studientag des ÖGB Oberösterreich. Er verweist darauf, dass Keynes schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gesagt habe, dass es kein unbegrenztes Wachstum gibt. Wie trotzdem für Vollbeschäftigung gesorgt werden kann? Mit Arbeitszeitverkürzung!

»Die 30-jährige Propaganda gegen den Staat hat gewirkt. Dabei hat die Wirtschaft besser prosperiert, als es noch viel mehr staatliche Eingriffe gab«, meint Zinn. Dass die europäischen Staaten nun alle gleichzeitig Sparpakete zur Schuldenbekämpfung schnüren, sei der falsche Weg. Die Gläubiger müssten ihren Beitrag leisten, statt die »Spielschulden« zu sozialisieren. Vor allem aber die Realwirtschaft dürfe nun nicht durch Sparen in den Morast gefahren werden. Im Gegenteil, Investitionen in die Infrastruktur seien notwendig. Trotz hoher Schulden.

Keynes in 1970ern fehlinterpretiert

Auf grünes Wachstum müsse man nun setzen. Aber auch das sei nicht unbegrenzt möglich, auch nicht mit einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. »In den 70ern haben die Sozialdemokraten versagt, weil sie nicht erkannten, dass mit antizyklischer Politik kein nachlassendes Wachstum kompensiert werden kann«, stellt Zinn klar. »Die Mainstream-Keynesianer haben Keynes fehlinterpretiert. Dauerhaft Wachstum erzeugen ist mit Krisenmaßnahmen nicht möglich.«

Gerade in der Wirtschaftskrise sei die neoliberale oder – wie Zinn es nennt – neokonservative Auffassung, dass Arbeits-

zeitverkürzung Arbeitsplätze kostet, widerlegt worden. Einem arbeitslosen Grundeinkommen stehe der Ökonom skeptisch gegenüber. Der Sozialstaat sei ohnehin verpflichtet, jenen ohne Arbeit den Lebensunterhalt zu sichern. Oberste Priorität muss für ihn aber das Ziel der Vollbeschäftigung haben. »Arbeitslosigkeit ist jener Faktor, der die mit Abstand negativsten Auswirkungen auf eine Gesellschaft hat«, meint Zinn. Von neoliberalen »Anreizen«, wie niedrigem Arbeitslosengeld, hält er wenig. »Die Menschen wollen arbeiten, selbst wenn der Lohn nicht viel höher ist als das Arbeitslosengeld. Arbeit hat einen so hohen Stellenwert für die Persönlichkeit, das kann man nicht kompensieren.«

Arbeitszeit verkürzen

Was aber tun, wenn die alte Formel »Vollbeschäftigung durch Wachstum« nicht mehr anwendbar ist? Zinn nennt drei wichtige Faktoren. Erstens müsse es eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen auf private Haushalte geben. »Wenn man oben explosionsartige Einkommen vermeidet, bleibt weniger Geld für Spekulation, gleichzeitig steigt bei gleichmäßigerer Verteilung die Massenkaufkraft«, sagt Zinn. Zweitens sei ein höherer Staatsanteil notwendig. Der Staat müsse öffentliche Güter und Infrastruktur, wie etwa soziale und medizinische Dienstleistungen, finanzieren. »Aber auch das reicht dauerhaft nicht für genug Wachstum. Deshalb muss die Arbeitszeit verkürzt werden. Das ist die einzige Möglichkeit für Vollbeschäftigung und Wohlstand auf Dauer«, meint Zinn.

WEBLINK

Mehr Infos unter:
de.wikipedia.org/wiki/Karl_Georg_Zinn

Kürzere Arbeitszeit auf mittlere Sicht notwendig

Interview mit Prof. Dr. Karl Georg Zinn

ZUR PERSON



Dr. Karl Georg Zinn
(*1939)

Der profunde Keynes-Kenner studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Er ist **emeritierter** Professor für Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen mit den Arbeitsschwerpunkten Außenwirtschaft und Geschichte der politischen Ökonomie.

Arbeit&Wirtschaft: Muss in der Krise am Sozialstaat gespart werden?

Dr. Karl Georg Zinn: Nein, im Gegenteil. Der Sozialstaat ist ökonomisch sinnvoll. Durch neokonservative Politik wurde fast 30 Jahre lang von unten nach oben umverteilt. Diese Politik hat dazu beigetragen, dass die Krise dieses extreme Ausmaß angenommen hat.

Welche Rolle spielt dabei eine Mindestsicherung?

Wenn die Mindestsicherung gewollt oder ungewollt dazu führt, dass das Vollbeschäftigungsziel aufgegeben wird, dann ist sie reaktionär. Außerdem bedeutet Sozialstaat, dass ohnehin jeder und jede das Recht auf eine Mindestsicherung hat, da braucht es kein eigenes Gesetz. Die Mindestsicherung ist von den meisten Befürwortern gut gemeint, verkennt jedoch, dass Arbeit nicht nur wegen des Einkommens äußerst wichtig für jeden Menschen ist, sondern auch wegen der sozialen Integration, der Selbstachtung und der psychischen Gesundheit.

Endloses Wachstum gibt es nicht. Wie können Arbeitsplätze gesichert werden?

Auf mittlere bis längere Sicht wird es eine Arbeitszeitverkürzung geben müssen. Der Produktivitätszuwachs kann analog

zur Lohnpolitik durch kürzere Arbeitszeit ausgeglichen werden.

Wie beurteilen Sie die Kurzarbeit als Kriseninstrument?

Kurzarbeit hat in der Krise erfolgreich Arbeitsplätze erhalten und gezeigt, dass Vernichtung von Arbeitsplätzen für eine gewisse Zeit verhindert werden kann.

Die Umverteilungswirkung des Sozialstaats wird oft als »leistungsfeindlich« diskreditiert. Warum plädieren Sie für mehr Gleichheit?

Betrachtet man einzelne Einkommenschichten in Gesellschaften, so steigt die Lebenserwartung mit dem Einkommen. Je ungleicher Einkommen in Gesellschaften mit vergleichbaren Durchschnittseinkommen sind, umso geringer ist die Lebenserwartung insgesamt. Einkommensunterschiede zwischen Schichten sind aber nur ein Signal für Ungleichheit. Die Ungleichheit umfasst auch das Ansehen, daraus resultiert psychischer und somatischer Stress. Die erschütternden Auswirkungen steigender Ungleichheit – wie etwa höhere Kriminalität – sind wissenschaftlich belegt.

Und wie kommt man zu einer gerechteren Gesellschaft?

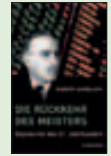
Indem man das Besteuerungssystem entsprechend der Leistungsfähigkeit ausrichtet, das bedeutet, dass über staatliche Transferleistungen und Steuerpolitik eine gerechtere Verteilung erreicht wird. Wie das Beispiel Japan zeigt, gibt es aber auch die Möglichkeit, Egalität schon bei der Einkommenspolitik durchzusetzen.

Hat der Sozialstaat Zukunft?

Grob gesagt gibt es zwei Alternativen: Die im Moment wahrscheinlichere ist, dass weitergemacht wird wie bisher. Das wird in eine noch größere Krise münden. Die zweite Alternative ist eine fundamentale

BUCHTIPP

Robert Skidelsky
Die Rückkehr des Meisters
Keynes für das
21. Jahrhundert.
Kunstmann Verlag, 2010,
303 Seiten, € 20,50
ISBN 978-3-8889-7647-6



Karl Georg Zinn
Die Keynesische Alternative
Beiträge zur Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomie und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik.
Vsa Verlag, Oktober 2008
190 Seiten, € 16,80
ISBN 978-3-8996-5323-6



Kate Pickett,
Richard Wilkinson
Gleichheit ist Glück
Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind
Tolkemitt Verlag, 2009
320 Seiten, € 19,90
ISBN 978-3-9420-4809-5



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Reform mit ökologisch orientiertem Wachstum für zehn bis zwölf Jahre. Dann müssen die reichen, hoch entwickelten Länder einschwenken auf eine Politik der Vollbeschäftigung auch ohne Wachstum. Das **impliziert**, dass der Sozialstaat aufrecht erhalten und fortentwickelt werden muss.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
carmen.janko@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ein Dach überm Kopf

Staatlich geregelte Wohnungsversorgung ist traditionell eine wichtige Aufgabe für den Sozialstaat.

Autor: Franz Köppl

Wohnrechtsexperte der AK Wien

Zu den wesentlichen Errungenschaften des modernen Sozialstaates zählen die Regulierungen des Wohnungsmarktes. Für die Sicherstellung der Wohnversorgung sind Marktmechanismen ungeeignet. Wohnungssuchende sind anders als AutokäuferInnen nur begrenzt in der Lage, Mieterhöhungen abzufedern. Eine vierköpfige Familie kann nicht auf 40 m² leben, und auch wer wenig verdient, kann nicht auf eine Wohnung verzichten.

Unelastische Nachfrage

ÖkonomInnen nennen diese erzwungene Unbeweglichkeit unelastische Nachfrage. Das Angebot reagiert nur verzögert auf Nachfrageänderungen. Gründe dafür: die lange Produktionsdauer, die Immobilität, die hohen Produktions- und Finanzierungskosten sowie Grund und Boden als Produktionsvoraussetzung. Ein leeres Eigenheim in Graz nützt jemanden, der in Wien eine Wohnung braucht, nichts. Die Verfügbarkeit von Grund und Boden wird häufig durch Spekulation dominiert. Zur Finanzierung sind hohe und langfristige Kredite notwendig. Ein ungenügend geregelter Wohnungsmarkt führt zu Wohnungsknappheit und großen sozialen Problemen. Aus dieser Erfahrung heraus übernahm nach dem 2. Weltkrieg der Staat in Österreich und in den meisten europäischen Ländern die

Wo Arbeitnehmerfamilien wohnen

	Österreich (in %)	Wien (in %)
Einfamilienhaus	40	5
Eigentumswohnung	12	11
Summe Eigentum	52	16
Private Mietwohnung	21	38
Gemeinnützige Mietwohnung	16	22
Gemeindemietwohnung	7	20
Summe Mietwohnung	44	80
Nutzung ohne Entgelt	4	3

Quelle: Statistik Austria EU-SILC 2008 Sonderauswertung im Auftrag der AK

klare politische Verantwortung für die Wohnversorgung der Bevölkerung. Instrumente dafür sind vor allem das Mietrechtsgesetz mit Mietenbeschränkung und Kündigungsschutz, die Wohnbauförderung, die Wohnungsgemeinnützigkeit und der kommunale Wohnungsbestand – letzterer vor allem in Wien.

Seit den 1980er-Jahren bis heute wird jedoch in nahezu allen europäischen Ländern die Wohnungspolitik von einer neoliberalen Grundstimmung beherrscht, deren Parameter vor allem eine Zurückdrängung der Staatsausgaben und staatlicher Regulierungen sind. Privatisierung und Deregulierung entwickelten sich zu Leitbegriffen der wohnungspolitischen Diskussion. Mietenregulierungen wurden als Wohnungszwangswirtschaft, Wohnbauförderung und gemeinnütziger Wohnbau als ineffizient diffamiert. In vielen Ländern hat dies zu dramatischen Verschiebungen am Wohnungsmarkt geführt. Auch wenn in Österreich die sozialstaatliche Verantwortung noch besteht,

ist es auch hier seit den 1990er-Jahren zu einem Zurückdrängen der staatlichen Regulierungen gekommen.

Das Mietrecht wurde zum Nachteil der Wohnungssuchenden liberalisiert, die Wohnbauförderung laufend gekürzt und im Jahre 2002 wurden auch vier bisher gemeinnützige Bundeswohnbaugesellschaften (BUWOG u. a.) mit insgesamt 60.000 aus Steuergeldern geförderten Mietwohnungen an private Immobilieninvestoren verkauft.

Fast die Hälfte in Mietwohnungen

Fast die Hälfte der ArbeitnehmerInnen in Österreich wohnt in Mietwohnungen. In den Ballungsgebieten ist dieser Anteil jedoch bedeutend höher. In Wien etwa leben 80 Prozent der ArbeitnehmerInnen in Mietwohnungen. Die Hälfte davon in Mietwohnungen privater Vermieter. Das Mietrecht ist also von entscheidender Bedeutung für die Leistbarkeit und Wohnsicherheit. Das Mietrecht wurde jedoch



Für die soziale Stabilität in Wien sind besonders auch die rund 220.000 Gemeindewohnungen – ein Viertel des gesamten Wohnungsbestandes der Stadt – entscheidend.

in den vergangenen Jahren stark zuungunsten der BewohnerInnen geändert. So wurden die Mietobergrenzen praktisch aufgehoben, auch der Kündigungsschutz wurde durch die Möglichkeit, befristete Mietverträge abzuschließen, durchlöchert. Die Folgen: ArbeitnehmerInnen geben immer mehr ihres Einkommens für Mieten aus. Schon 40 Prozent der Mietverträge der vergangenen Jahre sind nur noch befristet.

Gemeinnützige Bauvereinigungen

Rund jeder sechste Arbeitnehmerhaushalt lebt in einer der rund 520.000 gemeinnützigen Mietwohnungen. Gemeinnützige Bauvereinigungen – Genossenschaften – unterliegen dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz. Danach kann nur Kostenmiete ohne Renditenaufschlag verlangt werden. Nach Tilgung aller Finanzierungsdarlehen muss die Miete auf derzeit rund drei Euro pro m² und Monat (exkl. Hausbetriebskosten und Mehrwertsteuer) abgesenkt werden. Von den Förderungsvorteilen profitieren dadurch auch zukünftige Generationen. Aber auch der gemeinnützige Wohnbausektor ist in den vergangenen Jahren geschwächt worden. Bereits erwähnt wurde die Privatisierung von vier Bundeswohnbaugesellschaften mit rund 60.000 Mietwohnungen. Die laufende zwangsweise Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen und deren Abverkauf führt zu einer Zersplitterung des gemeinnützigen Wohnungsbestandes.

Für die soziale Stabilität in Wien sind auch die rund 220.000 Gemeindewohnungen – ein Viertel des gesamten Woh-

nungsbestandes der Stadt – entscheidend. Nur so ist es möglich, dass Familien mit geringeren Einkommen in leistbaren und menschenwürdigen Wohnungen leben können. Diese Wohnungen wurden auch durch Bereitstellung von gemeindeeigenen Grundstücken gefördert. Wohnungen der Gemeinde Wien werden aufgrund einer politischen Entscheidung des Gemeinderates zu günstigen Mieten unbefristet vermietet. Und im Unterschied zu anderen Städten wurden in Wien die kommunalen Wohnungsbestände nicht – wie von vielen Neoliberalen gefordert – privatisiert und verkauft.

Wichtige Wohnbauförderung

Wichtig für die Wohnversorgung ist die Wohnbauförderung. Nur durch sie konnte und kann eine ausreichende Anzahl von leistbaren Wohnungen gebaut werden. Die Förderung erfolgt durch Bereitstellung von günstigen, langfristigen öffentlichen Darlehen für einen Teil der Baukosten. Da der Bausektor eine starke inlandsrelevante Nachfragewirkung auslöst, trägt die Wohnbauförderung auch wesentlich zur Konjunkturstabilisierung bei. Finanziert wird sie zu zwei Dritteln über Lohnsteuern und durch den Wohnbauförderungsbeitrag. Der Rest wird aus Rückzahlungen von Förderungsdarlehen durch die WohnungsnutzerInnen finanziert.

In der Vergangenheit wurden die dafür bereitgestellten Steuermittel aber immer stärker gekürzt und von den Bundesländern auch für andere Zwecke eingesetzt. Besonders problematisch ist die 2009 erfolgte Aufhebung der Zweckwidmung der an die Bundesländer überwie-

WEBLINK

Mehr Infos unter:

www.arbeiterkammer.at/online/wohnen-muss-leistbar-sein-53431.html?mode=711&STARTJAHR=2008

senen Steuermittel und Rückflüsse. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Mittel zur Finanzierung anderer Ausgaben verwendet werden. Schon derzeit sinkt die Zahl der Baubewilligungen für Neubauwohnungen und beträgt 2011 nur noch 33.850 Wohnungen. Laut WIFO sind jedoch jährlich rund 50.000 Wohnungen nötig.

Auch wenn in Österreich das wohnpolitische Instrumentarium bisher größere Probleme in der Wohnversorgung verhindert hat, häufen sich die Schwierigkeiten. Diese sind durch eine Mietrechtsreform mit klarer Mietbegrenzung und Kündigungsschutz, erneute Zweckbindung der Förderungsmittel, verstärkt gefördertem Wohnungsneubau und einer Stärkung der Gemeinnützigkeit zu bewältigen. Liberalisierungspolitik ist der falsche Weg und führt in eine wohnpolitische Sackgasse mit negativen Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
franz.koepl@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Europas Sozialmodell

Die Finanzierung der europäischen Sozialstaaten erfolgt durch eine Kombination von Beiträgen zu den Sozialversicherungen und Steuermitteln aus den Budgets.

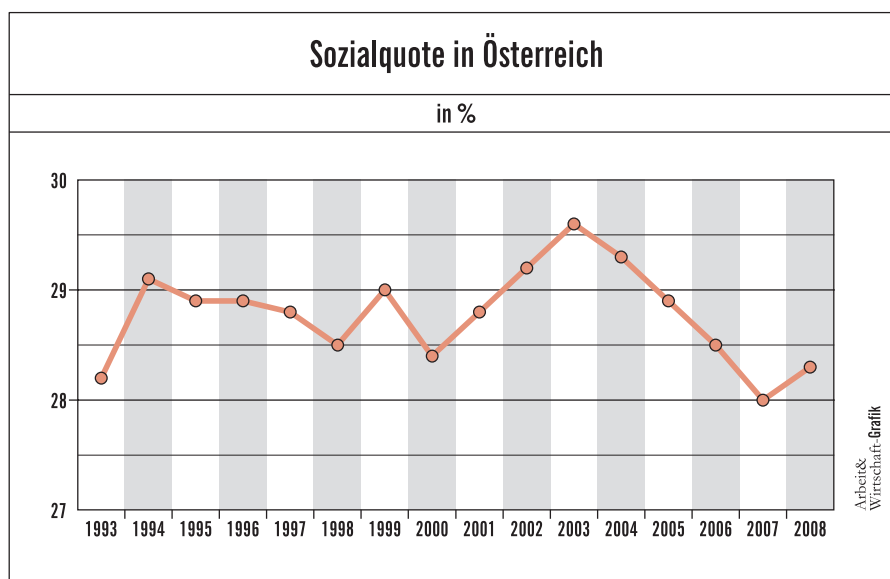
Autor: Dr. Günther Chaloupek

Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen
Abteilung der AK Wien

Durch das sog. »Europäische Sozialmodell« hat die Bevölkerung in den EU-Staaten einen deutlich höheren Sozialschutz als die Bevölkerung der USA. Zwischen den europäischen Staaten gibt es beträchtliche Unterschiede in den konkreten Formen wie der Sozialschutz organisiert ist. Dabei handelt es sich jedoch immer um umfassende, staatlich organisierte Systeme der sozialen Absicherung in den Bereichen Alter, Invalidität, Gesundheit, Familienleistungen und Arbeitslosigkeit. Die gemeinsame Betonung des Sozialschutzes findet ihren Niederschlag in einem höheren finanziellen Aufwand, gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in der »Sozialquote«. Diese liegt in den »alten« EU-Ländern meist zwischen 25 Prozent und 30 Prozent, damit um etwa zehn Prozentpunkte höher als in den USA.

Schwankende Sozialquoten

In Österreich schwanken die Sozialquoten in den vergangenen 15 Jahren zwischen 28 (2007) und 29,6 Prozent (2003), zuletzt (2008) waren es 28,3 Prozent. Die Sozialausgaben laufen also keineswegs, wie oft behauptet, den anderen Ausgaben davon – in diesem Zeitraum war ihr Anteil ziemlich konstant. (Siehe Grafik: »Sozialquote in Österreich«) Leicht zu erkennen ist, dass die Sozial-



ausgaben gegen den Konjunkturverlauf schwanken, und zwar aus naheliegenden Gründen: Sie sind die wichtigsten »automatischen Stabilisatoren« der Konjunktur. In der Rezession steigen die Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe, der Pensionsantritt wird oft, wenn möglich, vorgezogen; die Einnahmen der sozialen Sicherungseinrichtungen, die überwiegend von der Beschäftigung abhängen, gehen zurück. Dies war auch 2009 der Fall, wobei für dieses Jahr die Zahlen noch nicht vorliegen. Im Aufschwung bringen aber die Sozialhaushalte wieder eine Entlastung für das Budget. Jetzt – kaum ein Jahr nach der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren – wegen des Budgetdefizits eine Kürzung der Sozialausgaben zu fordern, würde das Vertrauen der Bevölkerung in das soziale Sicherungssystem schwächen und

damit auch die ohnehin noch schwache Erholung der Wirtschaft gefährden.

Europa setzt auf Direktzahlungen

Die Ausgabenseite des Sozialstaats besteht in Österreich wie in den anderen europäischen Ländern aus Direktzahlungen (Pensionen, Familienbeihilfen, Arbeitslosenunterstützungen) und staatlich finanzierten Leistungen (v. a. im Bereich der Gesundheitsleistungen). Im Vergleich dazu setzt das US-amerikanische Sozialsystem viel stärker auf die steuerliche Begünstigung von privaten Aufwendungen zur sozialen Absicherung (z. B. bei der Krankenversicherung, auch nach der jüngsten Reform durch Präsident Obama). Die BezieherInnen niedriger Einkommen, die keine oder nur wenig Einkommensteuer zahlen, haben

aber nichts oder nur wenig von solchen Begünstigungen. Steuerbegünstigungen sind also nicht geeignet, zum sozialen Ausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen beizutragen. Die Kosten für das Budget durch Steuerausfall sind dabei kaum geringer als diejenigen für die Direktzahlungen. Aber nur durch einheitlich gestaltete Direktzahlungen und Leistungen kommt der positive Umverteilungseffekt des Sozialstaates zustande, der in der jüngsten Umverteilungsstudie des Instituts für Wirtschaftsforschung im Detail dargestellt ist¹.

Die Finanzierung des Sozialstaats nach europäischem Muster erfolgt überall durch eine Kombination von Beiträgen zu den einzelnen Sozialversicherungssystemen und Steuermitteln, die aus den Budgets bereitgestellt werden. In Österreich wurden zuletzt (2008) rund zwei Drittel der Sozialausgaben durch Beiträge und ein Drittel durch Steuermittel aus den Bundes-, Länder- und Gemeindehaushalten finanziert.

Zuungunsten der ArbeitnehmerInnen

Obwohl die Finanzierungsanteile langfristig relativ stabil sind, hat sich die Finanzierungslast dennoch zuungunsten der ArbeitnehmerInnen verschoben, da Unternehmungen und Selbstständige immer weniger zum allgemeinen Steueraufkommen beitragen. Bei separater Betrachtung der einzelnen Schutzsysteme stellt sich ihre jeweilige Finanzierungsstruktur aus Sicht der ArbeitnehmerInnen in einigen Punkten als durchaus problematisch dar.

Nicht gerechtfertigt ist bei der Pensionsversicherung die Privilegierung der Selbstständigen (Gewerbetreibende und Bauern) durch die im Vergleich zu den ArbeitnehmerInnen deutlich geringeren Pensionsbeiträge. Während 22,8 Prozent vom Lohn und Gehalt (bis zur Höchstbeitragsgrundlage) als Beitrag zur Pensionsversicherung zu entrichten sind, beträgt der entsprechende Prozentsatz 2010 für Gewerbetreibende (nach GSVG) 16,25 Prozent, für Bauern sogar nur 15 Prozent. Der Beitragssatz nach GSVG wird bis 2015 auf 17,5 Prozent angehoben.

¹ Siehe dazu die Beiträge in Heft 3/2010 von Arbeit und Wirtschaft, Seite 12 und Seite 16.

ben, würde aber dann dauerhaft deutlich unter jenem nach ASVG (Unselbstständige) bleiben, was den Eigendeckungsgrad der Selbstständigen-Pensionsversicherung stark absenkt (nur etwa 30 Prozent gegenüber 87 Prozent bei den ArbeitnehmerInnen). Diese Form der Subventionierung führt zu einer »Wettbewerbsverzerrung« zugunsten der sozialrechtlichen Form der Selbstständigkeit, die im Vergleich zur regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung als DienstnehmerIn billiger wird. Dadurch wird die Scheinselbstständigkeit gefördert. Die Sozialstaatsfinanzierung erleidet dadurch insgesamt eine gewisse Erosion.

Faktor Arbeit hoch belastet

Wenn Systeme wie die Unfallversicherung, die Pensions- und die Krankenversicherung überwiegend durch lohnbezogene Abgaben (ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen) finanziert werden, so hat dies seine Begründung darin, dass zu den Kosten der Arbeitskraft nicht nur die Lebenshaltungskosten während des aktiven Arbeitslebens gerechnet werden müssen, sondern auch die entsprechenden Gesundheitskosten und die Sicherung des Einkommens nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben. Für die Bereiche Familienbeihilfen und Wohnaufförderung kann jedoch kein derartiger Konnex unterstellt werden, auch wenn diese Transfersysteme im Zuge der Lohnpreis-Abkommen der unmittelbaren Nachkriegszeit eingerichtet worden sind.

Unter heutigen Bedingungen gibt es keinen sachlichen Grund, nicht mit dem Dienstverhältnis im Zusammenhang stehende Beihilfen des Staates, auf die nicht nur ArbeitnehmerInnen Anspruch haben, ganz oder überwiegend durch lohnbezogene Abgaben zu finanzieren, wie dies bei der Familienbeihilfe, beim Kinderbetreuungsgeld und bei der Wohnaufförderung der Fall ist. Als Wohnauförderungsbeitrag werden je 0,5 Prozent des Lohnes (bis zur Höchstbeitragsgrundlage) als Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag eingehoben. Der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds beträgt 4,5 Prozent der Lohnsumme (ohne Obergrenze). Insgesamt wird also die Lohnsumme durch diese beiden Beiträge mit 5,5 Prozent belastet.

WEBLINK

Mehr Infos unter:
de.wikipedia.org/wiki/Europäisches_Sozialmodell

Wenn immer wieder kritisiert wird, dass die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit in Österreich zu hoch ist, bzw. dass damit negative Beschäftigungseffekte verbunden sind, so sollte eine Reduktion dieser Belastung gerade bei diesen Abgaben ansetzen. ÖGB und AK fordern daher seit langem die Umbasierung von bestimmten arbeitgeberseitigen Sozialbeiträgen von der Lohnsumme auf die Wertschöpfung. Durch die Einbeziehung der anderen Wertschöpfungskomponenten (Gewinne, Finanzierungszinsen, Pachten, Abschreibungen) würde auch der Faktor Kapital zur Finanzierung der Familienleistungen und der Wohnaufförderung beitragen. Bei sinkendem Trend der Lohnquote, der in den letzten 20 Jahren zu beobachten war, könnte auch mit einem etwas stärkeren Aufkommen aus einer Wertschöpfungsabgabe gerechnet werden.

Budgetkonsolidierung

Ein Abbau des Budgetdefizits von den derzeit rezessionsbedingt hohen Werten liegt auch im Interesse der langfristigen Sicherung der Sozialstaatsfinanzierung, da sonst ein wachsender Teil der Staatsausgaben für Zinszahlungen aufgewendet werden müsste. Gleichzeitig müssen wir den Sozialstaat vor Einschnitten schützen, die mit der Notwendigkeit einer kurzfristigen Senkung des Budgetdefizits begründet werden. Die Bevölkerung muss weiterhin auf das Funktionieren des Sozialstaats vertrauen können, damit dieser seine Produktivkraft auch in Zukunft entfalten kann.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
guenther.chaloupek@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Produktivkraft

Der soziale Ausgleich ist Ziel, Instrument, aber auch Voraussetzung für moderne und gerechte Gesellschaften.

Autoren: Mag. Adolf Buxbaum
und Mag. Erik Türk

Abteilung Sozialpolitik AK Wien

Zunehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung, steigende Arbeitslosigkeit, hohe Armutsrisiken sowie eine – vielleicht sogar beabsichtigte – kollektive Verunsicherung sind Ausdruck sozialer Verwerfungen.

Die aktuellen Folgen eines übertriebenen Wirtschaftsliberalismus zeigen, dass eine menschenwürdige Ordnung nicht von selbst entsteht, sondern nur durch politische Gestaltung erreicht werden kann. Erst sozialstaatliche Ausgleichsmechanismen stellen in der Regel die notwendige Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt und damit für ein friedliches und stabiles Wirtschafts- und Gesellschaftsleben dar. Sozialer Ausgleich ist damit integraler Bestandteil und Voraussetzung moderner und gerechter Gesellschaften.

Konsum trotz Krise

Ein leistungsstarker Sozialstaat bedarf keiner ökonomischen Rechtfertigung. Seine Erfolge messen sich an Kriterien wie Gerechtigkeit, Gleichheit, sozialem Zusammenhalt etc., dennoch soll im Folgenden über die Darstellung ökonomischer Wirkungszusammenhänge die systembedeutende Rolle des Sozialstaats für Gesellschaft und Wirtschaft untermauert werden.

Obwohl sich der österreichische Sozialstaat im internationalen Vergleich besonders während der Finanz- und Wirtschaftskrise äußerst bewährt hat, wurde das nicht ins Zentrum der Diskussion gerückt. Völlig übersehen und unterbewertet wurden dabei vor allem die Konsum- und somit konjunkturstützenden Wirkungen der sogenannten »automatischen Stabilisatoren«, wie z. B. die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung, die gerade in wirtschaftlichen Abschwungphasen bei Anstieg der Arbeitslosigkeit ihre Wirkung entfalten. Analog wirken die Leistungen aus der Pensionsversicherung zum Erhalt des Lebensstandards (z. B. Inflationsanpassung der Pensionen, Anhebung Ausgleichszulagenrichtsatz etc.).

Die ökonomischen Fakten müssten eigentlich für sich sprechen: Trotz eines massiven Rückgangs der realen Wirtschaftsleistung (2009: –3,6 Prozent), zweistelligen Einbrüchen im Bereich der Exporte (2009: –17,7 Prozent), sinkenden Investitionen der Unternehmen (2009: –7,8 Prozent) konnten einzig die privaten Konsumausgaben stabil gehalten und sogar gegenüber dem Jahr 2008 mit real +0,4 Prozent ausgeweitet werden.

Dieser positive Trend bei den privaten Konsumausgaben ist auf die Verlässlichkeit und Wirkung insbesondere der Sozialbudgets und Transferleistungen zurückzuführen, die dazu beigetragen haben, Einkommen zu stabilisieren und »Panikreaktionen« in Form von Konsumverzicht oder übermäßigem, kollektivem – damit unmittelbar konjunkturschädlichem – Sparen zu vermeiden.

Die Schlussfolgerung ist trivial, aber unerlässlich: Je glaubwürdiger und ver-

lässlicher ein Sozialstaat eine mögliche Risikolage entschärfen kann, umso höher ist das Sicherheitsempfinden der Menschen. Sie halten demnach ihre Ausgaben stabil und tragen damit wesentlich zur Krisenbewältigung bei.

Mythos: Luxus Sozialstaat

Marktliberale Proponenten diffamieren verstärkt die Leistungen und Potenziale eines aktiven Sozialstaats. Sie lenken mit dubiosen Unterstellungen von den Schwächen der eigenen Konzepte ab. Aus marktliberaler Sicht bestünde z. B. die Ursache für die Finanz- und Wirtschaftskrise darin, dass Nationalstaaten »über ihre Verhältnisse gelebt« hätten und meinen damit die vermeintlich zu großzügigen Niveaus sozialstaatlicher Absicherung.

Damit wird das »Opfer« zum »Täter« stilisiert, obwohl offensichtlich ist, dass die Budgets, insbesondere die konjunkturstabilisierenden Sozialbudgets, noch Jahre an den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden werden. Besonders absurd dabei ist, dass gerade der Staat Banken und instabile Finanzmärkte retten musste und nun – als »Dank« – der Sozialstaat auf Kosten der Menschen »verschlankt« werden soll. Dies wäre ein Frontalangriff auf den sozialen Zusammenhalt mit katastrophalen Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Mitte Mai beschlossene »Sparkurs« zur Budgetkonsolidierung (»Bundesfinanzrahmengesetz«, BFRG) stellt selbst ohne konkret vorliegende Maßnahmen eine ernste Bedrohung für den Sozialstaat und die wirtschaftliche Erholung dar.



Aus marktliberaler Sicht bestünde z. B. die Ursache für die Finanz- und Wirtschaftskrise darin, dass Nationalstaaten »über ihre Verhältnisse gelebt« hätten und meinen damit die vermeintlich zu großzügigen Niveaus sozialstaatlicher Absicherung.

Das Bekenntnis zu einer mittelfristigen, wachstums- und beschäftigungsgetriebenen Budgetkonsolidierung wäre nachvollziehbar und richtig gewesen – die Pläne sehen aber anders aus: Der geplante Startpunkt und die Höhe der Budgetkonsolidierung bedeuten beträchtliche Einschnitte bei den Bildungs- und Sozialausgaben. Die geplanten Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich werden wohl soziale Härtefälle produzieren, sie gefährden den Wirtschaftsaufschwung, da sie die Wirkung der automatischen Stabilisatoren behindern. Sie sind damit nicht nur sozialpolitisch bedenklich, sondern auch wirtschaftspolitisch kontraproduktiv.

Statt Sozialausgaben zu kürzen, würde es im Gegenteil sogar eines Ausbaus der bestehenden sozialstaatlichen Absicherung, eines flächendeckenden Angebots an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen usw. bedürfen, die eine Grundvoraussetzung für technologischen, strukturellen und gesellschaftlichen Fortschritt darstellen. Mit einer »Bildungs- und Sozialmilliarde« könnten unmittelbar zw. 20.000 und 25.000 Jobs geschaffen werden – Arbeitsplätze, die dem Anstieg der Arbeitslosigkeit erfolgreich entgegenwirken könnten und die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wesentlich verbessern würden!

Jobmotor und Standortvorteil

Der Sozialstaat ist nicht statisch, er muss laufend überprüft und weiterentwickelt werden. Die Globalisierung, Ausbreitung prekärer Arbeitsformen, demografischer Wandel, Individualisierung der Lebensformen etc. erfordern einen starken, dy-

namischen Sozialstaat. Er muss in erster Linie als Produktivkraft und nicht als Kostenfaktor gesehen werden. Er schafft die notwendigen Rahmenbedingungen, dass sich Österreich als Wirtschaftsstandort und die Gesellschaft im Ganzen dauerhaft erfolgreich im wissensbasierten Qualitäts- und Innovationswettbewerb behaupten können, ohne den sozialen Zusammenhalt zu gefährden.

Nachhaltige Erfolgsmodelle

Die skandinavischen Länder zeigen vor, dass hohe Sozialstandards nicht im Widerspruch zu wirtschaftlichen Erfolg stehen, sondern diesen vielmehr begünstigen und nachhaltig absichern. Diese auf breitem gesellschaftlichem Konsens basierende Erfolgsmodelle sind gekennzeichnet durch:

- einen breit ausgebauten, aktiven Wohlfahrtsstaat anstelle eines subsidiären und restriktiven Fürsorgestaates;
- hoch entwickelte, professionelle soziale Dienstleistungen bei Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitsdiensten und Arbeitslosenbetreuung als Beschäftigungsmotor und Grundvoraussetzung für den Erhalt der Arbeitskräfte;

■ richtig verstandene »Flexicurity«, d. h. gute soziale Absicherung und Weiterbildungsmöglichkeiten im Umfeld hoher Arbeitsmarktflexibilität;

■ ein aufwendiges Bildungssystem mit allgemeiner Breitenförderung statt individueller Selektion;

FAZIT

Fakten belegen, dass der österreichische Sozialstaat wesentliche positive Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung und hohe »Krisenfestigkeit« aufweist. Weiterentwicklungsbedarf besteht v. a. im Bildungsbereich und beim Ausbau der sozialen Infrastruktur. Der Wohlfahrtsstaat skandinavischer Prägung könnte dabei Richtschnur sein. Dieser »soziale Aufholprozess« in Österreich würde trotz der Herausforderung knapper Budgets mehr soziales und ökonomisches Verständnis, Mut und entsprechende Zukunftsinvestitionen verlangen. Letztendlich gilt doch wieder die oft zitierte Lehrbuchdefinition: Das Budget ist die in Zahlen gegossene Politik.

■ einen ebenfalls überdurchschnittlichen Aufwand für Forschung und Entwicklung sowie durch

■ eine solide Finanzpolitik mit einer hohen Staatsquote und gleichzeitig hoher Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autoren
erik.tuerk@akwien.at
adolf.buxbaum@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Qualität statt Lückenbüßer

Die Regelung der 24-Stunden-Betreuung ist und bleibt ein Notfallprogramm – für einen zukunftstauglichen Sozialstaat braucht es bessere Lösungen.

*Autorinnen:
Mag. Sybille Pirklbauer,
Mag. Petra Völkerer*

*Bildungsökonomin der AK Wien
Politologin, Frauenabteilung der AK Wien*

Die steigende Zahl von pflegebedürftigen Menschen ist eine der größten Herausforderungen für den Sozialstaat. In Österreich beziehen mittlerweile mehr als 400.000 Personen Pflegegeld, Tendenz stark steigend. Diese zu versorgen kostet Geld. In Summe werden jährlich rund 3,5 Mrd. Euro an öffentlichen Mitteln für Pflege ausgegeben, dennoch deckt das nur einen Bruchteil der benötigten Leistungen ab. Mehr als drei Viertel der Pflege wird in Form nicht bezahlter Familienarbeit erbracht – und das hauptsächlich von Frauen.

1990er: Credo Wahlfreiheit

Die Struktur des österreichischen Pflegesystems wurde in den 1990er-Jahren nachhaltig geprägt. Mit der Einführung des Pflegegelds entschied man sich für eine Geldleistung, deren konkrete Verwendung nicht gesteuert werden kann.

Das Credo dafür lautete »Wahlfreiheit«. Jedem und jeder Einzelnen sollte es überlassen werden, wie er oder sie ihre Betreuung organisieren möchte.

Das Pflegegeld war von vornherein aus Kostengründen nur als »Zuschuss« angelegt. Die PflegegeldbezieherInnen haben daher im Wesentlichen drei »Wahlmöglichkeiten«: Erstens, die Finanzierungslücke für professionelle Pflege, so man es sich leisten kann, aus eigener Tasche zu schließen. Zweitens, der/die Pflegebedürftige lässt sich – so vorhanden – durch ein wenig oder nicht bezahltes Familienmitglied pflegen. Damit kommen vor allem weibliche Verwandte aus »moralischer« Verpflichtung unter Druck, auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten und stattdessen die Pflege zu übernehmen. Ist beides nicht möglich bleibt drittens, eine Person unter Umgehung der sozial- und arbeitsrechtlichen Absicherung »billig« zu beschäftigen. Da kaum jemand mit Zugang zum regulären Arbeitsmarkt bereit ist, unter diesen Bedingungen zu arbeiten, sind es in der Regel Migrantinnen ohne Arbeitserlaubnis, die diese Tätigkeiten übernehmen. Die gepriesene Wahlfreiheit gibt es in der Realität bei den Pflegebedürftigen also nur für jene der oberen Einkommensschichten, ebenso ist die Freiwilligkeit bei den (gratis) Pflegenden eng begrenzt.

Während das Pflegegeld extrem liberal geregelt ist, trifft für die Pflege im Pflegeheim das genaue Gegenteil zu. Diese fällt unter die Zuständigkeit der Länder und ist Teil der Sozialhilfe. Diese sieht die Verwertung von allem vorhandenem Einkommen und Vermögen vor. Damit findet die Wahlfreiheit ihr jähes Ende.

Kein Wunder, dass so viele Menschen versuchen, die Betreuung so lange wie möglich zu Hause zu regeln.

Diese Rahmenbedingungen führen dazu, dass die Beteiligten ein gemeinsames Interesse haben, Betreuung informell – also abseits regulärer Beschäftigung – zu organisieren. Die Pflegebedürftigen erhalten die benötigte Betreuung, können jedoch weiterhin über vorhandenes Einkommen und etwaiges Vermögen verfügen. Bisher im Rahmen der Familie Pflegenden können auf dem regulären Arbeitsmarkt ein eigenes Einkommen und die damit verbundene soziale Absicherung erwerben. Migrantinnen haben eine Beschäftigungsmöglichkeit – auch wenn Aufenthalts- und/oder Beschäftigungserlaubnis fehlen. Und nicht zuletzt profitiert die öffentliche Hand durch die Ersparnis beträchtlicher finanzieller Mittel. Damit wurde diese prekäre »Lösung« zu einer weit verbreiteten Praxis.

Legalisierung statt Neugestaltung

Die Problemlage war bekannt, aber erst als 2006 durch erste Anzeigen die Lage offenkundig wurde, wurde politisch gehandelt. Zu diesem Zeitpunkt schätzte das Sozialministerium, dass 40.000, zum allergrößten Teil migrantische Pflegekräfte, irregulär in Haushalten tätig waren. Schnell zeigte sich, dass die Frage der Finanzierbarkeit die Diskussion bestimmte. Damit lief die Lösung auf eine Legalisierung des bestehenden Zustandes hinaus anstelle einer grundlegenden Neugestaltung des Systems.

Der erste Schritt der Legalisierung bestand darin, keine Sanktionen gegen

WEBLINK

Mehr Infos unter:
[www.bundessozialamt.gv.at/basb/
Pflege/24_Stunden_Betreuung](http://www.bundessozialamt.gv.at/basb/Pflege/24_Stunden_Betreuung)



Darüber hinaus sind »Bereitschaftszeiten« vorgesehen, die in der Nähe der zu betreuenden Person verbracht werden müssen, um im Bedarfsfall Unterstützung zu leisten, die aber nicht als Arbeitszeit betrachtet werden – und das, obwohl die persönliche Bewegungsfreiheit der Betreuungsperson stark eingeschränkt wird.

bereits bestehende Beschäftigungsverhältnisse zu verhängen. Mit dem Ende der sogenannten »Pflege-Amnestie« trat ein Paket in Kraft, mit dem die häusliche Rund-um-die-Uhr-Betreuung neu geregelt wurde. Auf arbeitsrechtlicher Ebene geschah dies durch das sogenannte Hausbetreuungsgesetz (HBeG), das in einigen Punkten von geltenden arbeitsrechtlichen Standards in entscheidender Weise abweicht: So waren Arbeitszeitregelungen bisher auf die Begrenzung von Arbeitszeit ausgerichtet, das HBeG sieht hingegen eine Mindest-Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche vor. Darüber hinaus sind »Bereitschaftszeiten« vorgesehen, die in der Nähe der zu betreuenden Person verbracht werden müssen, um im Bedarfsfall Unterstützung zu leisten, die aber nicht als Arbeitszeit betrachtet werden – und das, obwohl die persönliche Bewegungsfreiheit der Betreuungsperson stark eingeschränkt wird. Da ist es nur schlüssig, dass das Gesetz die Unterbringung der Betreuungsperson im Haushalt vorsieht.

Selbstständige Hausbetreuung

Von den ArbeitnehmerInnen-Vertretungen besonders heftig kritisiert wurde die Möglichkeit, die Betreuung auch auf selbstständiger Basis zu erbringen, obwohl Hausbetreuung eine geradezu beispielgebende Form der abhängigen Beschäftigung darstellt. Weil aber in der Selbstständigkeit das Arbeitsrecht nicht greift und andere sozialversicherungsrechtliche Regelungen gelten, »verbilligt« sich die Erbringung der Betreuung damit weiter drastisch. Die Senkung geltender arbeits- und sozialrechtlicher Standards

FAZIT

Mit dem Gesetz erfolgte eine gewisse **Anerkennung des Pflegebedarfs** in Österreich, aber nur eine bedingte Übernahme öffentlicher Verantwortung. Die öffentliche Förderung ist nämlich nicht kostendeckend und an eine Einkommensobergrenze von 2.500 Euro netto geknüpft. Darüber hinaus sind die Haushalte angesichts der vielfältigen Regelungen in ihrer Rolle als Arbeit- oder Auftraggeber verständlicherweise häufig überfordert.

Die **Regelung der 24-Stunden-Betreuung** mag vor dem Hintergrund des akuten politischen Drucks zum Zeitpunkt der Entstehung nachvollziehbar sein, den Anforderungen eines zukunftstauglichen Sozialstaates entspricht sie keinesfalls. Sie wird weder jenen nicht gerecht, die Pflege brauchen und Anspruch auf eine professionelle Betreuung haben, noch jenen, die die Betreuung leisten. Ein Sozialstaat mit Zukunft kann nicht darauf setzen, dass die ErbringerInnen zentraler Dienste wie der Pflege dafür schlecht oder gar nicht bezahlt und abgesichert werden. Anders gesagt: Er kann und darf sich nicht auf die Ausbeutung (migrantischer) Frauen verlassen. Und nicht zuletzt hat ein Sozialstaat, der auf die Bedürfnisse der Bevölkerung in anderen Ländern keine Rücksicht nimmt, diese Bezeichnung nicht verdient.

Daher ist der **Aufbau eines professionellen Pflegesystems**, in dem reguläre Beschäftigung mit angemessener Entlohnung die Basis bildet, unverzichtbar. Das ist nicht ohne entsprechende finanzielle Mittel möglich. Es braucht daher endlich einen angemessenen Beitrag von Gewinnen, Vermögen und Vermögenserträgen zur öffentlichen Finanzierung. Denn in einer sozial gerechten Gesellschaft zu leben, muss allen etwas wert sein.

wurde als Preis für geringere Kosten in Kauf genommen. Auch an der Ausrichtung des HBeG auf einen 14-Tage-Rhythmus zeigt sich, dass die gesetzlich abgesegnete Fortsetzung des bisherigen, kostensparenden, Systems beabsichtigt war. Denn damit wird die gesamte Regelung auf Arbeitskräfte aus dem nahen Ausland ausgerichtet, die schon bisher diese Arbeit übernommen hatten. Damit wurde eine legale, am österreichischen Bedarf ausgerichtete Beschäftigungsmöglichkeit für eine bestimmte Gruppe von Migrantinnen geschaffen, die bereits bisher diese Tätigkeiten übernommen hatte. Die familiären Verpflichtungen dieser

Menschen – zum ganz überwiegenden Teil Frauen – und die Frage, wer in ihrer Heimat sich um deren Kinder oder Pflegebedürftige kümmert, wird dabei einfach nicht gestellt.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorinnen
petra.voelkerer@akwien
sybille.pirklbauer@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kulturloses Volk?

Eine Polemik zum Kampf der Gewerkschaften für eine Demokratisierung des Zuganges zu Kunst und Kultur.

Autor: Mag. Marcus Strohmeier

Kunst- und Kultursekretär im
ÖGB-Bildungsreferat

Es ist Culturarbeit, wenn die Arbeiter zusammenkommen, um das, was die moderne Gesellschaft an ihrer Bildung versäumte, nachzuholen!¹ Dieser bezeichnende Satz stammt aus einer Denkschrift des niederösterreichischen Vereins der Buchbinder, die im Jahr 1898 erschienen ist. Seither sind 112 Jahre vergangen und man möge annehmen, dass die »moderne Gesellschaft« sich endlich der verbesserten Bildung der ArbeiterInnen angenommen hätte. Die Daten des Kulturministeriums sprechen allerdings eine andere Sprache. Noch immer sind ArbeitnehmerInnen ohne Hochschulbildung das Schlusslicht im Bereich des Kunst- und Kulturkonsums.

Bildungsschicht macht es aus

In einer Umfrage des Ministeriums aus dem Jahr 2003² heißt es unter anderem: »[...] die Zugehörigkeit zur jeweiligen Bildungsschicht macht den mit Abstand größten Effekt auf die Kulturpartizipation aus.« So stellen z. B. Menschen mit einem Lehr- oder Pflichtschulabschluss nur neun Prozent der gesamten BesucherInnen (obwohl 80 Prozent der Gesamtbevölkerung) in den österreichischen

Bundesmuseen. Das hat viele Gründe. Gründe, die den Gewerkschaften bekannt sind und für deren Beseitigung sie nach Kooperationspartnern suchen.

»Wer zahlt, schafft an«?

Im trotz Weltwirtschaftskrise anhaltenden neoliberalen Gesellschaftsmodell gilt der kapitalistische Grundsatz: »Wer zahlt, schafft an.« Diese Regel gilt allerdings nicht, wenn die SteuerzahlerInnen ebenfalls Forderungen stellen. Auch Kunst und Kultur machen dabei keine Ausnahme. Während die österreichischen ArbeitnehmerInnen mit ihren Steuern die Hauptlast der öffentlichen Subventionen im Kunst- und Kulturbereich tragen, sind es meistens Menschen anderer Schichten, die dieses reichhaltige Angebot in Anspruch nehmen. Dank Fernsehen können die schwer arbeitenden Menschen dann abends zusehen wie ehemalige Finanzminister oder gescheiterte Baumeister, die von ihnen finanzierten Galavorstellungen in Theater und Oper oder internationale Ausstellungen kostenlos besuchen.

Natürlich gibt es Ausnahmen. Spielstätten, wie z. B. das Volkstheater, versuchen seit jeher in enger Kooperation mit dem ÖGB ein Gegenkonzept anzubieten. In den vergangenen Jahren haben viele Theater und Museen erkannt, dass auch die Masse der Bevölkerung Interesse am Kunst- und Kulturleben unserer Republik hat. Vergünstigte Karten, spezielle Vermittlungsprogramme und längere Öffnungszeiten bieten auch den weniger vermögenden und lange arbeitenden Menschen die Gelegenheit, Anteil am Kulturprogramm zu nehmen.

Aber trotz guter Ansätze ist es bis heute nicht gelungen, die breite Masse der Bevölkerung zu erreichen. Noch immer ist die durchschnittliche Kulturkonsumentin weiblich, 35 Jahre alt und mit akademischer Ausbildung. Noch immer wollen die meisten KulturanbieterInnen nicht wahrhaben, dass ohne Geld der ArbeitnehmerInnen die vorhandene Breite der österreichischen Kunst und Kultur kaum denkbar wäre. Und noch immer stößt der ÖGB in seiner Forderung nach einem Umdenken auf Unverständnis.

Demokratie und Emanzipation

Entsprechend seinem Statut verfolgt der ÖGB das Ziel, zur kulturellen Weiterentwicklung Österreichs beizutragen. Dies wiederum ist eng verbunden mit einer angestrebten größtmöglichen Anteilnahme seiner Mitglieder am Kulturleben des Landes. Dazu – und darauf hat der ÖGB seit seiner Gründung hingewiesen – ist es erforderlich, den Zugang zu Kunst und Kultur zu erleichtern und weiter zu demokratisieren.

Die 1970er- wie auch die 1980er-Jahre waren durch enge Kooperation von KünstlerInnen und deren Institutionen mit den Gewerkschaften geprägt. Nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen europäischen Ländern wurde nach einem neuen Zugang zur Kunst und Kultur gesucht. Der bisher stark bürgerlich-konservativen Prägung sollte eine neue, fortschrittlichere und offenere entgegengesetzt werden. Die ArbeitnehmerInnen sollten nicht mehr nur Objekt der Kunst und Kultur sein, sondern an ihr aktiv teilnehmen. In Westdeutschland waren es die

¹ Verein der Buchbinder Niederösterreichs: Culturarbeit! Eine Denkschrift. Wien, 1898

² Monitoring des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur 2007



Und immer noch gibt es viele arbeitende Menschen, die sich in ihrer Freizeit künstlerisch betätigen.

Ruhrfestspiele, die die arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt stellten, in der DDR der sogenannte **Bitterfelder Weg**, der versuchte, aus jedem Bürger einen Künstler zu machen. In Frankreich ging der spätere Kulturminister **Jack Lang** als Intendant des Kulturfestivals von Nancy neue Wege.

In Österreich wurde damals die Kulturpolitik stark durch Minister **Fred Sinowatz** geprägt. Er erklärte: »So verstehe ich Kulturpolitik als eine sinnvolle Fortsetzung der Sozialpolitik, als eine Weiterentwicklung der Sozialpolitik.«³

Die positiven Ergebnisse veränderter Kulturpolitik wurden mit dem Beginn der neoliberalen Gesellschaftsentwicklung Anfang der 1990er-Jahre stark in den Hintergrund gedrängt. Dem **Primat** der Wirtschaft musste sich auch die Kultur unterordnen. Selbst in den Gewerkschaften stellte man sich die Frage nach dem Sinn gewerkschaftlicher Kulturpolitik. Ein bis heute spürbarer elitärer und abgehobener Zugang zur Kunst und Kultur setzte sich weithin durch.

Kulturpolitischer Neuanfang

Der Fingerzeig auf die Finanzierung von Kunst und Kultur soll nicht Drohung, sondern ein Hinweis darauf sein, dass es sich lohnt enger zu kooperieren. Die ArbeitnehmerInnen des Landes schätzen Kultur, sie suchen den Kontakt zu den KünstlerInnen und deren Angeboten. Und immer noch gibt es viele arbeitende Menschen, die sich in ihrer Freizeit künstlerisch betätigen. Entsprechende Kurse

die vom ÖGB angeboten werden, sind dauerhaft ausgebucht.

Der ÖGB versuchte in den vergangenen Jahren neue Zugänge zu finden, er suchte nach Kontakten zu KünstlerInnen und Kunst- und Kulturinstitutionen. Eine »Frucht« dieses Engagements ist das seit April 2009 laufende Projekt »VÖGB-Kulturlotsinnen«. Die Stadt Wien hat sich bereit erklärt, mit dem ÖGB-Bildungsreferat einen neuen innovativen Ansatz in der Kunst- und Kulturvermittlung zu versuchen. Die Kulturlotsinnen nehmen dabei direkt den Kontakt zu den BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen auf und legen eigens für die Betriebe und Berufsgruppen abgestimmte Angebote vor. Vermittlungsbeispiele sind unter anderem der Besuch von über hundert PolizistInnen im Theaterstück »Kottan ermittelt« (Theater im Rabenhof) oder jener von MitarbeiterInnen der Ziegelfabrik Wienerberger im **Heiner Müller** Stück »Der Lohndrücker« (**Brut-Theater**) etc.

Nicht immer haben die vom ÖGB offerierten kulturellen Angebote mit der Arbeit in den Betrieben zu tun. Oft sind es Besuche bei Tanzaufführungen, Sonderausstellungen und Konzerten. Für sämtliche Angebote ist aber eine enge Kooperation mit der Kulturinstitution Voraussetzung.

Die Ergebnisse dieser neuen Art der Kunst- und Kulturvermittlung haben bisher sämtliche Erwartungen übertroffen. Bereits im ersten Jahr konnten über 4.000 ArbeitnehmerInnen – die meisten das erste Mal seit ihrer Schulzeit – zu kulturellen Veranstaltungen gelotst werden. Mittlerweile macht das Wiener ÖGB-Beispiel auch international Mode. Delegationen

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.kulturlotsinnen.at
www.voegb.at

aus Deutschland, Frankreich und sogar aus Vietnam haben sich vor Ort mit den Inhalten und Erfolgen der »VÖGB-Kulturlotsinnen« vertraut gemacht.

Ein neues Kapitel

Das erneute kulturpolitische Engagement des ÖGB erfolgt analog zum überwältigenden und wiedererweckten Interesse der ArbeitnehmerInnen an Kunst und Kultur. Es zeigt auch, dass von dieser Kooperation nicht nur die KonsumentInnen, sondern auch die Kulturinstitutionen (neue Zielgruppe, Mehreinnahmen durch Ticketverkauf) und die Betriebe selbst (die Kreativität wird durch Kulturerlebnisse gefördert) profitieren.

So wird letztlich ein neues Kapitel in der Kulturpolitik geöffnet, es liegt nun an den handelnden AkteurInnen, ob sie die ausgestreckte Hand der Gewerkschaften und der ArbeitnehmerInnen ergreifen möchten.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
marcus.strohmeier@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

3) Sinowatz, Fred: Kulturpolitik für alle. Wien, 1976

Verteilung und Armut

Wird der Sozialstaat untergraben, wird sich die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter öffnen und der soziale Frieden gerät in Gefahr.

Autor: MMag. Norman Wagner

Abteilung Sozialpolitik AK Wien

Der österreichische Sozialstaat hat eine stark umverteilende Wirkung. Betrachtet man nur die sogenannten Markteinkommen – jene Einkommen, die aus Erwerbsarbeit bezogen werden – so betrug die Armutsgefährdungsrate¹ im Jahr 2008 in Österreich 43 Prozent. Lässt man jene Menschen unberücksichtigt, die kein entsprechendes Markteinkommen erwirtschaften, weil sie bereits das Pensionsantrittsalter erreicht haben, so betrug sie immer noch 24 Prozent.

Nach Einbeziehung von sozialstaatlichen Leistungen wie Arbeitslosengeld, Familienbeihilfe oder Gesundheitsleistungen reduzierte sich die Armutsgefährdungsrate auf 12,4 Prozent. Das bedeutet, dass der österreichische Sozialstaat – neben all seinen anderen Leistungen – die Gefahr von Einkommensarmut betroffen zu sein drittelt oder zumindest halbiert (siehe Tabelle).

Mehr als Sozialhilfe

Der Beitrag, den der Sozialstaat zur Bekämpfung von Armutslagen leistet, beschränkt sich nicht auf die Bereitstellung von Leistungen für Menschen, die sich in akuten Notlagen befinden. Leistungen

Armutsgefährdung 2008

vor Pensionen und Sozialleistungen	43 %
vor Sozialleistungen	24 %
vor Familien- und Bildungsleistungen	20 %
vor Arbeitslosenleistungen	15 %
vor Sozialhilfe und Wohnbeihilfe	13 %
nach Sozialleistungen und Pensionen	12 %

wie die Sozialhilfe oder die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die die Sozialhilfe ab Herbst 2010 ablösen soll, sind als Unterstützung für Personen gedacht, die durch die Maschen des vorgelagerten Sozialversicherungssystem rutschen. Die Leistungen des Sozialstaates sind um vieles weitreichender.

Es gehört zu den zentralen Aufgaben moderner Sozialstaaten für eine ausgleichende Umverteilung des gesellschaftlichen Wohlstandsgewinns zu sorgen. Umso mehr, als die Primärverteilung, die Verteilung wie sie sich aus dem Marktprozess ergibt, in den vorigen Jahrzehnten zunehmend ungleicher geworden ist.

Ein offenkundiges Beispiel für diese Entwicklung sind die mittlerweile viel zitierten Working Poor. Jene Menschen, die trotz (Vollzeit-)Erwerbsbeteiligung nicht über der Armutsgefährdungsgrenze verdienen. Eine daraus abgeleitete Gruppe sind AusgleichszulagenbezieherInnen, jene MindestpensionistInnen (meistens Frauen), deren Ansprüche aus der gesetzlichen Pensionsversicherung trotz entsprechender Versicherungszeiten sehr niedrig sind. Auch arbeitslose Menschen, deren Zahl seit Beginn der Wirtschaftskrise stark gewachsen ist, erwerbs-

unfähige Personen oder solche mit Betreuungspflichten, die deshalb keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, sind von umverteilenden Leistungen des Sozialstaates abhängig, da sie sonst massiv von Armut bedroht wären.

Aufgaben des Sozialstaats

Der Sozialstaat hat zum einen die Aufgabe, Menschen gegen wirtschaftliche Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Armut oder Invalidität abzusichern, zum anderen für gesellschaftliche Teilhabe durch Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zu sorgen. So wird z. B. eine alleinerziehende Mutter nur dann die Chance haben ein existenzsicherndes Einkommen zu verdienen, wenn ihr entsprechende Möglichkeiten zur (Ganztags-)Kinderbetreuung angeboten werden.

Doch abgesehen von diesen beiden, materiell leicht fassbaren Konzepten, die hinter dem Bekenntnis zu einem starken, umverteilenden Sozialstaat stehen, verbirgt sich noch ein weiteres, globaleres Konzept: jenes des sozialen Friedens.

Eine Gesellschaft, die wenige ihrer Ressourcen dafür aufwendet, Menschen

¹ Armutsgefährdung laut EU-SILC-Definition bedeutet, über ein gewichtetes Einkommen von weniger als 60 Prozent des Durchschnitts (Median) aller Einkommen (ohne Vermögen) zu verfügen.



Heftig wird über Leistungskürzungen gestritten, um den Betroffenen ja nicht zu viel fürs »Nichtstun« zu zahlen, und damit auch hier zu zeigen versucht, dass Armut kein Problem der Gesellschaft, sondern eines von persönlicher Verantwortung ist – unter allen Umständen.

durch Bildung, Arbeitsplätze und faire Beschäftigungsbedingungen zu inkludieren, wird unverhältnismäßig viel mehr für die Folgen dieser Exkludierung, wie Jugendarbeitslosigkeit, politische Radikalisierung oder steigende Kriminalität, auszugeben haben.

Sozialsystem unter Druck

Unser Sozialsystem steht unter Druck – nicht erst seit der aktuellen Wirtschaftskrise. Seit Jahren wird von konservativer Seite gegen den Sozialstaat gewettert. Doch in der Krise hat er sich als Retter in der Not erwiesen, indem er ihre Folgen durch seine Leistungen gelindert hat.

Vor allem die Arbeitslosenversicherung und zwei seit Beginn der Krise verabschiedete **Arbeitsmarktpakete** haben dafür gesorgt, dass die Auswirkungen der Krise hierzulande im Verhältnis zu anderen Ländern wenig zu spüren waren und sind. Aktuelle Studien belegen, dass Staaten mit umfassenden Sozialsystemen – so wie Österreich – weniger stark unter den Folgen der Wirtschaftskrise gelitten haben als andere, liberalere.

Doch ein Aufatmen wäre sicher unangebracht. Trotz massiv steigender Arbeitslosigkeit wird vonseiten der ArbeitgeberInnen auf eine Verschärfung der Bedingungen für die Betroffenen gedrängt. Es wird de facto den Menschen die Schuld an der Situation gegeben, in die viele von ihnen durch die Folgen der Wirtschaftskrise geraten sind.

Mit der für Herbst 2010 angepeilten bedarfsorientierten Mindestsicherung verhält es sich kaum anders: Heftig wird über Leistungskürzungen gestritten, um

den Betroffenen ja nicht zu viel fürs »Nichtstun« zu zahlen, und damit auch hier zu zeigen versucht, dass Armut kein Problem der Gesellschaft, sondern eines von persönlicher Verantwortung ist – unter allen Umständen.

Inzwischen braut sich am Horizont bereits die nächste bedrohliche Krise für den Sozialstaat zusammen – die anstehende Budgetkonsolidierung. Angesichts des enorm gestiegenen Haushaltsdefizits und der damit einhergehenden steigenden Staatsverschuldung in der Folge der Wirtschaftskrisenbekämpfung sind einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen absehbar. Es zeichnet sich bereits ab, dass auch beim Sozialstaat der Rotstift angesetzt werden wird, umso wichtiger wird es sein, hier besonders behutsam vorzugehen und verteilungspolitische Aspekte zu berücksichtigen.

Letztlich hat die Frage nach dem Umgang unserer Gesellschaft mit Umverteilung und Armut eine tiefergehende Bedeutung: Mit und ohne einschneidende Krisenkonsolidierungsmaßnahmen wird die Einkommensschere zwischen Arm und Reich weiter aufgehen. Auch der Anteil der Menschen, die mit ihrem Markt-, sprich Erwerbseinkommen nicht das Auskommen finden (oder aus Gründen wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit gar keines erzielen) wird nicht oder kaum kleiner werden.

Ein starker Sozialstaat

Ein starker Sozialstaat, der seine BewohnerInnen vor wirtschaftlichen Risiken schützt und ihnen soziale Teilhabe ermöglicht, kann diese Entwicklung wesentlich

WEBLINK

Statistik Austria – Armut und soziale Eingliederung:
www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html

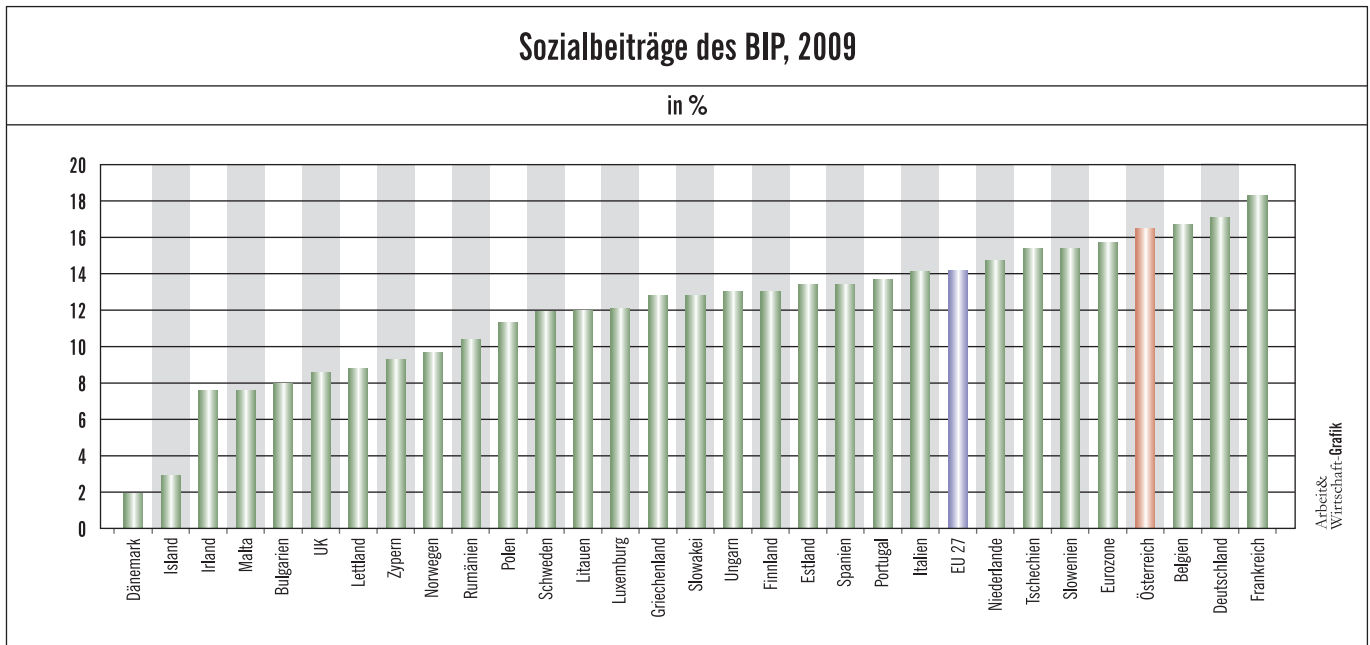
entschärfen helfen. Ein System, das in erster Linie gegen Sozialbetrug gerichtet ist und Menschen mehr disziplinieren als sie unterstützen will, wird zu einem Ausgleich nichts beitragen können.

Der Glaube daran, dass eine Gesellschaft Kosten sparen kann indem sie die Sozialausgaben kürzt ist fatal! In Wirklichkeit lassen sich die Kosten nicht einfach reduzieren, sondern bestenfalls privatisieren. Von privater Krankenversicherung aufgrund eines schlechten öffentlichen Gesundheitssystems über Privatschulen aufgrund schlechter Betreuungsverhältnisse im öffentlichen Schulsystem und letztlich privaten Sicherheitsfirmen lassen sich viele Aufgaben des Staates auslagern. Beispiele aus Ländern außerhalb (West-)Europas gibt es viele. Aber dort wollen vermutlich die wenigsten von uns leben.

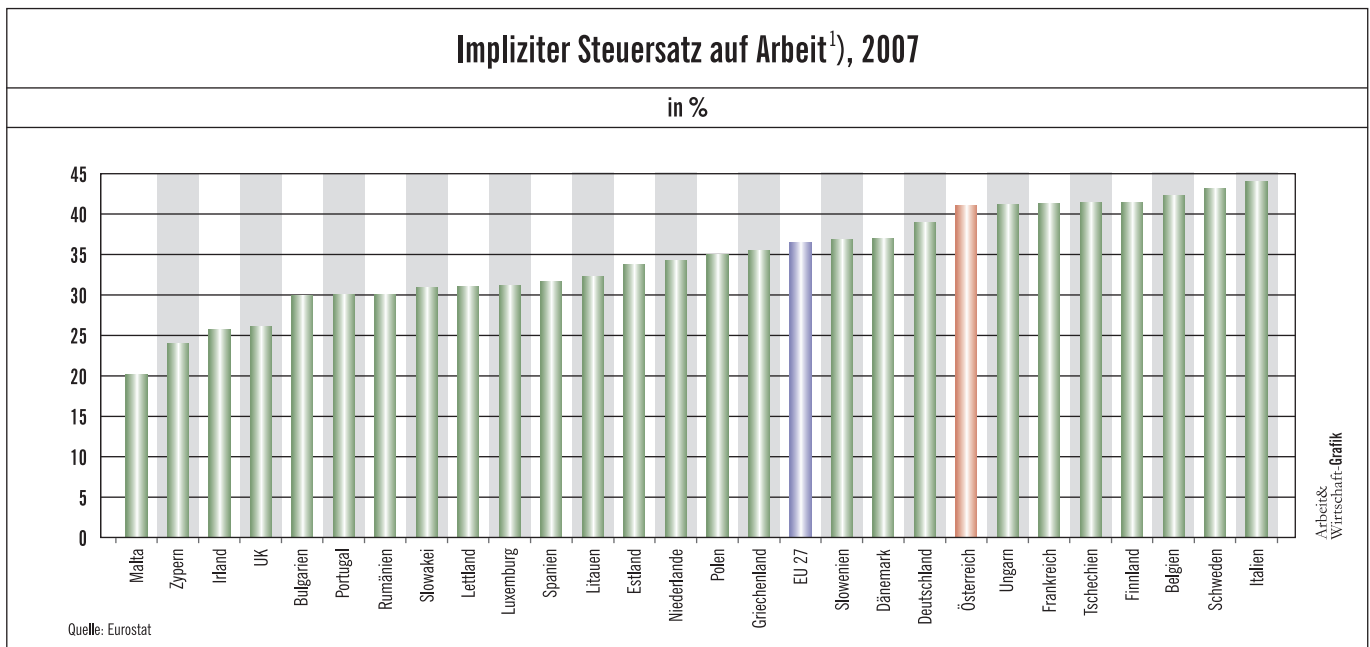
KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
norman.wagner@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten



Summe aus tatsächlichen Sozialbeiträgen (der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, der Selbständigen und der Nichterwerbstätigen) und der unterstellten Sozialbeiträge (Gegenwert der Sozialleistungen, die von Arbeitgebern direkt gezahlt werden).



¹⁾ Der implizite Steuersatz (ITR) auf Arbeit wird definiert als die Summe aller indirekten und direkten Steuern und Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhoben auf Arbeitnehmereinkommen dividiert durch Arbeitnehmerentgelt insgesamt im Wirtschaftsgebiet eines Landes erhöht um die Steuern auf die Lohnsumme und Beschäftigtenzahl. Der ITR auf Arbeit bezieht sich auf Arbeitnehmereinkommen (unter Ausschluss der Abgabenbelastung auf Sozialtransfers, einschließlich der Pensionen). Der implizite Steuersatz auf Arbeit sollte als Indikator für die durchschnittliche effektive Abgabenbelastung auf Arbeitseinkommen in der Volkswirtschaft betrachtet werden.

Statistiken sind Argumente

Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat

	Harmonisierte VPI	
	März 10	April 10
Belgien (BE)	1,9	2,1
Deutschland (DE)	1,2	1,0
Irland (IE)	-2,4	-2,5
Griechenland (EL)	3,9	4,7
Spanien (ES)	1,5	1,6
Frankreich (FR)	1,7	1,9
Italien (IT)	1,4	1,6
Zypern (CY)	2,3	2,5
Luxemburg (LU)	3,2	3,1
Malta (MT)	0,6	0,8
Niederlande (NL)	0,7	0,6p
Österreich (AT)	1,8	1,8p
Portugal (PT)	0,6	0,7
Slowenien (SI)	1,8	2,7
Slowakei (SK)	0,3	0,7
Finnland (FI)	1,5	1,6
Eurozone (VPI-EWU)	1,4	1,5p
Bulgarien (BG)	2,4	3,0
Tschech. Republik (CZ)	0,4	0,9
Dänemark (DK)	2,1	2,4
Estland (EE)	1,4	2,5
Lettland (LV)	-4,0	-2,8
Litauen (LT)	-0,4	0,2
Ungarn (HU)	5,7	5,7
Polen (PL)	2,9	2,7
Rumänien (RO)	4,2	4,2
Schweden (SE)	2,5	2,1
Vereinigtes Königreich (UK)	—	—
EU (EVPI)	1,9	2,0p
Island (IS)	11,6	11,1
Norwegen (NO)	3,6	3,4
EWR (VPI-EWR)	1,9	2,0p
Schweiz (CH)	1,4	1,3

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

Der Arbeitsmarkt im April 2010

	Stand April 10	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat
Unselbst. Beschäftigung	3.363.421	-318	8.773
ohne KUG/Präsenzdiener	3.256.044	-1.004	17.645
ArbeiterInnen	1.271.720	-1.674	-83
Angestellte u. Beamte	2.091.701	1.356	8.856
Männer	1.785.689	15.350	1.318
Frauen	1.577.732	-15.668	7.455
AusländerInnen	431.122	-6.812	7.752
InländerInnen	2.932.299	6.494	1.021
Vorgemerkte Arbeitslose	249.679	-16.641	-8.561
Männer	138.061	-24.689	-9.543
Frauen	111.618	8.048	982
AusländerInnen	48.928	-1.631	-472
InländerInnen	200.751	-15.010	-8.089
Jugendliche (bis unter 19)	8.751	-561	-877
Jugendliche (19 bis unter 25)	31.640	-541	-2.833
Ältere (50 bis unter 55)	27.473	-2.459	599
Ältere (55 bis unter 60)	19945	-1.647	758
Ältere (über 60)	5124	-290	104
Arbeitslosenquote	6,9	-0,4	-0,2
Offene Stellen	31.145	3.062	3.705
Lehrlingsuchende	4.398	-125	-87
Offene Lehrstellen	2.935	-193	-201
Geringfügige Beschäftigung *	293.377	-7.374	2.798
Männer	101.571	-5.793	2.488
Frauen	191.806	-1.581	310
ArbeiterInnen	164.909	-6.759	354
Angestellte	128.468	-615	2.444

* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Datenquellen: EUROSTAT, Itrd. Monat.
Anm.: Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum. Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.
r = revidiert; p = vorläufig; — = Daten nicht verfügbar

Rasenmäher fürs Budget

Mit dem Bundesfinanzrahmen wurden Grundzüge der Budgetkonsolidierung festgelegt – eine Gefahr für ausgewogene Wirtschaftspolitik?

Autor: Mag. Georg Feigl

Abteilung Wirtschaftswissenschaft der AK Wien
und BEIGEWUM-Vorstandsmitglied

Der nun im Parlament beschlossene Bundesfinanzrahmen (BFR) für die Jahre 2011 bis 2014 sieht niedrigere Ausgabenobergrenzen – und damit deutliche Einsparungen – vor. Bis 2014 soll um 3,5 Mrd. Euro (rund fünf Prozent der Gesamtausgaben) weniger ausgegeben werden als bisher geplant. Fast die Hälfte davon soll bereits 2011 eingespart werden, obwohl dies den Aufschwung ernsthaft gefährden könnte.

Gegenüber 2009 wird 2011 zwar tatsächlich weniger ausgegeben werden, bis 2014 steigen die Ausgaben wieder. Dieser Anstieg ist nicht auf eine Ausweitung der Leistungen, sondern auf die allgemeine Preissteigerung und die langfristigen Folgen der Krise zurückzuführen: Die Kosten der krisenbedingten Arbeitslosigkeit und der durch fehlende Einnahmen steigenden Zuschüsse in die Sozialtöpfe sind noch lange zu tragen. Das BFR-Gesetz ist darauf eine unzureichende Antwort, denn mehr als die Hälfte des Konsolidierungsbedarfs des Bundes entfällt auf Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie.

Ausgaben nicht gleich Ausgaben

Die Ausgabenobergrenzen des BFR wurden nach der Rasenmäher-Methode gekürzt, auch wenn es etwas höhere »Schnitthöhen« für sensible Bereiche gibt (v. a. Bildung, Wissenschaft, Forschung,

INFO & NEWS

Mit dem neuen Haushaltsrecht des Bundes, das mit 1.1.2009 in Kraft trat, wurde der Budgetprozess in einer ersten Etappe reformiert. Eine der wesentlichen Neuerungen ist, dass zusätzlich zum bisherigen regulären Bundesvoranschlag (= Budget) – dessen Entwurf im Regelfall im Oktober von der Regierung vorgelegt wird – eine mittelfristige Haushaltsplanung eingeführt wurde. Diese wird im Frühjahr beschlossen und soll die budgetpolitischen Eckpunkte für die kommenden vier Jahre festlegen, um längerfristige Planungen zu erleichtern. Sie besteht aus dem Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG) und dem Strategiebericht.

BFRG: Es enthält den Bundesfinanzrahmen mit verbindlichen Obergrenzen für fünf grobe Ausgabenkategorien und den Personalplan. Damit werden die Ausgaben des Bundes für die kommenden vier Jahre nach oben hin gesetzlich bindend beschränkt, das heißt, kommende Bundesvoranschläge dürfen diese Grenzen nicht mehr überschreiten.

Strategiebericht: Er ergänzt das BFRG und soll insbesondere dessen budgetpolitische Zielsetzungen erläutern. Der über 80 Seiten starke Bericht enthält die zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Annahmen, eine Aufstellung der zu erwartenden Einnahmen, Defizit- und Schuldenentwicklung des Gesamtstaates, Ziele und Erläuterungen auf Ebene der Untergliederungen sowie weitere relevante Daten und Informationen. Für Analyse und Informationszwecke ist er das Herzstück der mittelfristigen Budgetplanung.

Arbeitsmarktpolitik, innere Sicherheit). Auf Bundesebene nahezu gleich zu kürzen mag zwar politisch einfacher sein, ist allerdings falsch und ungerecht. Erstens wird weder auf Notwendigkeiten noch historische Entwicklungen Rücksicht genommen. Zweitens haben einzelne Ausgaben eine unterschiedliche Bedeutung für Wachstum, Beschäftigung und Verteilung. Selbst die relativ geringe Kürzung bei den Hochschulen stellt sich als problematisch dar: Diese waren bereits in der Vergangenheit unterdotiert und müssten zur Erreichung des Regierungszieles von zwei Prozent des BIP eigentlich aufgestockt werden. Gezielte strukturelle Reformen, strategische Schwerpunktsetzungen oder eine breite Verwaltungsreform fehlen. Die Beteiligung von Ländern und Gemeinden

wird offengelassen bzw. schwankt zwischen einer »Einladung« beizutragen, und der Außerfragestellung, »dass auch Länder und Gemeinden einen Konsolidierungsbeitrag leisten müssen«. Das wäre angebracht, da der Bundeshaushalt in den vergangenen Jahren immer stärker gestrafft wurde, während es auf Landesebene deutlich weniger Anstrengungen gab (z. B. wuchsen die Ausgaben der Länder im Zeitraum 2005 bis 2008 um knapp 15 Prozent, jene des Bundes aber nur halb so stark). Ein sich so ergebender finanzieller Spielraum auf Landes- und Gemeindeebene könnte zudem für konjunkturbelebende Offensivmaßnahmen eingesetzt werden.

Von WirtschaftswissenschaftlerInnen über den Internationalen Währungsfonds bis hin zu Gewerkschaften reicht die Ein-

Die Ausgabenobergrenzen des BFR wurden nach der Rasenmäher-Methode gekürzt, auch wenn es etwas höhere »Schnitthöhen« für besonders sensible Bereiche gibt (v. a. Bildung, Wissenschaft und Forschung, Arbeitsmarktpolitik bzw. innere Sicherheit).



schätzung, dass die Krise erst vorbei ist, wenn die Arbeitslosigkeit wieder sinkt. Das wird zwar in Europa vielleicht schon 2011 der Fall sein, eher erst 2012. Der Budgetpfad der Regierung trägt der Gefahr einer weiterhin schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung keinerlei Rechnung. Weder ist ein »Konjunkturvorbehalt« vorgesehen, noch wird versucht, durch gezielte zusätzliche Ausgaben in wichtigen Bereichen Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln. Es scheint, als wäre das einzige wirtschaftspolitische Ziel eine rasche Rückführung des Defizits.

Abbau staatlicher Defizite ist ein sinnvolles Ziel der Wirtschaftspolitik, etwa um die Zinskosten in Grenzen zu halten – aber eben nur EINES. Andere Ziele, wie insbesondere Abbau der Rekordarbeitslosigkeit, Korrektur von Verteilungsschiefen und die Vermeidung zukünftiger Wirtschaftskrisen müssen aber ebenso verfolgt werden.

Im April legte das deutsche Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) eine Studie zu den Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich vor. Projektleiter Achim Truger kommt darin zum Schluss, dass eine Alternative zum Budgetpfad der Bundesregierung sinnvoll wäre, weil dieser der Wechselwirkung von Budget, Wachstum und Beschäftigung zu wenig Rechnung trägt. Rigorose Ausgabenkürzungen können das Defizit nur zum Teil senken, da sie Wachstum und Beschäftigung schwächen, was am Ende wieder die Staatshaushalte belastet: Ein um einen Prozentpunkt niedrigeres Wirtschaftswachstum verschlechtert das Budgetdefizit um bis zu 0,5 Prozent des BIP bzw. über eine Mrd. Euro. Eine erfolgreiche Konsolidierungsstrategie muss lang-

fristig ausgerichtet und von Wachstum getragen sein. Statt Ausgaben zu kürzen sollen sie weiterhin steigen dürfen, allerdings weniger stark als das Wirtschaftswachstum. Ist die so erzielte Defizitreduktion geringer als gewünscht, soll sie durch höhere Abgaben ergänzt werden, in erster Linie durch Steuern konzentriert auf obere Einkommensschichten. Konkret für Österreich bräuchte ein solcher Strategiewechsel bis zu 30.000 Arbeitsplätze bzw. eine um 1,8 Prozent höhere Wirtschaftsleistung 2013.

Die beste Möglichkeit mehrere wirtschaftspolitische Ziele gleichzeitig zu erreichen sind vermögensbezogene Steuern. Sie könnten der Verteilungs-Schiefen entgegenwirken, die einer der wesentlichsten Gründe der Krise ist: Erst die immensen Vermögen und Spitzeneinkommen befeuert die internationalen Finanzmärkte und trugen zu deren Destabilisierung bei. Zudem schaden vermögensbezogene Steuern kaum der Konjunktur, weil sie eher zu geringeren Vermögenszuwächsen bei SpitzenverdienerInnen führen als zu weniger – volkswirtschaftlich relevantem – Konsum. Entgegen den primär auf der Ausgabenseite ansetzenden Plänen des Finanzministers wäre gerade zu Beginn der Konsolidierung ein möglichst großer Beitrag von reicheren Haushalten das Gebot der Stunde. Vorschläge z. B. von Gewerkschaften, Arbeiterkammer, der zivilgesellschaftlichen Plattform »Wege aus der Krise« würden genau das ermöglichen.

Budget 2011 entscheidend

Obwohl das BFRG gemeinsam mit dem Strategiebericht die budgetpolitische Stra-

WEBLINK

Analyse des BFRG:
wien.arbeiterkammer.at/bilder/d123/AnalyseFinanzrahmengesetz.pdf

regie und die Ausgabenschwerpunkte je Untergliederung darlegen soll, bleibt abseits der nackten Ausgabenobergrenzen vieles offen – vor allem wenn man die begleitenden Äußerungen der Regierungsparteien ernst nimmt. Die ÖVP deutete etwa bereits an, dass die vereinbarten Einsparungen sogar noch übertroffen werden sollen. Die SPÖ zeigt sich offen für Änderungen des BFRG bereits wieder im Herbst, sollte es die konjunkturelle Situation erfordern.

Was der Strategiebericht letztendlich wert ist, wird das Budget 2011 zeigen. Für breite Bevölkerungsschichten ist zentral, dass auch tatsächlich »im Rahmen der Budgetkonsolidierung Augenmerk auf Beschäftigungswirkungen und soziale Ausgewogenheit« gelegt wird, wie es dort wörtlich heißt. Das würde nämlich z. B. vor Energiesteuern ohne sozialen Ausgleich, deutlich höheren ÖBB-Tarifen und eingefrorenen Pensionen schützen – und auf höhere vermögensbezogene Steuern hinauslaufen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
georg.feigl@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Freihandel um jeden Preis

In Kolumbien werden Gewerkschafts- und Menschenrechte mit Füßen getreten. Beim EU-Lateinamerikagipfel in Madrid Mitte Mai wurde das kaum thematisiert.

Autor: Frank Braßel

Der Autor arbeitet für den deutschen Evangelischen Entwicklungsdienst bei dem unabhängigen Agrarforschungszentrum SIPAE in Quito/Ecuador

Die Bekenntnisse zur Demokratie und Entwicklungshilfe der Europäischen Union verblasen, wenn es um den Schutz von Investitionen ihrer Konzerne und der Sicherung von Rohstoffen geht. Das war zumindest der Eindruck vieler Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen, als Mitte Mai bei dem EU-Lateinamerikagipfel in Madrid sogenannte Freihandelsverträge mit den mittelamerikanischen Staaten, aber insbesondere mit Kolumbien – dem für GewerkschafterInnen gefährlichsten Land der Welt – unterzeichnet wurden.

Regime Alvaro Uribe

Unter dem Stichwort der »demokratischen Sicherheit« führt Kolumbiens Präsident **Alvaro Uribe** seit dem Jahr 2002 ein stramm rechtes Regime. Der Kampf gegen die letzte große Guerilla-Bewegung des Kontinents rechtfertigt für Uribe scheinbar jede Maßnahme. Und die Europäische Union zog aus den massiven Menschenrechtsverletzungen, der Nähe von Uribes Partei zu den paramilitärischen Todesschwadronen und einem Geheimdienstskandal direkt vor dem Gipfel keinerlei Konsequenzen. Oder vielleicht doch? Kolumbien ist ein Land

mit starkem Wirtschaftswachstum und großem Rohstoffreichtum. Da wollen die Europäer keineswegs den USA allein den Raum geben, das gilt insbesondere für den Gastgeber des jüngsten Gipfels: Spanien ist nach den USA der zweitwichtigste Investor in Kolumbien, der größte Teil der Gelder fließt in Bergbau und Ölförderung. Zudem hat sich der Andenstaat in den vergangenen Jahren zum wichtigsten Produzenten von Palmöl auf dem Kontinent gemausert, eine auch in Europa interessante Alternative angesichts des absehbaren Endes des Erdölzeitalters.

In all diesen Wachstumsbranchen gibt es brutale Menschenrechtsverletzungen. Ölpalmen sind flächenintensiv, da werden häufig ganze Dorfgemeinschaften, insbesondere afrokolumbianischer oder indigener Herkunft von paramilitärischen Banden mit Waffengewalt vertrieben. Hunderttausende KolumbianerInnen werden jedes Jahr Flüchtlinge im eigenen Land.

In der Industrie, aber auch im öffentlichen Sektor sind Gewerkschaften nicht gern gesehen. Selbst von multinationalen Konzernen wie Chiquita und Coca-Cola wurde bekannt, dass sie sich sozusagen dem nationalen Trend anpassten und Killerkommandos anheuerteten, um einer unabhängigen ArbeitnehmerInnenvertretung den Garaus zu bereiten. In keinem Land der Erde werden jährlich so viele Gewerkschaftsmitglieder ermordet wie in Kolumbien: 2008 fielen 49 KollegInnen dem Terror zum Opfer, 2009 eine Person weniger, aktuell scheint sich die Situation zu verschlechtern, denn bis zum Madrider Gipfel waren bereits 25 Opfer zu be-

klagen. Fast alle Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien bleiben ungesühnt.

Kein Wunder, dass heute nur noch vier Prozent aller Beschäftigten organisiert und weniger als zwei Prozent durch Tarifverträge geschützt sind. Neben dem Terror hat hierzu eine Politik der »Flexibilisierung« und Privatisierung beigetragen. Diese Entwicklung hat natürlich auch ihre »positiven Seiten«: Wirtschaft und Gewinne wachsen, allerdings nur für Wenige, darunter der scheidende Präsident. Uribe ist nicht nur ein bekannter Großgrundbesitzer, sondern auch wichtiger Aktionär bei einem der größten privaten Gesundheitsanbieter.

Die Übergriffe auf GewerkschafterInnen sind keine Einzelfälle, sondern sind Teil eines unerklärten Bürgerkriegs gegen alle sozialen Bewegungen und Menschenrechtsverteidiger, die in aller Regel in keinerlei Zusammenhang mit der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der Regierung und diversen Guerillagruppen stehen.

Massengräber und Geheimdienst

Welche Dimension dieses humanitäre Drama in Kolumbien hat, zeigte eine Notiz zu Jahresbeginn, die überraschend wenig Aufmerksamkeit gefunden hat. Im Dorf La Macarena in der Provinz Meta, kaum 200 Kilometer von der Hauptstadt Bogotá entfernt, wurde ein Massengrab mit etwa 2.000 Leichen gefunden, die dort in den vergangenen fünf Jahren verscharrt worden waren. Einer spanischen Parlamentsdelegation sagte der regionale Heereschef, es handle sich um im Kampf gefallene Guerilleros, doch die Anwohne-



Das befreiende Lachen auf dem internationalen Theaterfestival in Bogotá, in der Realität ist das Militär ein Schrecken für viele Gewerkschafter.

rInnen berichteten von Zivilisten, die man dort »verschwinden ließ«. Nach und nach dringen Berichte über solche Massengräber an die Öffentlichkeit, die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft kalkuliert etwa 25.000 »Verschwundene« aus den vergangenen Jahren, vermutlich liegt die Zahl deutlich darüber. Die Regierung Uribe hat sehr wenig Engagement gezeigt, dieses Drama aufzuarbeiten.

IGB gegen Unterzeichnung

Der mit 6.500 Agenten größte Geheimdienst des Kontinents hat offenbar andere Prioritäten. Im Frühjahr kam ans Tageslicht, dass der kolumbianische **DAS** nicht nur bei Menschenrechtsverteidigern und sogar Richtern am Obersten Gerichtshof des eigenen Landes illegalerweise das Telefon angezapft, sondern ähnliche Aktivitäten auch in Brüssel entwickelt hat. Hier waren MitarbeiterInnen des katholischen Hilfswerkes **Broederlijk Delen** und von **Oxfam** ebenso in die Zielscheibe geraten wie Abgeordnete des Europäischen Parlaments.

Angesichts dieser langen Skandalreihe hatte Guy Ryder, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sich energisch gegen die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der EU und Kolumbien ausgesprochen, das keine »soliden Klauseln beinhaltet, die es Gewerkschaftern und Menschenrechtsverteidigern erlaubt, ihre Rechte wahrzunehmen, ohne ihr Leben aufs Spiel setzen zu müssen«. Doch die Zeremonie in Madrid mit der Unterzeichnung des Abkommens mit Kolumbien mutete wie Hohn auf diese von europäischen und kolumbianischen

Gewerkschaften gemeinsam getragene Forderung an.

Freihandel gegen Entwicklung

Die USA haben seit drei Jahren den Freihandelsvertrag mit Kolumbien auf Eis gelegt, insbesondere wegen der prekären Menschenrechtslage und der Verfolgung von Gewerkschaften. Die EU hatte zunächst einen vermeintlich viel breiteren Vorschlag an die Staaten der Andengemeinschaft gemacht: einen Vertrag zwischen zwei Regionalbündnissen, der auf den Säulen des politischen Dialogs, der Entwicklungszusammenarbeit und des Handels ruhen sollte. Schnell wurde klar, dass es Brüssel letztlich nur um Handel und Investitionen ging. Dies war den Andenländern Bolivien und Ecuador zu eng, sie gaben die Verhandlungen auf. So hat faktisch der nun ausgehandelte Freihandelsvertrag mit Kolumbien und Peru die regionale Zusammenarbeit in den Anden geschwächt. Und das Resultat ist ein klassischer neoliberaler Handelsvertrag, der nicht einmal den Menschenrechtsbedenken Washingtons Rechnung trägt.

Die kolumbianischen Gewerkschaften stellen die grundlegende Strategie des Abkommens in Frage, denn es gehe der EU darum, »dass Länder mit kleinen Volkswirtschaften, wie die kolumbianische, ihren Zollschatz aufheben und die Einfuhr von Produkten, Kapital und Dienstleistungen aus Ländern erlauben, die sehr viel entwickelter sind und über stärkere Ökonomien verfügen, in denen viele Exportprodukte zudem subventioniert werden«, erläutert Gustavo Triana, der stellvertretende Vorsitzende

WEBLINK

Mehr Infos unter:

www.kolumbien-blog.com/bewaffneter-konflikt/kolumbien-wie-lange-soll-der-hohe-blutzoll-der-gewerkschaftler-anhalten

der CUT, dem größten Gewerkschaftsbund Kolumbiens. Besonders besorgt zeigen sich die etwa 400.000 Familien von kleinbäuerlichen Milchproduzenten in Kolumbien, die sich zukünftig einem perversen Wettbewerb mit dem hochsubventionierten Milchpulver aus der EU konfrontiert sehen werden.

Enttäuschend war der Gipfel von Madrid. Doch der Freihandelsvertrag ist noch längst nicht in Kraft getreten, dazu bedarf es der Zustimmung des Europaparlaments und sämtlicher nationaler Parlamente, vor 2012 ist damit kaum zu rechnen. Es bleibt also noch viel Zeit, um die katastrophale Menschenrechtssituation in Kolumbien und die sozialen Folgewirkungen des Abkommens öffentlich zum Thema zu machen und dagegen die Stimme zu erheben – zwischen Bogotá, Madrid und Wien.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
f.brassel@gmx.net
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Arbeitsmarktpakete: Nach dem Beschäftigungsförderungspaket 2009, mit dem die Kurzarbeit neu geregelt wurde (Ausdehnung auf 18 Monate), wurde als Reaktion auf die Wirtschaftskrise im Juli 2009 das Arbeitsmarktpaket II verabschiedet. Das zwischen Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und den Sozialpartnern ausverhandelte Gesetzespaket beinhaltet unter anderem die Verlängerung der Kurzarbeit von höchstens 18 auf bis zu 24 Monate (Anpassung an entsprechende Änderungen in Deutschland), eine Umgestaltung der Altersteilzeit (unter anderem entfällt die Verpflichtung zur Einstellung einer Ersatzarbeitskraft) und der Bildungskarenz sowie die Einrichtung einer speziellen Arbeitsstiftung für jugendliche Arbeitslose. Diese bietet 2.000 Arbeitslosen die Chance, sich besser zu qualifizieren. (Seite 39)

BEIGEWUM: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 1985 von österreichischen SozialwissenschaftlerInnen gegründet mit dem Ziel, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen. (Seite 42)

Bitterfelder Weg: 1959 während der Autorenkonferenz des Mitteldeutschen Verlages im VEB Chemiekombinat Bitterfeld beschlossenes Programm, das in der DDR eine neue sozialistische Kulturpolitik einführen sollte, um eine eigene sozialistische Nationalkultur zu installieren, und damit den Werktätigen einen aktiven Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. (Seite 37)

Broederlijk Delen: 1961 in Belgien gegründetes flämisches katholisches Hilfswerk mit 250 Partnerorganisationen in 20 Ländern. (Seite 45)

Brut-Theater: Brut Wien ist ein Kulturunternehmen, das an zwei Spielstätten (Konzerthaus und Künstlerhaus) Theaterstücke, (Pop-)Konzerte, Tanz, Diskussionen etc. der freien Szene produziert sowie die Verschränkung von Popkultur und arrivierten Formaten fördert. (Seite 37)

Castel, Robert: französischer Soziologe, geb. 1933, arbeitete unter anderem mit Pierre Bourdieu, beschäftigt sich vor allem mit der Frage, warum die ursprünglich sozial schlecht angesehene Lohnarbeit zu einem allgemein anerkannten Modell wurde. (Seite 24)

DAS: Kolumbianischer Geheimdienst, der in den vergangenen Jahren illegal ausländische Botschaften infiltriert, in großem Stil Richter, Journalisten, Politiker etc. abgehört hat und mit Paramilitärs und Drogenbanden kooperiert. Im Februar 2009 ließ der Generalstaatsanwalt in Bogotá die DAS-Büros besetzen. Der erst im Jänner eingesetzte Direktor Felipe Muñoz gab zu, dass es möglicherweise im DAS mafiöse Strukturen gebe. Aktuell vermutet man unter anderem, dass das Zustandekommen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kolumbien vom DAS beeinflusst wurde. (Seite 45)

Dispositionsmasse: frei verfügbare Kontingente, die beliebig eingesetzt werden können. (Seite 24)

emeritiert: in den Ruhestand versetzt (Seite 27)

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED): Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland, gegründet 1999 mit Sitz in Bonn. Jedes Jahr fördert der EED etwa 300 Projekte und Programme in Afrika, Asien und Lateinamerika, in Ozeanien, Südosteuropa und im Kaukasus, außerdem unterstützt er die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von 500 Gruppen und Gemeinden in Deutschland. (Seite 44)

evident: offensichtlich (Seite 18)

Exklusion: Ausschluss; Ausgrenzung (Seite 24)

Heterogenität: Vielfaltigkeit (Seite 18)

implizieren: bedeuten, mit enthalten (Seite 27)

investiv: in Form von Investitionen, zur produktiven Verwendung (Seite 23)

Keynes, John Maynard: britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker; trat aus Protest gegen die Deutschland auferlegten Reparationszahlungen als britisches Delegationsmitglied bei den Verhandlungen zum Versailler Friedensvertrag zurück, fungierte aber noch lange Zeit weiter als politischer Berater. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise forderte Keynes aktives Eingreifen des Staates in die Wirtschaft, unter anderem um Vollbeschäftigung zu erreichen. Sein Werk »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« gilt als Grundlage des Keynesianismus. (1883–1946). (Seite 11)

Lang, Jack Mathieu Émile: französischer Politiker, geb. 1939, diente als Kulturminister von 1981–93 unter verschiedenen Regierungen, ab 1992 als Staatsminister (= Stellvertreter des Premierministers) für Bildung und Kultur, unter Lionel Jospin 2000–2002 erneut Bildungsminister. (Seite 37)

Mann, Heinrich: deutscher Schriftsteller (1871–1950), Bruder von Thomas Mann, wurde vor allem mit sozial- und zeitkritischen Werken bekannt, erhielt 1933 Berufsverbot, bis 1940 im französischen Exil, danach in den USA; Werke: Das Kaiserreich (Romantrilogie), Professor Unrat etc. (Seite 11)

Mann, Thomas: deutscher Schriftsteller (1875–1955), verfasste in ironisch-distanziertem Stil Romane über geistig-kulturelle-gesellschaftliche Entwicklungen mit genauer psychologischer Zeichnung der Personen. Für seinen ersten Roman »Buddenbrooks, Verfall einer Familie« erhielt er 1929 den Nobelpreis. Ein zentrales Thema war für ihn der Gegensatz zwischen Künstler und Bürger. Thomas Mann war politisch weniger aktiv als sein Bruder Heinrich, er engagierte sich dann allerdings gegen die Nationalsozialisten. 1933 emigrierte er in die Tschechoslowakei, später in die USA und kehrte 1952 nach Europa zurück. Werke: Tonio Kröger, Der Tod in Venedig, Der Zauberberg, Doktor Faustus,

Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull etc. (Seite 11)

Müller, Heiner: (ost-)deutscher Schriftsteller (1929–1995), er erhielt (vor allem für seine Theaterstücke) zwar mehrere Preise, hatte aber laufend Schwierigkeiten mit der DDR-Regierung, wurde u. a. aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen und konnte nur unter Pseudonym veröffentlichen. Ab Ende der 80er-Jahre war Müller auch als Regisseur erfolgreich. Werke: Mauser, Die Hamletmaschine, Der Auftrag, Quartett etc. (Seite 37)

Oxfam: Oxford Committee for Famine Relief, 1942 ursprünglich zur Linderung der Hungersnot der griechischen Bevölkerung während der deutschen Besatzung gegründet, kämpft die unabhängige Hilfs- und Entwicklungsorganisation heute international gegen Armut und Ungerechtigkeit. Nach dem Konzept »Wir machen Überflüssiges flüssig« leisten die Oxfam-Shops mit dem Verkauf gespendeter Waren einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Oxfam-Projekten. www.oxfam.org (Seite 45)

Primat: bevorzugte Stellung, Vorrang (Seite 37)

prohibitiv: verhindernd, vorbeugend (Seite 14)

residual: als Rest/Reserve zurückbleibend (Seite 15)

Romantizismus: romantische Sichtweise (Seite 18)

Sinowatz, Fred: österreichischer SP-Politiker (1929–2008), 1971–83 Minister für Unterricht und Kultur, schaffte die Aufnahmeprüfung in Gymnasien ab, führte Schülerfreifahrt und Graticschulbücher ein, 1983–1986 Bundeskanzler. (Seite 37)

Tucholsky, Kurt: deutscher Journalist und Schriftsteller (1890–1935), verstand sich als linker Demokrat, verfasste sozialkritische Werke, zum Teil in locker-frivolem Stil, er kritisierte unter anderem heftig die Politiker der Weimarer Republik, die nicht energisch genug gegen faschistische Tendenzen und die Anschläge gegen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a. auftraten. 1930 emigrierte Tucholsky, der auch davor schon viel Zeit im Ausland verbracht hatte, nach Schweden. Werke: Rheinsberg – ein Bilderbuch für Verliebte, Schloss Gripsholm, Deutschland, Deutschland über alles, Sudelbuch. (Seite 11)

Uribe, Alvaro: konservativer kolumbianischer Politiker, geb. 1952, Sohn eines Großgrundbesitzers, der höchstwahrscheinlich wegen seiner Drogengeschäfte von FARC-Guerillas ermordet wurde. Während seiner Präsidentschaft von 2002 bis 2010 war er für sein hartes Durchgreifen gegen die Guerilla-Organisationen bekannt. Er war im Ausland umstritten, erreichte aber 2006 bei seiner (durch Verfassungsänderung ermöglichten) Wiederwahl 81 Prozent der Stimmen. Der Versuch einer dritten Kandidatur scheiterte am Verfassungsgericht. (Seite 44)

ventilieren: eingehend erörtern, von allen Seiten betrachten (Seite 18)

Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

SOZIALLEISTUNGEN IM ÜBERBLICK

Sozialstaat Österreich | Lexikon der Ansprüche und Leistungen



Herausgeber: AK für Wien || 12. aktualisierte Auflage 2010 || 428 Seiten

Preis: € 24,80

ISBN: 978-3-7035-1413-5

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessenten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistung bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung.

Das Buch zeichnet sich durch klare Gliederung, leichte Lesbarkeit und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an typischen Lebenssituationen, an die Ansprüche auf Sozialleistungen regelmäßig anknüpfen: Kinder/Familie, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Arbeitsunfall, Ausbildung, Alter, Krankheit/Behinderung, Pflegebedürftigkeit und ergänzende Sozialleistungen.

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name	Vorname
------	---------

Firma/Institution

Telefon	E-Mail
---------	--------

Anschrift	PLZ	Ort
-----------	-----	-----

Datum, Unterschrift

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.

„Die Pensionisten machen sich auf unsere Kosten einen schönen Lebensabend.“
„Nur studieren und nix arbeiten, aber sich von den Alten aushalten lassen.“
Vorurteile gibt es von beiden Seiten. Aber Junge und Ältere sind weniger weit
auseinander als man denkt.

Und so lange sich Alte und Junge gegeneinander ausspielen lassen, spielen sie genau denen in die Hände, die beiden Gruppen etwas wegnehmen wollen. Solange gestritten wird, wer weniger vom Sozialstaat bekommen soll, wird bestens davon abgelenkt, wo es wirklich was zu holen gibt: von den Reichen.

Auch bei jung und alt gilt: Es ist genug für alle da.



WIR MÜSSEN

DIE JUNGEN GEGEN DIE ALTEN AUS ~~ZUSAMMENSPIELEN~~

WWW.FAIRTEILEN.AT

WWW.FACEBOOK.COM/FAIRTEILEN

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW